

elam

MAGAZIN FÜR
LEUTE



FDJ-Vorsitzender Günther Jahn
zu Gast in der BRD

**Freundschaft,
die uns allen nützt**

Kampf der Mannesmäner

**Als die Bosse
das Fürchten lernten**

Floh de Cologne

Neue Floh-Bisse

**MODE'74
zu teuer
und zu lang**

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Dort-
mund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Hartmut Schulze,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

Wolfgang Freitag

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290/600

DRUCK

Heska-Druck GmbH,
Klein-
Krotzenburg

**Großdeutsch
Helft Südtirol! Wir wirken im
Sinne der Wiederherstellung des
Rechtszustandes in Deutsch-
Südtirol im Zeichen der Selbst-
bestimmung!**

Anzeige der „Volksbewegung
für Südtirol“, Bayernkurier, 20.
10. 1973

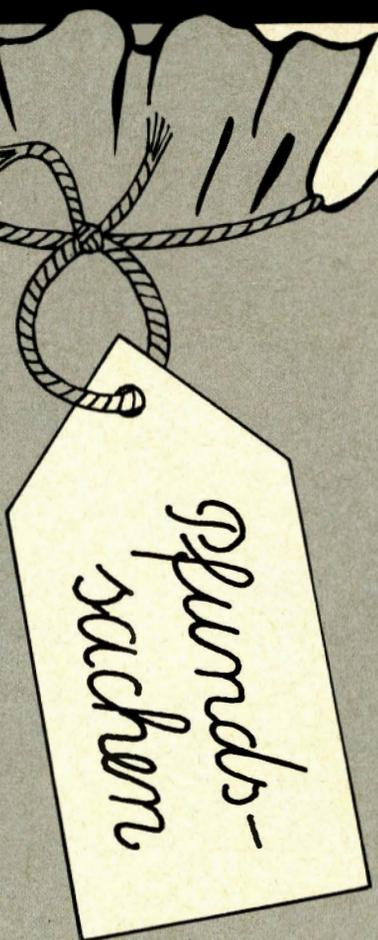
Friedensrezept

**Wo Forderungen wenig ausrich-
ten, wo keine Macht ist, ist sie in
die Wirklichkeit zu zwingen, da
muß man der Kraft der Bitte ver-
trauen. Sie ist ein anderes Wort
für Gebet...**

Bundeskanzler Brandt auf der
Frankfurter Buchmesse 1973
zur Lösung des Nahost-Konflik-
tes

Nur Tote sind gesund

**Die erste Forderung also lautet:
Blutdruck feststellen lassen!...
Liegt ein Blutdruck vor, führt
kein Weg an einer Behandlung,
und zwar an einer Dauerbe-
handlung, vorbei.**
WAZ, 4. 10. 1973



Ostblock 1839

Der 36jährige, in andern/Ba-
den 1803 geborene Johaun Au-
gust Sutter, kam 1839, nachdem
er die üblichen sozialen Statio-
nen eines mittellosen Einwande-
rers durchlaufen hatte, aus den
Ostblockstaaten nach Kalifor-
nien.

Werbetext der Whiskyfabrik Jim
Beam

Gezielter Schuß

Der des illegalen Waffenhandels
verdächtige junge Mann wollte
eine Polizeisperre durchbre-
chen, der Beamte gab einen ge-
zielten Schuß auf den linken
Hinterreifen ab. Er traf den
22jährigen im Rücken.
Nürnberger Nachrichten, 31. 7.
1973

Rechnen schwach

Nicht einmal 1 1/2 Pfennig pro
Tag kostet ein ganzes Jahr wert-
voller Information durch den
Bayernkurier. - ... zum monat-
lichen Bezugspreis von DM
3,30.

Bayernkurier-Eigenwerbung,
22. 9. 1973

**Himmlische Aussperrung
Gott will 200 entlassen. Kündi-
gung trotz hoher Auftragslage.**
uz, 30. 10. 1973

Zeichnung: Barbara Henniger



*elan bei den kämpfenden
Mannesmännern*

ALS DIE BOSSSE DAS FÜRCHTEN LERNTEN

Von Georg Rohde

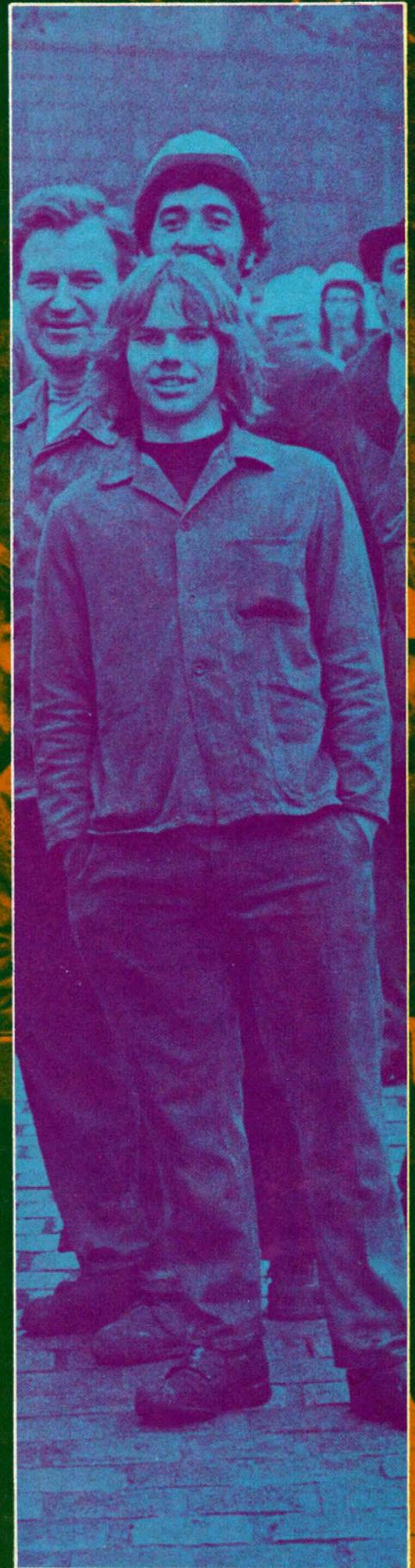


Donnerstag, 30. Oktober:

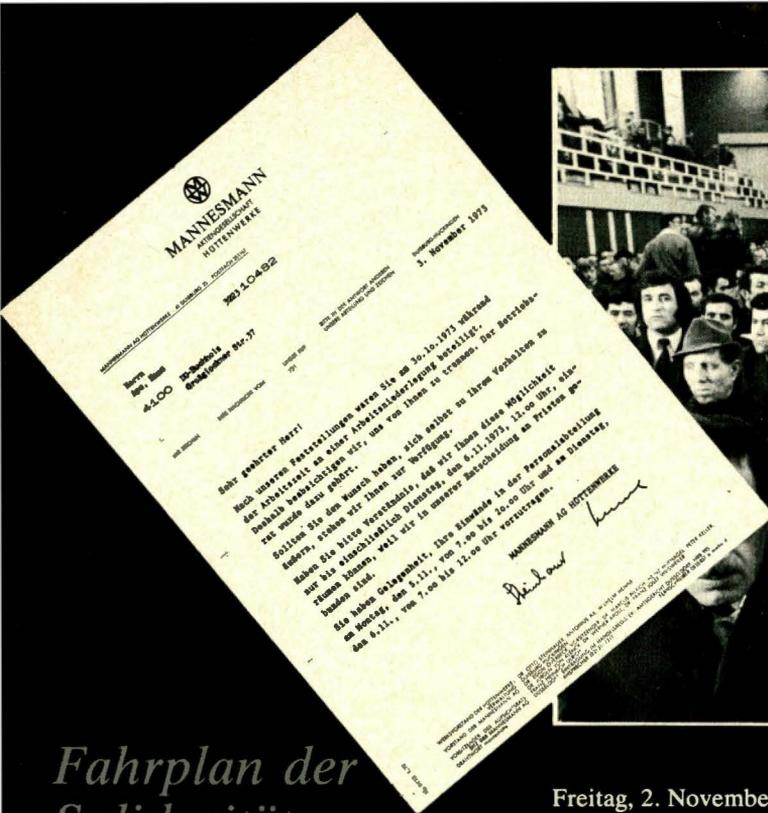
Hinter dem Schlagbaum am Tor 1 der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen läuft was auf.

Die Jungs aus der Lehrwerkstatt haben sich was besonderes einfallen lassen, um ihre älteren Kollegen zu unterstützen. Denn seit einem Tag wird bei Mannesmann in den Verkehrsbetrieben gestreikt. Kollegen aus anderen Abteilungen haben sich angeschlossen. Die DM 70,- Teuerungszulage, die seit Oktober nicht mehr gezahlt werden, sollen wegen der ständigen Preistreiberien der Bosse weitergezahlt werden. Das fordern die Mannesmänner.

An diesem Tag ist die gesamte Lehrwerkstatt zur Jugendvertreter-Sprechstunde gegangen. Da das Büro für alle natürlich nicht ausreicht, ziehen sie vors Tor 1. „Die älteren Kollegen sollen wissen, daß sie auf uns zählen können“, meint Bernd D. (17)*. Das wird wichtig: am Donnerstag gibt die Werksleitung die Namen von 121 Kollegen bekannt, die entlassen werden sollen. Weil sie von ihrem Streikrecht Gebrauch machten, als Arbeiter, als aktive Gewerkschafter. Die Mannesmann-Bosse wollen wieder einmal ein Exempel statuieren. Der Fahrplan der Solidarität rollt ab...



*) Der Name ist der Redaktion bekannt. Wir haben ihn verändert, um dem Kollegen Repressalien durch die Mannesmann-Bosse zu ersparen.



Fahrplan der Solidarität

Einen Tag später, am 31. Oktober, treffen sich um 17.30 Uhr die Vertreter der demokratischen Duisburger Jugendorganisationen und Persönlichkeiten. Die Bildung eines Solidaritätsratskomitees wird beschlossen. In den nächsten Tagen schließen sich weitere Organisationen, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Professoren und viele Pfarrer dem Komitee an.

Der Duisburger Pfarrer Michael Höhn eröffnet für das Komitee – wie schon beim Streik der Mannesmann-Profilwalzwerker im März '73 – ein Solidaritätskonto, das binnen kurzer Zeit auf mehrere tausend Mark anschwilt. Noch am gleichen Tag gibt das Komitee ein Ultimatum zur Veröffentlichung an die Presse weiter: „Wenn die Entlassungen bis Montag, 5. 11. 73, 12 Uhr nicht zurückgenommen sind, werden für Samstag, 10. 11. 73, 16 Uhr alle Jugendorganisationen und Demokraten zu einer großen Protestdemonstration und Kundgebung gegen Unternehmerwillkür aufgerufen.“



In den nächsten Tagen bilden sich in weiteren Städten Nordrhein-Westfalens Solidaritätskomitees für die bedrohten Mannesmann-Kollegen. In Dortmund rufen Gewerkschaftsjugendfunktionäre, Jugendvertreter, Betriebsräte, Mitglieder der Jungsozialisten, Naturfreundejugend, Jungdemokraten, SDAJ, MSB Spartakus und viele andere zur Teilnahme an der Duisburger Demonstration auf. Das Solidaritätskomitee in Gelsenkirchen stellt fest: „An Kollegen, die zehn, zwanzig und dreißig Jahre für Mannesmann geschuftet haben, an Familienvätern, jungen und alten Kollegen, Vertrauensleuten und aktiven Gewerkschaftlern, an der gesamten IG Metall will der Generalstabsoffizier Hillers, der Mannesmann-Vorstandsvorsitzende Overbeck, ein brutales Exempel statuieren.“

Freitag, 2. November: seit sechs Uhr hat die Frühschicht der Mannesmann-Eisenbahnbetriebe aus Protest gegen die provokatorische Haltung der Werksleitung erneut die Arbeit niedergelegt. Andere Abteilungen schließen sich dem Warnstreik an. Die Konzernleitung hatte am Vortag ein Gespräch mit dem Betriebsrat über die Entlassungen ohne Gründe abgesagt.

Lehrlinge halten nicht still

Die Lehrlinge bei Mannesmann-Duisburg halten nicht stille. Am 2. November macht in der Lehrwerkstatt ein Offener Brief an die Mannesmann-Bosse die Runde. Unterschriften werden gesammelt. Schon am Abend dieses Freitags haben 60 Lehrlinge den Brief unterschrieben. Einen Brief, der zeigt, wie lächerlich das Gerede von „Generationskonflikten“ ist, wenn es um die gemeinsamen Interessen geht: „Wir wissen, daß unsere Väter und unsere älteren Kollegen sich mit ihren berechtigten Forderungen auch für uns einsetzen. Und wir wissen auch: in drei, fünf oder zehn Jahren sind wir es, die vor ähnlichen Problemen stehen werden, wie heute unsere älteren Kollegen.“

Wir sehen es als Verpflichtung gegenüber unseren älteren Kollegen an, alle Maßnahmen des Betriebsrats, der Vertrauensleute und der IG Metall, die zur Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen führen, zu unterstützen.“



Am gleichen Tag weist die Betriebszeitung der DKP bei Mannesmann, „Roter Punkt“ nach, daß der Werksvorstand gelogen hat, als er behauptete, es gäbe keine schwarzen Listen: auf der Entlassungsliste standen sogar Kollegen, die zum Zeitpunkt der spontanen Arbeitsniederlegung gar nicht im Werk waren!

3. November: aus Protest gegen die brutalen Willkürmaßnahmen der Werksleitung verweigert der Betriebsrat bis auf weiteres Überstunden und erklärt: „Wenn Mannesmann auf 121 Arbeiter verzichten kann, dann sind auch keine Überstunden erforderlich.“



Die Werksleitung von Mannesmann ist gezwungen, zunächst sieben Entlassungen zurückzuziehen. Diese Kollegen waren zum Zeitpunkt der spontanen Arbeitsniederlegung krankgeschrieben oder in Urlaub!



Montag, 3. November: die Konferenz der 200 gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Mannesmann-Duisburg verwandelt sich in ein Tribunal gegen Unternehmerwillkür. Ein Vertrauensmann der Hauptwerkstatt: „Mit den 114 Kollegen werden auch 114 Familien ihrer Existenz beraubt.“

Ein Sprecher der türkischen Gewerkschaftsmitglieder hebt hervor, daß die beabsichtigte Maßregelung seiner Landsleute nicht nur die berufliche Existenz in Frage stellte, sondern darüber hinaus eine Ausweisung aus der Bundesrepublik befürchtet werden müsse. Unter dem Beifall der Kollegen ruft ein Gewerkschaftsfunktionär aus: „Jetzt gilt es, den Herren nicht mehr die Zähne zu zeigen, sondern zuzubeißen!“

„Zähne zeigen und zubeißen!“

Hans Aps aus dem Profilwalzwerk gehört zu den Entlassenen. Er hat drei Kinder: „Wenn ich von der Arbeit komme, muß ich mich um meine Kinder kümmern und den Haushalt machen. Meine Frau ist vor zwei Jahren verstorben und ich stehe mit meinen Kindern allein.“

In einem offenen Brief haben sich die Entlassenen an den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler gewandt: „Wir Unterzeichner, Arbeiter der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg, wenden uns heute in tiefer Sorge um die Zukunft unserer Familien, unserer beruflichen Existenz an Sie... Sie, Herr Bundespräsident und Herr Bundeskanzler, dürfen nicht zulassen, daß demokratische Forderungen der Belegschaft mit Massenentlassungen der Konzernleitung geahndet werden.“

Alle müssen rein!

Mittwoch, 5. November: Belegschaftsversammlung bei Mannesmann. Ausnahmslos alle Diskussionsbeiträge gipfeln in der Forderung: „Keiner darf entlassen werden! Alle müssen wieder rein!“

Inzwischen muß die Konzernleitung weitere 92 Kollegen wieder einstellen. Aber 22 Mannesmann sollen draußen bleiben!



Täglich treffen Solidaritätsschreiben ein. Bis Mitte November werden es über dreihundert. Der Betriebsrat der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund schreibt: „Die Weiterzahlung der 70 DM ist auch unser Ziel. Die Entlassung der Kollegen ist ein Angriff auf unsere Organisation. Wir geben Euch volle Unterstützung.“ „Jugendvertrauensleute aller drei Hoesch-Hüttenwerke verurteilen die Machenschaften der Unternehmer. Die Jugendvertretung solidarisiert sich mit der Forderung des Betriebsrates...“



Vor der Duisburger Industrie-Kulisse: Solidarität mit den Mannesmannern.

Das Solidaritätskomitee führt in verschiedenen Duisburger Stadtteilen Informationsstände, Geld- und Unterschriftensammlungen durch.

Täglich erscheinen die Duisburger Betriebszeitungen der DKP und die fünf Lehrlingszeitungen der SDAJ.

Die Vorbereitungen auf die Demonstration am 10. November laufen auf Hochtouren.



Donnerstag, 8. November: 500 Studenten treffen sich zu einem Solidaritätsmeeting im Audimax der Gesamthochschule Duisburg. Es ist die größte Veranstaltung dieser Art seit Bestehen der Gesamthochschule. Der Mannesmann-Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp betont: „Ich freue mich über Euren Beifall als Zeichen der Solidarität für unsere 22 Kollegen.“



Freitag, 9. November: der Marxistische Schülerbund des Mannesmann-Gymnasiums in Duisburg-Huckingen hat zu einer Soli-

daritätsveranstaltung eingeladen. Der Leiter der Mannesmann-Rechtsabteilung, Dr. Lempener, kommt, verbreitet Unternehmer-Propaganda und wird ausgebuht: die Entlassungen seien rechtmäßig, wenn Arbeiter streiken. „Da darf sich keiner wundern.“

10. 11.: Die Bosse wundern sich

Samstag, 10. November: Heute wundern sich die Bosse. 7 000 Menschen demonstrieren durch die Mannesmann-Siedlungen in Huckingen, bekunden ihre Solidarität und fordern: „Alle müssen wieder rein!“

Nach der Kundgebung geht's noch ins Duisburger SDAJ-Zentrum. Es ist überfüllt. Darunter viele Mannesmann-Lehrlinge. Günter H. (16, lernt Teilezurichter bei Mannesmann) sagt deutlich, was eigentlich allen klar ist: „Die Demonstration heute war Klasse. Aber das darf kein Schluß sein. Erst wenn alle Kollegen wieder eingestellt sind, haben wir gewonnen.“



An der Gesamthochschule Duisburg.

45.000 km

*Floh de Cologne ein Jahr auf Tournee.
Hier berichten die „Flöhe“, exklusiv für elan.*

**Hallo Freunde,
173 Auftritte im In- und
Ausland haben wir jetzt
hinter uns gebracht. Und
das in einem Jahr. Das Größte
erlebten wir bei den Weltju-
gendfestspielen in Berlin/DDR
im Sommer dieses Jahres:
50.000 Zuhörer aus allen
Teilen der Welt kamen zu
„Lucky Streik“ auf den Alex.**

**Es gibt auch Leute, die uns
nicht mögen: die Fernseh-Bosse
in der Bundesrepublik wollten
uns mit einem Fernseh-Boycott
kaltstellen.
Weitere Höhepunkte in unse-
rem „Floh“-Dasein: unser
Auftritt in einem Hamburger
Betrieb und die
Single, die wir gemeinsam
mit Dieter Süverkrüp produziert**

**haben.
Im Dezember und im Januar
ziehen wir mit dem brandneuen
Polit-Rock-Spektakel „Geier-
Symphonie“ eine 30-Städte-
Tournee ab. Eine LP mit
der „Geier-Symphonie“
ist übrigens schon im November
erschienen!
Aber: langsam, langsam
und immer der Reihe nach...**

Lucky Streik

Am besten: der Gerd fängt mal an, als Texter und so:

Gerd: Ja, da war am Anfang alles verquer: Wir machen wie immer ein Programm für die Arbeiterjugend. Thema diesmal: Streik. Warum? Weil die Arbeiter in großen Streikbewegungen die Bosse das Fürchten gelehrt hatten. Weil zum 1. Mal Lehrlinge mitgestreikt hatten. Zum Beispiel bei Bayer, wo es seit zig Jahren überhaupt keinen Streik gab. Mitten in der Arbeit: es wird bekannt, daß die Bundestagswahl um ein Jahr vorgezogen wird. Unversehens stehen wir im Wahlkampf.

Dieter: Dann Essen, 10. 10. 72: Premiere von LUCKY STREIK im Essener Saalbau. Veranstalter: die DGB-Jugend. SDAJ-Beiträge: über 20. Ergebnis: sehr erfreulich. Theo: Wir unternahmen mehrere Länder-tourneen für die SDAJ (Fazit: sehr duftig), spielten für Gewerkschaftsgruppen (ebenso wichtig), bei den Jusos (auch wichtig, aber trotzdem manchmal sehr lustig), auf Einladung von Stadtjugendämtern (skrupellos) und in der Oper Darmstadt gleich zweimal (sehr erhebend). Schließlich: vom Elan-Pressesfest werden eine Strophe und ein Refrain des „Löwenthaler“ im ersten Fernsehprogramm gesendet. Das war in „Klatschmohn“.

Dieter: Es gab im Laufe des LUCKY-STREIK-Jahres eine ganze Reihe von Höhepunkten. Das elan-Pressesfest gehörte dazu. In sehr guter Erinnerung haben wir auch die SDAJ-Tribunale: Siemens-Tribunale in München und Nürnberg, CDU-Stoltenberg-Tribunal in Kiel, Abs-Tribunal in Hamburg-Harburg. Unsere Einschätzung: das waren die politisch wirkungsvollsten Veranstaltungen.

Markus: Aber es gab noch andere Höhepunkte: Im April machten wir mit dem Studio H & S (die meisten kennen sicher den Kongo-Müller-Film „Der lachende Mann“ von H & S) einen Fernsehfilm: „Das Trauerspiel“. H & S hatte Originalton und -film von der Trauerfeier für den verstorbenen „Geier“ Friedrich Flick. Wir steuerten Texte und Musik bei. Das war in Berlin, Hauptstadt.

Dick: Apropos Berlin. Der absolute Höhepunkt – und nicht nur für uns natürlich – waren die Weltjugendfestspiele im Sommer. Ein Erlebnis, das uns die Kraft der Millionen im Kampf für den Sozialismus zeigte, uns Mut, Zuversicht und die Gewißheit gab, auf der richtigen Seite der Barrikade zu stehen und zu spielen. Überwältigend der Auftritt vor 50 Tausend Zuschauern auf dem Alex: Aufmerksamkeit und Stimmung wie in einem Konzertsaal.

Markus: Den 173. und letzten Auftritt mit LUCKY STREIK verdanken wir der leichtsinnigen Einladung eines Hamburger Unternehmers, uns in „seinem“ Betrieb von der „Realität in der Arbeitswelt“ zu überzeugen. In Harburg, in den Merkel-Werken („Führend in der Herstellung von Dichtungen aller Art“). Vorher gabs eine Werksbesichtigung. Die war wichtig. Denn die für Vorstellung und Diskussion ausgewählten „Mitarbeiter“ konnten uns auch dem, was wir im Werk gesehen und gehört hatten, nicht mehr weismachen, bei ihnen wären alle glücklich und zufrieden. Daß wir den „Klassenfeind“ (wie der SPIEGEL schrieb) in Gestalt von zwei Jungunternehmern und ihrer leitenden Angestellten nicht agitieren konnten, wußten wir allerdings vorher. Für die Einladung der Frauen und Männer aus der Produktion fehlte ihnen offensichtlich der Mut. Schade. Hansi: Übrigens haben wir einen Tag vorher auf der Abschlußveranstaltung des Hamburger Parteitages der DKP ein Kurzprogramm zum Thema Chile gebracht, das wir extra dafür geschrieben hatten.

Dieter: Und so geht's weiter: wir haben gerade eine neue LP fertiggestellt, die ist im November erschienen. Titel: „Geier-Symphonie“. Außerdem ist eine lustige Single rausgekommen, und zwar „Der Löwenthaler“, in einer Studio-Neufassung (Gitarre: D. Süverkrüp) mit Süverkrüps bayerischem „Heimatlied“ (Playback: Floh) auf der Rückseite.

Hansi: Das war die Nummer, die uns am meisten Spaß gemacht hat auf unserer gemeinsamen Mai-Tournee „Spaß in Rot“, wo Kroetz, Lachmann und Kittner auch dabei waren. Gerd: Also, die nahe Zukunft: Die „Geier-Symphonie“ wird demnächst (Dezember und Januar) in einer 30-Städte-Tournee live aufgeführt. Mit neuen Mitteln wie Film, Playback, Bühnenshow – kurz: es gibt nicht nur eine Menge zu hören, sondern auch zu sehen. Wir nennen das Ganze POLIT-ROCK-SPEKTAKEL. Premiere ist am 5. Dezember im Hamburger Audimax.

Alle (im Chor): Zum Schluß: wir wünschen allen elan-Lesern fröhliche rote Weihnachten und einen erfolgreichen blauen Rutsch.



Bei der Uraufführung von „Lucky Streik“ am 10. 10. Oktober 72 in Essen, rechts unten: Floh-Texter Gerd Wollschon.

FDJ-Vorsitzender Günther Jahn zu Gast in der BRD

Frisch ausgezeichnet mit dem Karl-Marx-Orden reiste eine Delegation des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend (FDJ) aus der DDR-Hauptstadt Berlin nach Dortmund. Ziel der Reise: Besuch der Bruderorganisation SDAJ, Studium der SDAJ-Arbeit und Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages beider Verbände über die Zusammenarbeit 1974.

Günther Jahn, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, leitete die Delegation, zu der außerdem gehörten: Hans Jagenow, Sekretär des Zentralrates; Hannelore Kutschenreuter, Mitglied der FDJ-Volkskammer-Fraktion und Werkdirektorin; Dr. Dietmar Börnert, Lehrstuhlleiter der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“; Hannelore Koard, Redakteurin der „Jungen Welt“, der Tageszeitung der FDJ. In seinen herzlichen Begrüßungsworten erklärte Günther Jahn:

FREUNDSCHAFT, die uns allen nützt

„Beide Jugendorganisationen haben grundsätzliche Gemeinsamkeiten – so unser entschiedenes solidarisches Eintreten für die Rechte und den Kampf aller Völker, die um ihre Befreiung vom Imperialismus ringen: sei es in Chile, in Vietnam, in Afrika oder im Nahen Osten.“ Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ, betonte: „Die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages zwischen FDJ und SDAJ für das Jahr 1974 dokumentiert die enge Freundschaft und brüderliche Verbundenheit unserer sozialistischen Jugendverbände.“

der SDAJ zu Informationsaufenthalten in die DDR ein. Der SDAJ-Bundesvorstand lädt seinerseits Delegationen der FDJ zum Studium der SDAJ-Arbeit in die BRD ein.

● Anlässlich des 25. Jahrestages der DDR lädt die FDJ 300 SDAJler zur Teilnahme an einem Internationalen Freundschaftslager in die DDR ein.

Bei einer Aussprache mit Funktionären der SDAJ informierte Günther Jahn über die Aktivitäten der FDJ nach den X. Weltfestspielen: „Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand die Diskussion über das neue Jugendgesetz, die wir am 5. November abschließen konnten. Wir sind stolz, eine sehr erfolgreiche Bilanz ziehen zu können. Immerhin haben etwa drei Millionen Bürger unserer Republik, natürlich besonders die Jugendlichen, an der großen Volksausprache über das Jugendgesetz teilgenommen. In allen Bezirken, Städten und Gemeinden haben die Mitglieder des Jugendverbandes, die Mädchen und Jungen der DDR auf 72 000 Jugendversammlungen und etwa 150 000 Foren ihre Meinung zum Entwurf des Jugendgesetzes geäußert. Und sie haben ihrem Gesetz zugestimmt.“

Nach der SDAJ besuchten die FDJler den Marxistischen Studentenbund Spartakus und schlossen auch dort einen Freundschaftsvertrag für 1974 ab.

Skandalös war die Weigerung des Jungsozialisten-Bundesvorstandes, die FDJ-Delegation trotz ausgesprochener Einladung zu empfangen. Der Grund war in einer ap-Meldung nachzulesen: Weil die FDJler „unter Nichteinhaltung entsprechender Vereinbarungen“ ihrem Treffen mit dem Juso-Bundesvorstand offizielle Treffen mit anderen Organisationen vorgeschaltet habe. Dazu erklärt die FDJ-Delegation: Mit dem Bundesvorstand der Jungsozialisten wurde vereinbart, daß eine FDJ-Delegation in der Zeit vom 13. bis 17. November 1973 Gast der Jungsozialisten in der BRD sein wird. Bei den Vorgesprächen hat es keinerlei Vereinbarungen über offizielle Treffen der FDJ mit anderen Jugendorganisationen gegeben.



Nach Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages: Günther Jahn (Mitte) und Rolf Priemer.

Und darum geht es u. a. im Freundschaftsvertrag FDJ – SDAJ:

● Beide Organisationen fördern und unterstützen alle Initiativen, die dazu beitragen, die erreichten positiven Veränderungen auf dem Wege zu Frieden, Entspannung und gesellschaftlichem Fortschritt unumkehrbar zu machen und weiter auszubauen.

● Uneingeschränkte Unterstützung für alle Völker, die gegen Imperialismus, Faschismus, Rassismus und Neokolonialismus, für

nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen.

● FDJ und SDAJ nehmen Leben und Kampf der glühenden Internationalisten Karl Liebknecht und Ernst Thälmann zum Anlaß, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse und die Lehren sozialistischer Jugendarbeit noch wirksamer unter der Jugend zu verbreiten und für den antiimperialistischen Kampf zu nutzen.

● Der Zentralrat der FDJ lädt Delegationen

Eines ist klar: die Freundschaft zur Jugend der DDR nützt uns allen. Was uns nicht nützt, sind diplomatische Tricks und im Nachhinein gestellte Vorbedingungen für offizielle Gespräche. Das ist schlichtweg schlechter Stil.

Und ein schlechter Beitrag zur notwendigen sachlichen Verständigung mit der Jugend der DDR. Das steht auch im Widerspruch zu allen Aussagen und Ergebnissen der X. Weltfestspiele.

Herzlicher Empfang beim Bundesvorstand der SDAJ für die FDJ-Delegation.



Rolf Priemer,
Bundesvorsitzender der SDAJ:

Freundschaft mit der DDR

1. Die Jugend unseres Landes will ein Leben in Gerechtigkeit, in Frieden, in sozialer Sicherheit. Sie strebt nach Bildung, die ihre Zukunft sicherer macht. Sie braucht sichere Arbeitsplätze, mehr und bessere Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Sie will mitbestimmen über den Weg in die Zukunft. Die SDAJ und nicht nur sie allein hat festgestellt, daß die Wurzel des Übels der Imperialismus ist, die nationale und internationale Macht der Monopole und Banken, das Großkapital und seine Bosse. Ihre Macht muß zurückgedrängt und ihre menschenfeindliche Ordnung überwunden werden. Der Sozialismus, die Errungenschaften in der DDR – so zeigte sich besonders deutlich auf dem Festival – ist für viele Jugendliche zur Alternative geworden, übt stärker denn je Anziehungskraft aus. Die DDR ist ein sozialistischer Staat. Im Sozialismus gehören die entscheidenden Produktionsmittel dem Volke. Die politische Macht wird durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und anderen Schichten ausgeübt. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist beseitigt. Jeder kann sich allseitig bilden und seine Persönlichkeit voll entfalten. Die Wirtschaft wird planmäßig, gemäß dem höchsten Stand der Wissenschaft und Technik entwickelt. Das Leitmotiv ist nicht der Profit einer kleinen besitzenden Oberschicht, sondern Nutzung der Automation im Interesse der Gesamtgesellschaft. Die Beziehungen der Menschen zueinander sind durch kameradschaftliche Zusammenarbeit, durch gegenseitige Hilfe und durch früheste Einbeziehung der jungen Menschen in allen wichtigen Fragen des gesellschaftli-

chen und wirtschaftlichen Lebens gekennzeichnet.

Der Sozialismus bietet die Garantie für die Freundschaft der Völker, für den Frieden, weil es keine Klasse mehr an der Macht gibt, die an der Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen oder fremder Völker interessiert ist. Wir jungen Sozialisten fühlen uns daher mit der Jugend in der DDR freundschaftlich verbunden.

2. In den Betrieben der DDR haben die Arbeiter und Lehrlinge das Sagen. Ihre Gewerkschaften üben maßgeblichen Einfluß aus. Ohne oder gar gegen sie wird dort überhaupt nichts entschieden. Genau wie im Betrieb sieht es in allen Bereichen der Gesellschaft aus. Zu jedem Gesetz finden in der DDR vor der Verabschiedung öffentliche Diskussionen unter Beteiligung von Millionen Bürgern statt, wie es in diesen Tagen beim Jugendgesetz zu sehen ist. Die Diskussionsergebnisse fließen unmittelbar in die Beratungen der Volkskammer ein. In der DDR ist die Machtausübung durch das Volk unter wesentlicher Mitbestimmung der Jugend auf allen Ebenen gesichert.

Der Jugend werden in der DDR großartige Möglichkeiten geboten. Sei es die vorbildliche schulische und berufliche Bildung und Ausbildung, sei es die Einbeziehung der Jugend in die Leitung der Betriebe und des Staates: die DDR wird vollkommen zu Recht als Staat der Jugend bezeichnet. 99 Prozent aller Jugendlichen erhalten nach Schulabschluß eine Berufsausbildung. Schon 1970 besuchten 85,2 Prozent aller

und ihres Besitzes in der DDR ist ihre schlimmste Niederlage, die sie nicht überwinden können. Jahrzehntlang verhängten sie die diplomatische Blockade und schädigten die DDR. Kommunisten und Sozialdemokraten, viele fortschrittliche Jugendliche, die bei uns für ein friedliches Nebeneinander der beiden Staaten eintraten, wie es jetzt im Grundlagenvertrag vorgeschrieben ist, wurden verfolgt, eingesperrt und bestraft. Die alte Politik ist gescheitert. Eine Wende zum Fortschritt ist erreicht. Dies muß unumkehrbar werden.

Wie hat sich diese Welt verändert, gehen wir nur von den letzten fünf Jahren aus, seit unser Jugendverband existiert. Rund 90 Staaten haben die sozialistische DDR anerkannt. Die BRD und die DDR sind in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen aufgenommen worden. Jeder sieht, daß die DDR auch dort die weltweite antiimperialistische Bewegung stärkt. Die DDR unterbrach die Beziehungen zur Republik Chile, die Bundesregierung entwickelte sie auch zur Militärjunta. Die DDR übte mit den arabischen Völkern Solidarität, die einflußreichen Kräfte in der BRD stellten sich auf die Seite der israelischen Aggressoren.

Besonders die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die Anwesenheit von Jasser Arafat und Angela Davis demonstrierten: In der DDR finden alle antiimperialistischen Kräfte zuverlässige und treue Freunde.

Als antiimperialistische Kämpfer, als klassenbewußte junge Arbeiter, als junge Sozialisten erstreben wir enge freundschaftliche Be-



Im freundschaftlichen Meinungsaustausch: die FDJ-Delegation bei der SDAJ-Bundesgeschäftsführung. Günther Jahn: „Während meines Besuchs hier habe ich ein Plakat der

SDAJ gesehen, auf dem über den Porträts von Marx, Engels und Lenin zu lesen war: ‚Unsere Berufsberater‘. Von diesem so erfolgreichen Team lassen auch wir uns beraten.“

Schüler eine allgemeinbildende polytechnische Oberschule.

In der DDR sind die Grundrechte der Jugend verwirklicht. Auch deshalb erstreben wir Freundschaft zur Jugend in der DDR.

3. Für die Monopolherren der BRD ist die Existenz und die wachsende Autorität der DDR ein Alptraum. Der Verlust ihrer Macht

ziehungen zur Jugend in der DDR. Diese Freundschaft stärkt die Kampffront gegen Imperialismus, Ausbeutung und für Sozialismus.

Die SDAJ ist bereit, ihre guten Beziehungen zu den ihr freundschaftlich verbundenen sozialistischen Jugendorganisationen in den Dienst der Jugend unseres Landes zu stellen.

Kleb' den Kuckuck drauf!

Schlechte
Berufs-
ausbildung?
Unternehmer-
willkür?
Keine Rechte
im Betrieb?



Lehrbuch mit
braunem Inhalt,
mit Hetze gegen
die sozialistischen
Staaten, mit
„großdeutschen“
Landkarten?



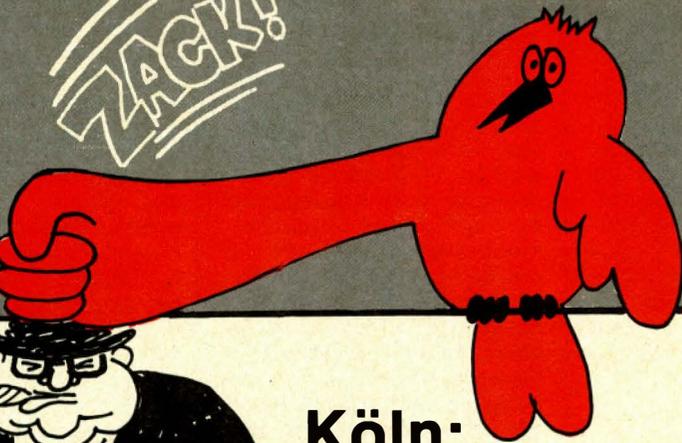
Noch mehr Panzer
und Kanonen für
die Bundeswehr
im Zeitalter der
Verträge von
Moskau, Warschau
und Berlin?



Kuckuck ist die land-
läufige Bezeichnung für
das Pfandsiegel des Ge-
richtsvollziehers, mit
dem Gegenstände be-
schlagnahmt werden.

elan-Aktion „Roter Kuckuck“. Hier kann jeder mitmachen. Gegen Profitgeier und kalte Krieger. Helft mit, alles das zu brandmarken, was fortschrittlicher Ausbildung, friedlicher Entwicklung und den Grundrechten der Jugend im Wege steht. Wo man den Kuckuck bekommt? Natürlich bei elan (46 Dortmund, Brüderweg 16). Schreibt uns. Und teilt uns anschließend mit, welche Gegenstände ihr per Rotem Kuckuck angeprangert habt. Macht Fotos von der Aktion. Damit wir darüber berichten können. Damit ihr eure Kosten decken könnt, überweisen wir für jeden von uns veröffentlichten Aktionsbericht mit Foto als Kostenerstattung 10 DM.

ZACK!



Der Rote Kuckuck
in Aktion ★ ★



Köln: Gegen Stufen- Ausbildung



Der Rote Kuckuck von elan ist ein schneller Vogel. Noch bevor die Ford-Bosse in Köln den geplanten Stufen-„Ausbildungs“-Plan einführen konnten, pfändeten die Ford-Lehrlinge das Machwerk mit dem Siegel der Arbeiterjugend. Die Lehrlinge unterstützten mit der Aktion demonstrativ den Einspruch ihrer Jugendvertretung gegen den geplanten Stufenplan. Die Kölner SDAJ enthüllte in einem Flugblatt an die Ford-Lehrlinge, was die Bosse mit ihrem ach so „modernen“ Stufenplan eigentlich wollen: billige Arbeitskräfte. Mit dem Boß-Plan sollen Stufe für Stufe billige Hilfsarbeiter herangezogen werden. Außerdem: die Schmalspurausbildung soll bleiben. Die Ford-Bosse bestimmen weiterhin über die Inhalte der Berufsausbildung. Nach jeder Ausbildungsstufe kann jeder unbequeme Lehrling gefeuert werden. Mit der Verleihung des Roten Kuckucks forderten die Lehrlinge: Was wir brauchen, ist keine Stufenausbildung, sondern eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Jugendvertreter, Betriebsräte und Gewerkschaften, auch in der Berufsausbildung.

Koblenz: Jugend kämpft für Jugendhaus

Zum „Haus der Jugend“ erklärte der Koblenzer Stadtjugendring einen Teil des Zentralplatzes der Stadt. Die SDAJ-Gruppe Koblenz schmückte das provisorische Jugendzentrum mit dem Roten Kuckuck. Mit der Aktion „Jugend, Freizeit und Talente“ protestierten die Koblenzer Jugendlichen gegen die jugendfeindliche Politik des Stadtrates, der auch in diesem Jahr kein Geld für die Jugend bereitgestellt hat. Die SDAJ Koblenz beteiligte sich an der Aktion mit einer Ausstellung „5 Jahre SDAJ Koblenz – 5 Jahre Kampf für die Rechte der Jugend“. Mit Wandzeitungen, Liedern, Diskussionen und einer Sammlung für das kämpfende chilenische Volk, die 150 Mark erbrachte, stellten die SDAJler die Politik ihrer Gruppe dar.

Offenbach: Kuckuck kontra CDU-Boß

Lehrlinge und junge Arbeiter aus Offenbach pfänden das Anwaltsbüro des CDU-Kreisvorsitzenden Dr. Bruno Knapp. Grund genug, zur Pfändung zu schreiten, haben die Jugendlichen. CDU-Knapp fordert Berufsverbote für alle „Radikalen“. Das sind für ihn Gewerkschafter und andere Demokraten. Knapp kämpft aktiv gegen die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern an der betrieblichen Mitbestimmung. Die Partei des Herrn Knapp steckt mit Konzernbossen, Bankiers und Rüstungshaien unter einer Decke. Auf das Konto dieser Leute geht unter anderem der Rausschmiß von 600 Jugendvertretern, die sich für die Belange ihrer Kollegen in den Betrieben einsetzten. Mit der symbolischen Beschlagnahme des Büros von Dr. Knapp ruft die SDAJ die Offenbacher Jugend und alle Demokraten zum gemeinsamen Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Berufsverbote und die demokratiefeindliche Politik der CDU auf.

Gütersloh: Gegen rechte Schreibe

Hetze gegen die X. Weltjugendfestspiele in Berlin, der Hauptstadt der DDR; Diffamierung der westdeutschen Teilnehmer am Festival und ihrer Gastgeber – eine solche reaktionäre friedensfeindliche Berichterstattung im „Westfalenblatt“ ließ sich die Gütersloher SDAJ nicht bieten. Sie rückten den Redakteuren des tiefschwarzen Provinzblättchens auf die Bude und verpaßte ihnen den Roten Kuckuck.



Kohlen stimmen

Die Kohlen stimmen – in einem leerstehenden Haus, das 40 Münsteraner Studenten besetzt haben: Die Kumpel der Schachtanlage „Victor-Ickern“ in Castrop-Rauxel spendeten spontan eine Tonne Kohle. Damit solidarisierten sich die Bergleute mit den Hausbesetzern, die mit ihrer Aktion gegen die katastrophale Wohnungsnot in Münster protestieren.

Auch Münsteraner spendeten.

Horror-Bögen

Der Bundesjugendausschuß der IG Chemie-Papier-Keramik ruft alle gewerkschaftlichen Jugendvertreter und Betriebsräte auf, von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und sich für die Abschaffung von Beurteilungsbögen für Lehrlinge einzusetzen. Betriebliche Beurteilungsbögen dienen lediglich der Disziplinierung der Jugendlichen im Betrieb.

Zeugnis-Druck

Leistung allein zählt nicht – zumindest an den Berufsschulen der Stadt Köln: Die Personal- und Zeugnisbögen der Kölner Berufsschulen widmen fast eine halbe Seite Platz dem mehr oder weniger konformen Verhalten der Lehrlinge. Da gibt es die Rubrik „Mahnung, Verwarnung, Anzeigen“. Aber es kommt noch besser: Viel Raum ist gelassen für Bemerkungen über „Polizeiliche Maßnahmen und sonstige Maßnahmen“.

Gemeinsam für Rechte der Jugendvertreter

„Haut bei den Bossen auf den Putz – Jugendvertreter brauchen Kündigungsschutz!“ So hallte es durch Kölns Innenstadt bei der großen Demonstration der Gewerkschaftsjugend von NRW. 6 000 junge Gewerkschafter waren dem Aufruf „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert“ gefolgt. Denn sie hatten erkannt: gegen den frechen Einschüchterungsfeldzug der Bosse hilft nur die gemeinsame Aktion! Die Teilnehmer forderten von der Bundesregierung Gesetzesinitiativen, damit noch in

diesem Jahr ein umfassender Kündigungsschutz für die gewählten Interessenvertreter der Lehrlinge und jungen Arbeiter gewährleistet wird. Darüber hinaus forderten sie eine Regelung, wonach Jugendvertreter und junge Betriebsräte während ihrer Amtszeit vom Wehr- und Ersatzdienst befreit werden. A. Friedrichs, Chef der „Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ (BDA): „Weil sie uns morgen als Vertrauensleute und Betriebsräte gegenüberstehen. Wir aber brauchen Ruhe im Betrieb.“



Militär statt Beruf

Bundeswehr und Unternehmer arbeiten „hautnah“ zusammen. Das zeigt – wieder einmal – der Fall des Vorsitzenden des Vertrauensleutenkörpers der IG Metall bei der Wiesbadener Firma Rotaprint, Ottmar Befard: Er gehört zu den mehr als 600 Jugendvertretern die nach Beendigung ihrer Lehrzeit nicht in ein ordentliches Arbeitsverhältnis übernommen wurden, obwohl sie gute Prüfungsergebnisse vorweisen konnten.

Jetzt soll Ottmar Befard, der auch Mitglied des Ortsjugendausschusses der IGM sowie des DGB-Kreisjugendausschusses ist, am 2. Januar zur

Bundeswehr einrücken. Ottmar Befard hat gegen seine Einberufung Widerspruch eingelegt: „Die Einberufung hindert mich, das Mandat meiner Kollegen wahrzunehmen und bedeutet einen Eingriff in die demokratisch gewählten Gewerkschaftsorgane“, schrieb der Vertrauensmann an das Kreiswehersatzamt. Die IG Metall sieht in der Einberufung einen Fall von Amtshilfe der Bundeswehr, um einen entschiedenen Kämpfer um die sozialen Rechte aus dem Betrieb zu entfernen und von seinen Kollegen zu isolieren.

Zitat des Monats

Den Unterschied zwischen Löhnen und Preisen machte Lor Lorentz vom Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ in einer ZDF-Sendung auf ihre Art klar: „Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Löhnen und Preisen, daß die so heftig aufeinander reagieren? Ich will's Ihnen sagen: Ich finde, der einzige Unterschied ist der: Um den Lohn wird gefeilscht mit einem Geschrei wie auf dem persischen Markt; da gibt's Ringkämpfe, da gibt es mahnende Stimmen in der Presse, da gibt es den allerhöchsten Zeigefinger im Fernsehen, das ist eine Angelegenheit von extremer Öffentlichkeit. Streiks, Abstimmungen, Schlichtungsverhandlungen, Aussperrungen, im krassesten Fall Polizeieinsatz – nicht oft, aber es gibt ihn. Haben Sie jemals gehört, daß die Polizei gegen Preiserhöhungen eingesetzt worden ist?“

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Angst-Mache

Die „Linke Bazille“, die Zeitung der SDAJ für Lehrlinge und Jungarbeiter in Hagen, kämpft gemeinsam mit älteren Kollegen gegen den Rauschmiß von kranken Kollegen bei der Hagener Schmiedag: „In den letzten Tagen bekamen Kollegen einen Schrieb von der Betriebsleitung, in dem mitgeteilt wurde, daß sie für den Betrieb nicht mehr

tragbar wären, wenn sie des öfteren erkranken würden. Diese Masche der Bosse ist nicht neu. In anderen Firmen gibt man Prämien für diejenigen, die am wenigsten wegen Krankheit im Betrieb fehlen. Bei uns ist diese verfeinerte Art von Erpressung nicht ausreichend. Man droht gleich mit Rauschmiß. Die Betriebsleitung gibt vor, mit dem Schrieb Bummelanten zu treffen. In Wirklichkeit

möchte man aus der Belegschaft soviel Profit wie eben möglich herausschlagen. Dieser Profit wird durch Krankengeld geschmälert. Außerdem versuchen die Unternehmer, vor der laufenden Tarifrunde die Arbeiter einzuschüchtern, sie um ihre Arbeitsplätze bangen zu lassen. Wenn wir aber den Unternehmern geschlossen gegenüber auftreten, nützen ihnen keine Drohungen.



Club junger Sozialisten

Mit der Uraufführung eines „Arbeiterjugendreports“ wurde in Mannheim der „Club Junger Sozialisten“ eröffnet. Es sollen noch mehr solcher Clubs gegründet werden. Sie werden durch attraktive Programme die Diskussion um die Ideen des Sozialismus unter der Jugend verstärken. 1974 begeht die sozialistische Jugendbewegung den 70.

Jahrestag der ersten Arbeiterjugendverbände. Die SDAJ wird diesen Jahrestag zum Anlaß nehmen, die Arbeiterjugend verstärkt mit der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung vertraut zu machen und die Parallelen zwischen dem Kampf der Arbeiterjugend für ihre Grundrechte damals und heute herauszuarbeiten.

Unternehmer lügen

Eindeutig widerlegt haben 21 Jugendvertreter aus Hessen vor der Presse die Behauptung der Unternehmerverbände, „kein Jugendvertreter sei wegen seines aktiven gewerkschaftlichen Einsatzes nach beendeter Lehre auf die Straße gesetzt worden“. Die Jugendvertreter enthüllten: In innerbetrieblichen Karteien wurden sie als „Aufwiegler und Unruhestifter“ bezeichnet, hieß es, „trotz guter Leistungen kein Verlaß“. Eltern von Lehrlingen wurden unter Druck gesetzt, um eine „frei-

willige Kündigung“ zu erreichen. Jugendvertreter wurden mit der Begründung „nicht weiterbeschäftigt“, sie zeigten „keine Bereitschaft zu kooperativem Verhalten“ und hätten öffentlich Kritik an der Geschäftsleitung geübt. In manchen Fällen funktioniert die Berufsverbotspraxis der Konzerne so ausgezeichnet, daß Jugendvertreter, die eine Ausbildung als Industriekaufmann besitzen, nur noch im Straßenbau Arbeit bekommen.

Zangen-Material

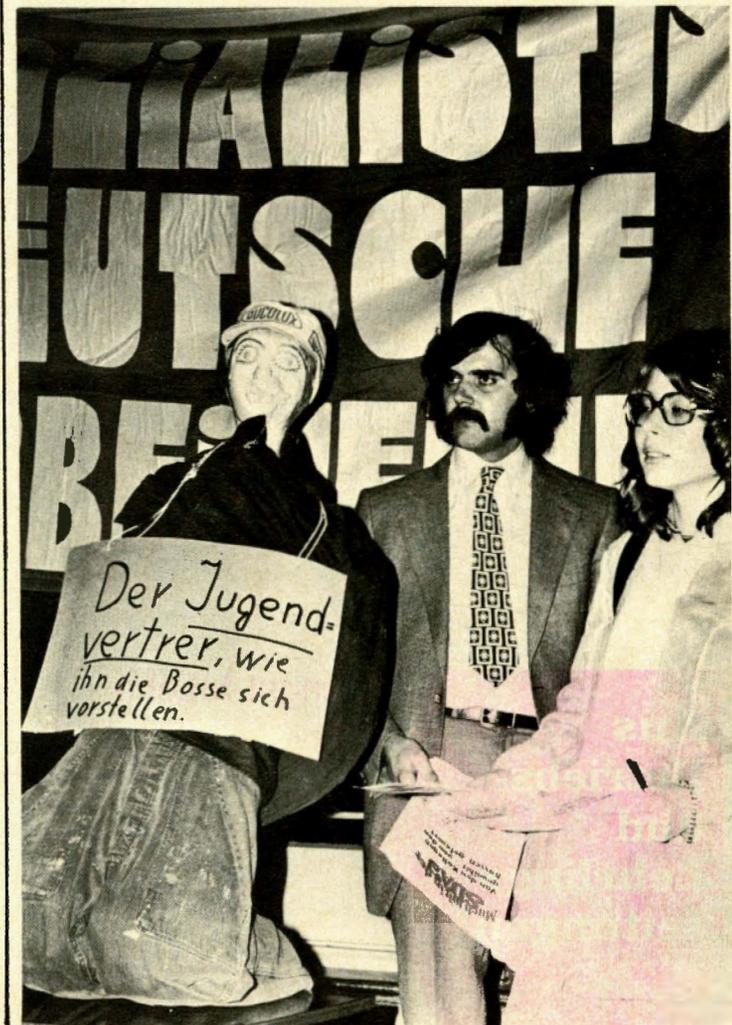
Für die Aktion „Rote Zange“ der Jugend der IG Metall, mit der ein verbesserter Jugendarbeitsschutz durchgesetzt werden soll, wurde jetzt ein Arbeitsbuch herausgegeben. Das Buch informiert über die Probleme des Arbeitsschutzes, gibt Argumentationshilfe und – soweit möglich – eine Gebrauchsanweisung für die Durchführung von Aktionen der „Roten Zange“. Konkret werden Beispiele für Verstöße gegen das geltende Jugendarbeitsschutzgesetz geschildert, werden die Forderungen der Gewerkschaftsjugend für ein neues Gesetz zusammengetragen, wird ein „Fahrplan“ für Rote Zangen-Aktionen aufgestellt.

Wichtigstes „Werkzeug“ für die Aktionen ist ein Meldezettel, auf dem Lehrlinge, Eltern und Gewerkschaftskollegen Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz angezeigt werden sollen. Das Arbeitsbuch zur Aktion Rote Zange und Meldezettel können bestellt werden beim Vorstand der IG Metall, 6 Frankfurt/Main, Postfach 3304.



„Idealer“ Jugendvertreter

Gefesselt und geknebelt – so stellen sich die Bosse den idealen Jugendvertreter vor. Die SDAJ Düsseldorf enthüllte im Rahmen ihrer Aktionswoche dieses Jugendvertreter-Denkmal. Gleichzeitig wurde die Düsseldorfer Bevölkerung auf den Rauschschiff von über 600 aktiven Jugendvertretern aufmerksam gemacht. Ein weiterer Höhepunkt der Aktionswoche war ein Kaufhaustribunal, das die SDAJ in der Innenstadt veranstaltete.



Wir trafen sie in Berlin/DDR während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Auf Meetings, Freundschaftstreffen, Pressekonferenzen. Wir trafen sie im Kreis der chilenischen Festivaldelegation – Gladys Marin, Generalsekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles. Gladys und ihre Genossen und Freunde erzählten uns von den zahlreichen Initiativen der Jugend, um die Regierung der Unidad Popular zu unterstützen, in den Fabriken, auf dem Lande, in den Schulen und Stadtvierteln. Das war vor dem blutigen Putsch der faschistischen Generals-Junta. Trotz des unvorstellbar grausamen Terrors der Junta geht der Widerstand in Chile weiter. Mit einem „Appell an die demokratische Weltjugend“ wendet sich Gladys Marin aus dem chilenischen Widerstand an uns alle: Solidarität mit Chile! Venceremos!

Die dunkelsten und reaktionärsten Kräfte versuchen, Chile zu erwürgen. Die eidbrüchigen Generale haben den Putsch gegen die legitime Regierung des Präsidenten Allende angezettelt. Der Putsch wurde mit den Ratschlägen und dem Geld der USA-Monopole und des CIA vorbereitet.

Die Henker-Generale dienen den Interessen der USA-Monopole und der nationalen Oligarchie, die gegen die Interessen des Vaterlandes gerichtet sind. Der ganze Haß, die Rachsucht, die Barbarei richtet sich gegen ein Volk, das es verstanden hat, Arbeitern und Bauern menschliche Würde zu verleihen, der Jugend eine fruchtbare und lebensvolle Aufgabe zu geben, das seine Reichtümer dem ausländischen Besitz entrissen hat und das seine Türen allen Völkern der Welt öffnete, gegen ein Volk, dem es gelungen ist, sich durch seine Kämpfe, sein hohes politisches Bewußtsein und seine Organisation eine Volksregierung zu geben.

Wie groß die Leiden dieses Volkes heute auch sein mögen, es wird sich niemals beugen. Eine neue Phase im Kampf um unsere Freiheit beginnt. Nieder mit der faschistischen Diktatur! Eine weltumspannende patriotische Einheit gegen die Diktatur! Die Organisierung der Massen! Der Widerstand der Massen! Der Kampf der Massen! Das ist unsere Losung, die von Entschlossenheit, Mut, Schmerz und von ruhiger Verantwortung geprägt ist.

Chile wird siegen

Von Hans-Jörg Hennecke

**Gladys Marin appelliert an die Jugend der Welt:
Mein Land braucht eure Solidarität!**



Gladys Marin: „Der Kampf meines Volkes und eure Hilfe werden unser Ziel erreichen.“

Um die dunkle Nacht zu vertreiben, die sich über unser Land ausgebreitet hat, braucht unser Volk die aktive und unverzügliche internationale Solidarität. Wir wenden uns an euch, Männer und Frauen, demokratische und fortschrittliche Jugend, an alle Menschen, die für das Recht eintreten, daß jeder Mensch der Wahrheit entsprechend lebt und für sie kämpft. Wir fordern ihn auf, diese Worte zu vernehmen und zu handeln. Ein Blutbad überschwemmt meine Heimat. Tausende und aber Tausende Patrioten wurden feige und barbarisch ermordet. Zehntausende sind in Gefängnissen oder in Konzentrationslagern. Auf die Führer der Linken wird eine Menschenjagd veranstaltet. Kopfprämien sind auf die Ergreifung ausgesetzt, die festgelegt sind, je nachdem, ob sie „lebendig“ oder „tot“ gefangen werden.

Die Menschheit hat schon die Tragödie des deutschen Faschismus erlebt. Und war voller Abscheu vor seinen Verbrechen. Diejenigen, die ihn nicht gleich verurteilten, haben gesagt, sie hätten nichts gewußt. Deshalb fordern wir euch auf, zu wissen, mit Chile zu fühlen, meiner teuren Erde, sanft, stolz, fruchtbar, grün und voller Einöden.

Der Faschismus bedient sich heute seiner ganzen Brutalität, um die Privilegien des Großkapitals wiederherzustellen.

Präsident Allende wurde ermordet. Der Ausnahmezustand erklärt, alle demokratischen Rechte unterdrückt. Es gibt weder politische Parteien noch Gewerkschaften, noch Studentenorganisationen. Das Parlament ist geschlossen.

Unter den Tausenden Märtyrern wollen wir uns des Namens unseres Bruders, des Dichters, Schriftstellers und Regisseurs erinnern, dessen Stimme die Jugend vieler Länder kannte: Victor Jara. Er wurde eingekerkert, sie haben ihn gefoltert, haben ihm die Finger gebrochen, um ihn nach einigen Tagen der Agonie zu ermorden. In einem offiziellen Communiqué hieß es, er sei bei einem Zusammenstoß im Stadion von Santiago umgekommen. Der Haß der Faschisten gegenüber Ausländern kennt keine Grenzen. Jugendliche aus zahlreichen Ländern sind umgebracht, andere eingekerkert worden. Man muß den Henkern in den Arm fallen. Die Kraft der internationalen Menschlichkeit kann das erreichen.

„La Legua“ – ein Schicksal wie Lidice

Der Terror richtet sich gegen das Volk. Jeden Tag und jede Nacht werden ganze Stadtviertel, Krankenhäuser, Schulen, Friedhöfe durchkämmt. Die Kinder machen furchtbare Zeiten durch. Die Arbeiterviertel werden immer wieder durchsucht, und das Wenige, das ihre Bewohner besitzen, wird dabei zerstört. Sie wollen bestimmte Stadtviertel vernichten. Das ist zum Beispiel der Fall mit dem Arbeiterviertel „La Legua“, das bombardiert wurde, dessen Bewohner vertrieben oder von Kugeln durchlöchert wurden. „La Legua“ und andere Stadtviertel erleiden das Schicksal von Lidice.

Die Universitäten werden von Militärs beherrscht. Viele Stellen wurden abgeschafft und die fortschrittlichen Studenten ausgeschaltet. Man hat eine Polizeikontrolle in den Oberschulen errichtet. Diese Maßnahmen richten sich nicht nur gegen die demokratischen Kräfte, sondern auch gegen alle diejenigen, die den eidbrüchigen Generalen bei ihrem Staatsstreich geholfen haben, die rechtmäßige Regierung Allende zu stürzen. Das geschieht jetzt mit Frei* und dem rechten Flügel der christlichen Demokraten. Sie glaubten, daß man sie an der Macht beteiligen würde, doch man gestattet ihnen nicht einmal, Rektorposten an Universitäten einzunehmen. Feiglinge und Verräter.

Das ist eine historische Lektion für die Führer der Christ-Demokraten. Sie haben ihren eigenen Mitgliedern und ihrer Partei den Dolchstoß versetzt.

Man durchsucht ihre Parteibüros, verhaftet Christ-Demokraten, Arbeiter, Bewohner der „Poblaciones“, der Vorstädte. Aber die gegenwärtige Situation hat bewirkt, daß die Christ-Demokraten sich unserem Kampf gegen die Diktatur anschließen. Unsere Aufgabe ist, diese Integration auf allen Gebieten zu fördern und alle Menschen, die die faschistische Diktatur ablehnen, einzubeziehen. Die Junta muß isoliert werden. Sie kann sich nur auf den nordamerikanischen Imperialismus stützen, auf seinen brasilianischen Handlanger, auf die großen Monopole, die Bankiers, die großen Landbesitzer, auf die Nationale Partei und auf eine brutale Unterdrückung.

Die Händler und Vertreter freier Berufe, die von ihren Führern dazu verleitet wurden, die Junta zu unterstützen, beginnen bereits die Auswirkungen der ersten wirtschaftlichen Maßnahmen zu spüren, die den bedingungslosen Charakter der „Herrschenden“ der großen einheimischen und ausländischen Monopole enthüllen. Sie verlängern die Arbeitszeit. Es gibt in diesem Jahr keinen Lohnausgleich. Die Preiskontrolle wurde aufgehoben und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Der Dollar steigt usw.

Die Industriebetriebe und das Land, die in den Händen der Werktätigen waren, werden den Privateigentümern zurückgegeben. Die amerikanischen Monopole kehren zurück, um mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen unsere Reichtümer auszubeuten.

Das Volk organisiert seine Kräfte

Das Volk sammelt seine Kräfte und organisiert sich. Die Flugblätter, die von Hand zu Hand gehen, einige Inschriften auf Mauern, Meetings von drei bis fünf Minuten in Oberschulen sind Beweise eines Heldentums ohne gleichen.

Die Junta spürt den Einfluß der internationalen Ablehnung, Delegationen der UNO und des Roten Kreuzes, die zwar nur sehen konnten, was die Junta ihnen gestattete, haben geholfen, das Schicksal einiger Gefangener etwas und auch nur zeitweise zu erleichtern.

Die Junta ist beunruhigt. Sie will dieser Verachtung entgegenwirken, indem sie Emissäre in zahlreiche Länder entsendet.

Wir, die wir leiden und gegen die Diktatur kämpfen, wir rufen euch auf, die Bemühungen der internationalen Solidarität noch zu verstärken. Jetzt, jetzt!

Das Leben von Luis Corvalan retten!

Das Leben von Tausenden Patrioten ist in Gefahr. Wir müssen das Leben von Luis Corvalan retten. Sie geben vor, ihn des Verrats am Vaterland anzuklagen, ihn, der sein ganzes Leben für die Verwirklichung der höchsten Ideen des Patriotismus und der Liebe für die Menschheit gewidmet hat. Luis Corvalan, der Lehrer, Journalist, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Senator, ein Mensch von großer Intelligenz, der einen bedeutenden theoretischen Beitrag zur internationalen und fortschrittlichen Arbeiterbewegung geleistet hat. Ein sensibler, fröhlicher und freundlicher Mensch, der durch viele Kämpfe gegangen ist, muß gerettet werden. Keine Aktion und keine Maßnahme erscheint dem Menschen guten Willens und ehrlicher Gefühle ausreichend. Ihr, Jugend der Welt, ihr internationale Jugendorganisationen, entsendet Delegationen zur UNO, wendet euch an ihre wichtigsten Vertreter, sprecht mit den Abgeordneten des nordamerikanischen Senats. Eine Kampagne von Stellungnahmen von Persönlichkeiten und Parlamentariern der verschiedenen Länder muß beginnen.

Die Jugend und Studenten Lateinamerikas fordern eure Tat, euer Wort.

Osiel Nunez, der Vorsitzende der Studentenföderation der Technischen Universität, ist seit dem 11. September eingekerkert. Wir wissen nicht, was aus ihm geworden ist, und fürchten für sein Leben.

Verwirklicht das Festival-Gelöbnis

Das Echo des X. Festivals der Jugend und Studenten tönt noch in unseren Herzen. Möge dieses Gelöbnis, das wir uns dort gaben, heute, da Chile es nötig hat, in seinem vollen Sinne verwirklicht werden. Wir sind mit einer Botschaft Pablo Nerudas nach Berlin gekommen. Neruda ist tot. Aber seine Worte mahnen stärker als zuvor: Jugend der Welt, eure Solidarität ist das Brot und das Wasser, das mein Land braucht.

Unternehmt gemeinsam mit bedeutenden Persönlichkeiten einen Kreuzzug für dieses kleine, ferne, aber würdige und kämpferische Land.

Der Kampf meines Volkes und eure Hilfe werden das Ziel erreichen, von dem so viele gute und einfache Menschen meiner Heimat träumen: Freiheit, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Gleichheit.

* Frei, ideologischer Führer des rechten Flügels der Christ-DEMokratischen Partei



Nur eine Kleinigkeit

Selbstverständlich, Herr Direktor. Selbstverständlich werde ich es Ihnen erklären.

Es geht also darum, daß sich die Tür vom Krepelraum nicht mehr öffnen läßt, weil das Schloß kaputt ist. Genauer gesagt, eine Zacke ist aus dem Schlüssel herausgebrochen. Der Schlosser müßte einen Dietrich zu Hilfe nehmen.

Der Schlosser sagt aber, die Fummelei mit dem Dietrich sei ziemlich zeitraubend, das könne er sich nicht leisten. Der einzig gangbare Weg sei, sagt er, die Tür aufzubrechen. Es ist natürlich klar, daß dabei die Tür ziemlich ramponiert wird. Und was nützt uns ein intaktes Schloß in einer kaputten Tür? Darum habe ich auch gleich mit dem Tischler telefoniert und ihn gefragt, ob er nach der Schlosserarbeit mal schnell die Tür wieder ausbessern kann.

Ausbessern sei ziemlich sinnlos, sagt der Tischler, das dauert ewig. Am güns gsten ist

es, wenn man eine neue Tür einsetzt, mit Rahmen natürlich, weil die neuen Türen nicht in diese alten Rahmen passen. Leuchtet einem doch ein, nicht?

Wir gehen sicher konform in der Annahme, daß bei dem Ausstemmen des alten und dem Einsetzen des neuen Türrahmens einige kleine Schäden im Mauerwerk entstehen?

Ja? Wunderbar!

Der Maurer sagt nun, wenn diese Wand vom Krepelraum beschädigt wird, ist mit Ausbessern nicht viel zu machen. Das kommt viel zu teuer. Das beste wäre, die restlichen paar Ziegel rauszunehmen und eius von diesen neuen Fertigbauteilen einzusetzen. Geht ruckzuck, sagt er. Das Bauamt ist übrigens einverstanden, weist aber darauf hin, daß die Wand vom Krepelraum eine sogenannte tragende Wand ist und daß wir da eine Abstützung brauchen, bevor wir einreißen.

Aber keine Sorge, Herr Direktor. Eine Abstützung ist gar nicht notwendig.

Der Architekt sagt nämlich, eine Abstützung kommt uus viel zu teuer, wegen der Betonarbeiten und so. Es geht auch einfacher.

Man braucht nur die Dachkonstruktion einschließlich der oberen Stockwerke wegzusprengen, und schon hat die Wand vom Krepelraum nichts mehr zu tragen und kann gewechselt werden. Allerdings, sagt der Architekt, und ich habe mir das auch schon überlegt, so eine Sprengung ist ein gewisses Glücksspiel. Man kann nicht hundertprozentig genau sprengen, und wenn man etwas zuviel oder zuwenig erwischt, dann kommt das genauso teuer wie eine Abstützung. Besser ist, gibt er zu bedenken, das Gebäude bis auf die Grundmauern abzutragen. Das ist exakt planbar, sagte er. Vor allem kostensparend. Und wenig zeitaufwendig. Mit einem Wort: solide!

Karl-Heinz Weißer

blätter

Berufsausbildungs-Diskussion

Die Inflation der Modelle

Das Karussell der Diskussionen, Pläne und Modelle über Veränderungen in der Berufsausbildung dreht sich auf Hochtouren. Die Herrschenden sind gezwungen, in der Berufsausbildung bestimmte technokratische Veränderungen vorzunehmen, die der Systemerhaltung dienen und dem Protest der Arbeiterjugend die Spitze brechen sollen.

Woran kann sich die Arbeiterjugend in dem von den Herrschenden geschickt geschaffenen Wirrwarr orientieren, um mit klarem Kopf die Pläne der Herrschenden an Ihren eigenen Forderungen und Interessen zu messen?

Von Wolfgang Barteis

Lange schon kämpft die Arbeiterjugend für bessere Bildung und Berufsbildung. Die Forderungen der verschiedensten Jugendorganisationen liegen längst auf dem Tisch. Die Gemeinsamkeiten dieser Forderungen werden bereits zunehmend zu gemeinsamen Aktionen unterschiedlicher Jugendverbände genutzt. In diesen Auseinandersetzungen haben sich drei Fragen herauskristallisiert: Wie sehen die Bildungsinhalte aus? Wer soll bestimmen? Wer soll finanzieren? Messen wir einmal an diesen Fragen, was uns aus den Unternehmerzentralen, von den bürgerlichen Parteien und von der Regierung geboten wird.

SPD: Technokratisches zur Systemerhaltung

Die SPD versucht, sich am reformfreudigsten zu geben. Bereits im April faßte der

SPD-Vorstand einen Beschluß „Berufsbildung: Ziele und Maßnahmen“. Anfang Oktober präsentierte er „Grundsätze für die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes“. Natürlich ist es ein Erfolg der Arbeiterjugend, daß die SPD endlich eine Forderung aufgreift, die schon seit Verabschiedung des alten Berufsbildungsgesetzes erhoben wird. Aber entsprechen die SPD-Papiere den Forderungen der Arbeiterjugend? Nein! Beide Papiere schweigen sich zu den Bildungsinhalten aus. Sie beschränken sich lediglich auf strukturelle und organisatorische Fragen. Der SPD-Vorstand läßt sich nur von technokratischen Veränderungen leiten, die das Berufsbildungssystem unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung den Bedürfnissen der Großkonzerne anpassen soll. Zur Frage, wer eine bessere Berufsausbildung finanzieren soll, schweigt sich der SPD-Vorstand aus. Aus verschiedenen Äußerun-

gen führender Sozialdemokraten ist aber bekannt, daß sie nicht etwa die Unternehmer, sondern den Steuerzahler durch eine Finanzierung vorwiegend über öffentliche Mittel zur Kasse bitten wollen. Verantwortung und Zuständigkeiten will die SPD mehr in den staatlichen Bereich verlagern, ohne daß Gewerkschaften und Arbeiterjugendverbände entscheidende Mitbestimmungs- und Kontrollrechte erhalten sollen. Nur bei der Durchführung der vorgegebenen Maßnahmen sollen Lehrlinge, Ausbilder und Lehrer „beteiligt“ werden.

CDU/CSU: Alles soll beim alten bleiben

Der CDU-Bundesvorstand hat für den CDU-Parteitag im November eine Vorlage erarbeitet, die großspurig „Reform der beruflichen Bildung“ genannt wird. In Wirklichkeit ist hinter einem großen Wortschwall jedoch zu erkennen, daß die CDU alles beim alten lassen will. Ganz offen wird eine nur fachliche Ausbildung propagiert, um den jungen Menschen bestmöglich zur bloßen Profitmaximierung einsetzen zu können. Die CDU geht von der „Weiterentwicklung des dualen Systems“ aus. Der vorherrschende Unternehmereinfluß auf die Berufsausbildung soll also direkt – ohne Vermittlung durch den kapitalistischen Staat – erhalten bleiben. Die Unternehmer-Kammern sollen die Berufsausbildung weiterhin in fast ausschließlicher „Selbstverwaltung“ regeln. In der Finanzierungsfrage spekuliert die CDU auf öffentliche Gelder, die von den Unternehmern „selbstverwaltet“ werden sollen. In die gleiche Richtung zielen die vom CSU-Parteitag verabschiedeten „Thesen zur Weiterentwicklung des beruflichen Bildungswesens“, die nur in manchen Formulierungen noch offener sind (z. B.: „Das duale System der beruflichen Bildung stellt gegenwärtig die bestmögliche, wenn auch verbesserungsfähige Form der Ausbildung dar“).

FDP: „Mittelstand nicht vergrämen“

Die FDP arbeitet noch an einer grundsätzlichen Aussage zur Berufsausbildung. Eine Kommission der FDP hat bereits ein Papier erarbeitet, das der Parteivorstand noch beraten muß. Dieses Papier weist Ähnlichkeiten mit den SPD-Vorstellungen auf. Inzwischen haben sich jedoch einige FDP-Minister zu Fürsprechern jener Unternehmerkreise gemacht, die die auf längerfristige Systemsicherung ausgerichteten SPD-Vorstellungen noch nicht begriffen haben und sich gegen stärkere Einflüsse des kapitalistischen Staates wehren. Die großkapitalistische „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verrät, warum: „Sie (die FDP-Minister) haben dabei den Mittelstand im Auge. Ihn zu vergrämen, möchten sie aus verständlichen Gründen vermeiden.“

DIHT: Erpressungsversuch der Unternehmer

Ein besonders reaktionäres Programm hat die Unternehmer-Organisation „Deutscher Industrie- und Handelstag“ vorgelegt, nachdem sie offen damit gedroht hat, die Berufsausbildung völlig einzustellen, falls an der Alleinherrschaft der

Unternehmer gerüttelt werde. Der DIHT propagiert die völlige „Eigenständigkeit“ der beruflichen Bildung. Das Ausbildungsziel soll sich nur an der fachlichen Tätigkeit orientieren. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften wird offen abgelehnt: „Die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen in der Berufsausbildung ist keine Frage der Mitbestimmung.“ Angeblich sei die berufliche Bildung nicht Gegenstand des „sozialen Konflikts“. Zur Finanzierung schweigt sich der DIHT aus.

Bundesregierung: Markierungspunkte gegen „Systemveränderer“

Viel Wirbel veranstaltete die Bundesregierung um ihre „Markierungspunkte“ für ein neues Berufsbildungsgesetz. Wurde zuerst von einer Verabschiedung im Jahre 1974 gesprochen, heißt es jetzt schon, das geplante Konzept könne nur über einen längeren Zeitraum verwirklicht werden. Im Kern geht es darum, daß sich die Markierungspunkte aus dem Dohnanyi-Ministerium auf organisatorische Veränderungen im Bereich der Berufsausbildung ausrichten, ohne zu den Inhalten mehr auszusagen, als daß die Bildungsgänge im allgemeinbildenden und beruflichen Bereich „gleichwertig“ sein

müßten. Offen wird gesagt, die Mitwirkung der Gewerkschaften sei nur im Rahmen von Ausschüssen und Arbeitsgruppen möglich, nicht aber in Entscheidungsgremien. Weiterhin sollen die Kammern für die berufliche Bildung zuständig bleiben, wenn auch eine staatliche Kontrolle etwas verstärkt werden soll. Keineswegs soll das neue Berufsbildungsgesetz für alle Bereiche der Berufsausbildung gelten. Weiterhin sollen für das Handwerk und den öffentlichen Dienst Sonderregelungen gelten. Die Verpflichtung der Großkonzerne zur Finanzierung der Berufsausbildung wird nicht geplant. Auf die vor allem von mittleren Unternehmern erhobenen Angriffe auf seine Markierungspunkte hat Dohnanyi bereits reagiert:

Selbstverständlich müßten „Sachverstand und Praxisnähe“ der Unternehmer-Kammern weiter genutzt werden. Keineswegs seien hier „Systemveränderer“ am Werk gewesen. Scharf ging der Bildungskongreß der Jungsozialisten mit den Dohnanyi-Plänen ins Gericht. Dort wurde gefragt, was es für eine sozialdemokratische Bildungspolitik sei, die als gesellschaftlich notwendig erkannte Bildungsreformen zu Gunsten eines an der Erhaltung kapitalistischer Strukturen orientierten Krisenmanagements, genannt Stabilitätspolitik, vernachlässige.

Den alten Hut der Bosse mit neuen Federn aufgeputzt

„Deutschland-Tag“ nennen sie nach wie vor anmaßend Ihren Bundeskongress – die jungen Herren von der „Jungen Union“, der Jugend- und Nachwuchsorganisation der CDU/CSU. So auch jetzt wieder am 21./22. 10. 1973 in Hamburg, als es darum ging, neben einer entsprechenden neuen Verbandsführung wiederum neue Worte für die alte reaktionäre Politik zu finden. Die Isolierung der Jungen Union vor und während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, der weiter gesunkene Einfluß unter der Jugend der BRD veranlaßte den CDU/CSU-Nachwuchs auch diesmal nicht, die alte Jugend- und fortschrittsfeindliche Politik gründlich zu überdenken.

Von Peter Bubenberger

Ende 1972 hat die Junge Union, geplagt von Mitgliederschwund, Profilneurose und unter Anpassungsdruck an die fortschrittliche Jugendbewegung der BRD ein „Grundsatzprogramm“ verabschie-

det, das der Jugend unter mächtigem Wortgeklingel einreden will, das monopolkapitalistische System der BRD sei (wenn auch etwas reformbedürftig) doch das beste der Welt, nämlich eine „humane

Gesellschaft“ (siehe elan 11/72: „Die Fassadenmaler und Falschmünzer von Fulda“). Wo auch immer 1973 Lehrlinge, junge Arbeiter, Schüler und Studenten noch entschiedener, und in wachsender Aktionsgemeinschaft für ihre sozialen und politischen Rechte eintraten – immer stand die Junge Union auf der Seite derer, die gegen die Forderungen der fortschrittlichen Jugend Front machten. Gegen die demokratische und sozialistische Schülerbewegung in der BRD wurde sogar eigens eine Gegenorganisation, die „Schüler-Union“ gegründet. (Siehe in dieser elan-Ausgabe „Forum der Jugendverbände“). Als im Sommer 800 Jugendliche aus 45 Jugendorganisationen die BRD bei den X. Weltfestspielen vertraten, blieb es einzig den Teilnehmern der Jungen Union vorbehalten, durch Provokationen im Stil des „Kalten Krieges“, durch Beleidigung der Gastgeber und antikommunistische Tiraden dem gemeinsamen Streben der Jugend nach Frieden und antiimperialistischer Solidarität eine Absage zu erteilen. Der Hamburger „Deutschlandtag“ bestätigte dieses Auftreten der JU-Delegation während des Festivals noch einmal ausdrücklich als „hervorragendes Auftreten“. „Die 17 Delegierten haben die Junge Union unter schwierigsten Bedingungen in Ost-Berlin vertreten“, sie „traten mutig für die Grundsätze unserer Poli-

tik ein“ und „setzten damit für die jungen Menschen in ganz Deutschland und im kommunistischen Machtbereich ein Zeichen.“ (Aus dem Referat des scheidenden Bundesvorsitzenden Echternach).

Daß aus den Reihen der 17 JU-Festivalisten dennoch Klagen kamen („Selbst bei christlichen Verbänden waren wir isoliert“, „der Bundesvorstand hat uns allein gelassen“, „wir waren ungenügend vorbereitet und konnten deshalb die Diskussion mit den bestens vorbereiteten FDJ'lern nicht bestehen“), das beweist keineswegs ein Umdenken. Denn zur gleichen Minute wurden die Mitglieder der FDJ als „ein Mob in Ostberlin“ bezeichnet.

Die weiterhin gültigen Ziele, Aufgaben und Taktik der JU-Politik formulierte ebenfalls Echternach: „... die größer gewordene Kluft zwischen der CDU und der jungen Generation überbrücken“ und dabei „größere Distanz zur CDU/CSU, um die Distanz zur jungen Generation zu verringern.“

Und getreu diesem „ausgesprochenen Motto“ diskutierten und beschlossen denn auch die Delegierten in Hamburg Resolutionen und Anträge zur Berufsausbildung, zur Vermögenspolitik und zur Bodenreform – im allgemeinen, versteht sich. Zu den konkreten Kämpfen und Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend kein Wort. Keine Forderung nach einem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz, keine Solidarität mit den (zum Zeitpunkt des Kongresses) für bessere Arbeitsbedingungen streikenden Kollegen in Baden-Württemberg, keine Solidarität mit von den Bossen gefeuerten Jugendvertretern, keine Solidarität mit der Unidad Popular Chiles oder für den Wiederaufbau Vietnams, dafür jubelnden Beifalls für den Vertreter der israelischen Botschaft und CDU-Chef Kohl! („Sie sind der Mann, den wir schon immer an der Spitze der CDU sehen wollten“ – so begrüßte Echternach seinen schwarzen Kumpel Kohl.

Was es mit den Vermögens- und Berufsbildungsanträgen und der Bodenreform à la JU wirklich auf sich hat, erklärte die neugewählte Verbandsleitung anschließend auf einer Pressekonferenz: in allen Grundsatzfragen sei man mit der CDU völlig einig, lediglich einige taktische Unterschiede. In Sachen Mitbestimmung stehe man auf Seiten der CDU-Sozialausschüsse, da werde man kämpfen... (Wie sagte doch Echternach? „Größere Distanz zur CDU/CSU, um die Distanz zur jungen Generation zu verringern.“)

Der bedeutendste Antrag jedoch, das sogenannte „Strategie-Papier“ macht bereits das Grundsatzprogramm von 1972 auch dem letzten klar, wo die Junge Union der Schuh eigentlich drückt und bestätigt aufs neue, daß JU-Politik mit Fortschritt

nichts, mit demagogischer Anpassungstaktik unter Beibehaltung der alten Politik alles zu tun hat.

In ihrer offenbaren Not und Isolierung, angesichts der wachsenden systemkritischen und antikapitalistischen Haltung unter der Jugend griffen die Jung-Unionisten tief in die Klamottenkiste der Geschichte und zauberten ein völlig neues und tolles (jedenfalls behaupten sie das) Polit-Kleidchen auf die staunende (so hoffen sie) Szene: das eines „Dritten Weges zu einer humanen Gesellschaft... jenseits der beiden überholten Gesellschaftsmodelle.“ (Gemeint sind Sozialismus und Kapitalismus.) Ein alter Hut, wird derjenige sagen, der weiß, wie oft in der Geschichte der Arbeiterbewegung die Kapitalisten diesen „3. Weg“ von allen möglichen Leuten und Parteien haben beschwören lassen. Daß nun die JU diese ausgegrabene Leiche mit neuem Make-up versehen will, ist sicher ein Zeichen dafür, daß es die Ideologen des Großkapitals schwerer unter der Jugend haben, für ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung zu werden. Andererseits rechnen sie darauf, daß eben doch eine gehörige Anzahl junger Arbeiter und Lehrlinge darauf hereinfallen. Um dem entgegenwirken zu können, seien an dieser Stelle einige weitere Sätze aus dem „Strategie-Papier“ zitiert, um unter dem „neuen“ Kleidchen den alten, staatsmonopolistischen Kapitalismus sichtbar zu machen:

„Im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitslebens will die Junge Union an die Soziale Marktwirtschaft anknüpfen und sie fortentwickeln... in ihr ... ist heute

schon der von Marx angeprangerte ‚Klassencharakter‘ der Gesellschaft grobenteils überwunden... Der Dritte Weg bringt die tatsächliche Überwindung des Klassencharakters der Gesellschaft, ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, ohne auf den Markt zumindest als Teilregulator und auf den Gewinn als Anreiz zu verzichten...“

Wundert sich jetzt noch einer, daß die Blätter der Bosse, Springers Zeitungen, der Rheinische Merkur und sogar der Bayerkurier des F. J. Strauß dem CDU/CSU-Nachwuchs für ihre brave Leistung lobend und freundschaftlich auf die Schulter klopfen? Wohl kaum, Und zur Einschätzung des neuen Bundesvorsitzenden Wissmann, den die Delegierten zwei andere Mitbewerbern vorzogen, lassen wir am besten Axel Springer mit seiner „Welt“ (vom 22. 10. 73) zu Wort kommen: „Wissmann, der ‚Sonnyboy‘ der Jungen Union, kann noch jugendhaft lachen... er bietet sich... eher zur Identifikation an.“

Er kann also die alte Politik in der neuen Verpackung besser verkaufen, heißt das auf deutsch. Oder, wie es im „Strategie-Papier“ so schön offen heißt: Die Union kann... nur dann ein attraktives Angebot sein, wenn sie den Ruch des Altmodischen abstreift... und unbefangene Modernität glaubhaft macht.“

Diesem Strip-Tease allein diente der Hamburger „Deutschlandtag“ der Jungen Union, einzig das das hat sich die neue Führung im Auftrag der Bosse des Kapitals und der Kohl, Katzer, Carstens und Strauß zur Aufgabe gemacht.

Gewerkschaftsjugend Textil und Bekleidung:

Internationale Solidarität üben!

108 Delegierte und Gastdelegierte, die 44 323 organisierte Jugendliche der Gewerkschaft Textil-Bekleidung vertreten, berieten auf Ihrem 8. Zentralen Jugendtag vom 11. bis 13. Oktober in Fulda in vier Arbeitskreisen Probleme der jungen Arbeiterinnen, der ausländischen Arbeiter, das Engagement Jugendlicher in den Gewerkschaften und Fragen des gesetzlichen Jugendarbeitsschutzes. Zur Beratung und Beschlußfassung standen im Plenum 31 Anträge und Entschließungen sowie 12 Initiativanträge. Für elan berichtet Herwart Prudlo.

In seinem Grundsatzreferat über „gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Aufgaben in unserer Zeit“ verteidigte der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Karl Buschmann, diese spätkapitalistische Gesellschaftsordnung, indem er kategorisch feststellte: die Gewerkschaften fordern „keineswegs die Beseitigung der gesellschaftlichen ‚Institution des Unternehmers‘. Wir bejahen die Existenzberechtigung des freien Unternehmers“. Um den Widerspruch zur täglichen Praxis zu verkleistern, forderte

Buschmann, „daß die soziale Verpflichtung des Eigentums der Wirtschaft höher bewertet wird als das Streben nach bedingungsloser Gewinnmaximierung“. Ganz im Gegensatz zur „Leistungsgesellschaft“ des Karl Buschmann stand die Rede des hessischen Sozialministers Dr. Horst Schmidt. Er stellte unter Beifall fest, daß „die soziale Demokratie nicht verwirklicht“ ist, „der gesellschaftliche Reichtum einseitig konzentriert ist und daß den Arbeitnehmern der gleichberechtigte Einfluß auf die wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozesse immer noch verweigert wird“. Daß in dieser spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung der Profit oberstes Gebot ist, wird allein schon daran deutlich: „Die Gewerbeaufsichtsämter in Hessen haben in einem Zeitraum von 21 Monaten über 9 000 Verstöße gegen die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes festgestellt. Besonders bedenklich ist dabei, daß 30 bis 50 Prozent der Unternehmen zum wiederholten Male das Gesetz nicht beachtet haben.“ Dr. Horst Schmidt kommt dann zu folgender Feststellung: „Das Jugendarbeitsschutzgesetz muß dringend geändert werden, damit es künftig eine wirkliche Handhabe bietet, die Verstöße gegen die Vorschriften nicht mehr zum Kavaliersdelikt macht.“ Mit allen Kräften, die gegen die Militärjunta und für die Wiederherstellung der Demokratie in Chile kämpfen, solidarisieren sich die Delegierten. Sie „verurteilen den Militärputsch“ und fordern in einem Beschluß die Bundesregierung auf: „1. Keine Anerkennung der Militärjunta – sofortiger Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Chile, 2. die Entwicklungshilfe für Chile sofort zu stoppen, 3. Sanktionen gegen Chile auf internationaler Ebene mit zu initiieren und zu unterstützen.“ Die Delegierten „protestieren gegen den Beschluß der Ministerpräsidenten“ und „fordern die sofortige Aufhebung dieses Beschlusses“.

Entschieden wird das Vorgehen der Polizei gegen streikende Arbeiter verurteilt und die Länderregierungen aufgefordert, „derartige polizeiliche Übergriffe zu verhindern“. Die Delegierten fordern u. a.: die völlige Freistellung von der betrieblichen Arbeit an Berufsschultagen; die Urlaubsdauer für Jugendliche auf 30 Arbeitstage zu erhöhen; die gesetzliche Verpflichtung des Ausbildungsbetriebes Auszubildende nach Abschluß ihrer Ausbildung mindestens 1 Jahr weiterzubeschäftigen; Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Betriebsräte, die sich noch in der Ausbildung befinden; Verbesserung des Mutterschutzgesetzes; Durchsetzung der Chancengleichheit für Mädchen. Bei den nächsten Tarifverhandlungen sollen nach Forderungen der Gewerkschaftsjugend der Textil- und Bekleidungsbranche, die Belange der Auszubildenden besonders herausgestellt werden. Dabei geht es in erster Linie um Ausbildungslöhne, „die weitgehend eine finanzielle Unabhängigkeit der Auszubilden-

den schaffen“. Um die Tarifforderungen der Jugendlichen durchzusetzen, wird der Hauptvorstand aufgefordert, „künftig in seinen Streikbeschlüssen das Streikrecht der Auszubildenden ausdrücklich zu erwähnen und die Auszubildenden zum Streik aufzurufen. Das macht die Teilnahme von Auszubildenden an Urabstimmungen erforderlich.“ Karl Buschmann redete auch der konzertierten Aktion das Wort: „Wir brauchen für unsere eigene Entscheidung die Daten, von denen die offizielle Wirtschaftspolitik ausgeht. In der konzertierten Aktion sehen wir die Chance, diese Daten mit zu beeinflussen. Wir können und wollen deshalb aus diesem Gesprächskreis nicht austreten.“ Diese Auffassung wurde von den Delegierten nicht geteilt. Obwohl drei Hauptvorstandsmitglieder für die Ablehnung des entsprechenden Antrages eintraten, wurde beschlossen: „Die Gewerk-

schaft Textil-Bekleidung lehnt eine weitere Mitarbeit in der konzertierten Aktion ab.“ Dabei wird unterstrichen, „in jüngster Vergangenheit haben sich die Realeinkommen vieler Arbeiter und Angestellten verschlechtert . . . Noch nie wurden Verbesserungen für die Lohnabhängigen in Zusammenarbeit mit den Unternehmern erzielt. Es besteht daher kein Grund, weiter in der konzertierten Aktion zu bleiben.“

Der 8. Jugendtag der Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat sichtbar gemacht: Auch in dieser Gewerkschaft ist zu verzeichnen, daß sich immer mehr Jugendliche für gewerkschaftliche und politische Fragen engagieren. Das wird u. a. auch daraus ersichtlich, daß z. B. 1972 in 731 Betrieben 1 557 Jugendvertreter gewählt wurden; 1969 dagegen waren es nur 482 Jugendvertreter in 339 Betrieben.



Diesen Artikel aus Axel Springers „Welt“ wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Als Material in der politischen Auseinandersetzung mit jenen Kräften in der BRD, die sich auf

die Politik und Ideologie von Maos China berufen, scheint er uns zu wichtig, um nur von Springer selbst verbreitet zu werden.
Die Redaktion

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 30. Oktober 1973

Tschou En-lai warnt vor „Finnlandisierung“ Europas

New York, 29. Oktober (SAD)

Der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai warnte Westeuropa vor Moskau. In Westeuropa, so erklärte Tschou in einem Interview mit dem Korrespondenten der „New York Times“, dürfe man sich nicht einer „Friedensillusion“ hingeben. Ein dauerhafter Friede sei noch nicht erreicht.

Pekings Regierungschef bat die Westeuropäer um Wachsamkeit, damit dem sowjetischen Druck einer „Finnlandisierung“ widerstanden werden könne. Tschou ist der Meinung, daß die NATO notwendig ist. Er plädierte für eine starke NATO und ein starkes Westeuropa.

Der Ministerpräsident, der die Sowjetunion wegen ihres „Expansionsdrangs“ und „Faschismus“ an der Heimatfront kritisierte, attackierte besonders die Weigerung des Kremles, ein dauerhaftes Abkommen zur Lösung der Grenzprobleme zu schließen — wie vor vier Jahren zwischen ihm und seinem

Moskauer Amtskollegen Kossygin vereinbart worden war. Die Sowjetunion wartet nach Meinung Tschous „auf andere Möglichkeiten“, die Volksrepublik in Schwierigkeiten zu bringen.

Über die USA hatte Tschou dagegen viel Gutes zu sagen. Das Verhältnis zu Washington bezeichnete er als „freundschaftlich“. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hänge jedoch nach wie vor von dem Bruch der USA mit Taiwan ab. Der Premier äußerte die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten nie mehr zum Isolationismus zurückkehren.

Watergate, seit den Impeachment-Diskussionen im Kongreß Existenzproblem der Nixon-Regierung, ist für Pekings Premier nicht der Rede wert. „Da dies lediglich Ihr Problem ist, haben wir in unserer Presse nie etwas darüber berichtet.“ Tschou weiter: „Sie haben solche Dinge schon in der Vergangenheit gehabt, Sie werden solche Dinge auch in Zukunft haben . . . Es ist besser, nicht über dieses Thema zu sprechen.“





Weihnachten mit ERIKA

Es ist erst jetzt ein richtiges Weihnachtsfest geworden – „ERIKA“ ist da. Schenken auch Sie praktisch, modern und von bleibendem Wert! Die ERIKA Kleinschreibmaschine ist wirklich ein Geschenk für die ganze Familie.

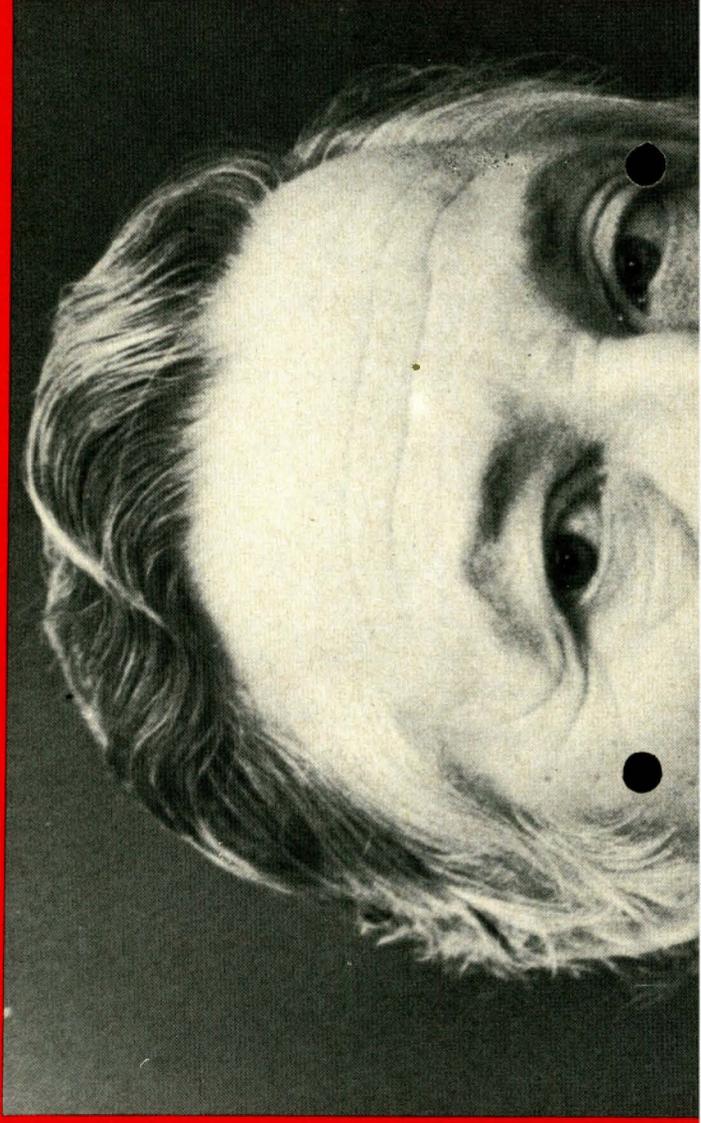
Ob privat, geschäftlich oder für die Schule – „ERIKA“ ist immer für Sie da. Sie ist formschön, zuverlässig, federleicht und stets Ihre treue Begleiterin. Über den Fachhandel erhältlich.

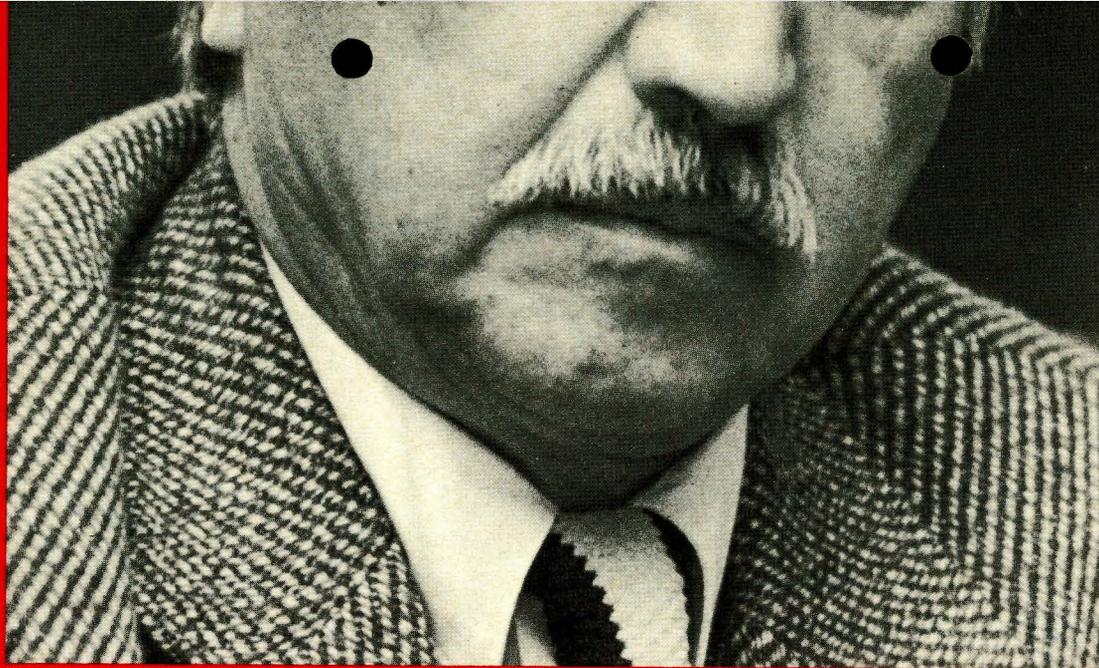
FREIHEIT

FÜR LUIS CORVALAN!

Das Leben des Generalsekretärs der KP Chiles und Senators der Unidad Popular ist in höchster Gefahr! Luis Corvalan muß den Henkern ent-

rissen werden. Erheben wir tausendfach unsere Forderung nach Freiheit für Luis Corvalan und für alle eingekerkerten Patrioten Chiles!





Freiheit für Luis Corvalan



und alle
eingekerkerten Patrioten Chiles!

POSTKARTE

0,80 DM

An
Luis Corvalan
Senator der Republik Chile
Santiago de Chile

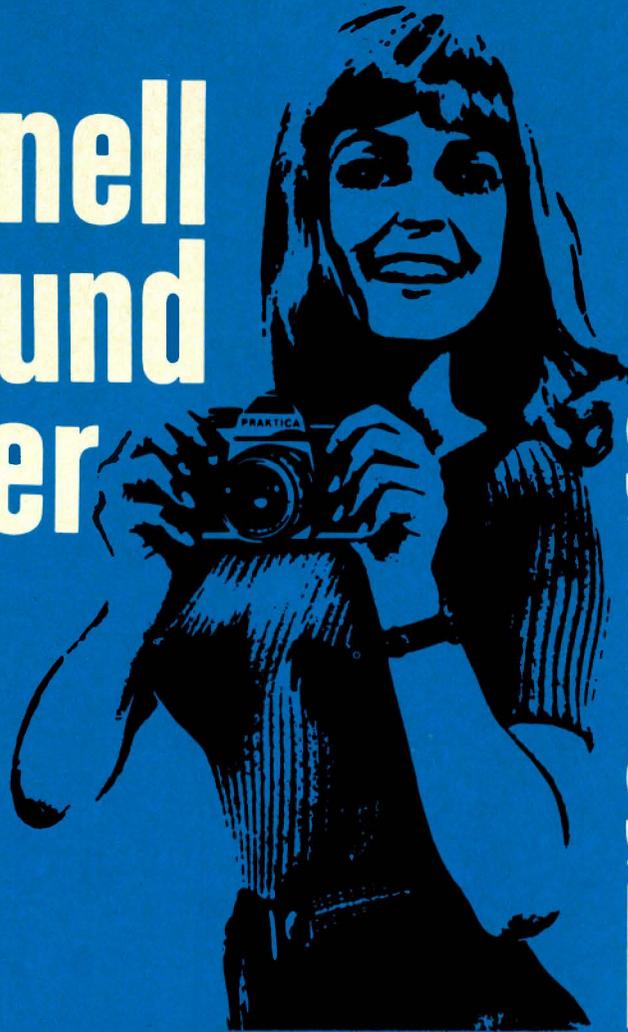
Nebenstehend veröffentlichen wir die Vorderseite unserer Solidaritätspostkarte. Schneidet sie aus, klebt sie auf eine gewöhnliche Postkarte und schreibt dann auf die Rückseite den obigen Text oder einen von euch selbst entworfenen, in dem ihr eure Solidarität mit Luis Corvalan und den anderen eingekerkerten Patrioten Chiles, euren Protest gegen den Terror der Junta zum Ausdruck bringt. Setzt eure Unterschriften darunter, schreibt eure Absender darauf, frankiert die fertige Postkarte (Luftpostporto 0,80 DM) und schickt sie ab. Jede Stimme zählt.

Lieber Genosse
Corvalan!
Wir stehen fest an
Deiner Seite und
an der Seite aller
eingekerkerten chilenischen
Patrioten.
Wir fordern Deine
Freilassung!

Das heißt in Spanisch:
Querido camarada Corvalán:
Estamos firmemente a su lado
y al lado de todos los patriotas
chilenos. Exigimos su liberación.



**schnell
und
sicher**



**spiegel-
reflex-
scharfe
Fotos**



PRAKTICA LTL

Einfaches Filmeinlegen mit PENTACON-Loading. Das ausgewählte Motiv spiegelreflexscharf wiedergeben. Einen Schritt vorwärts machen mit der PRAKTICA LTL.



Das Hobby zur Perfektion führen. Im Spiegelreflexsucher auf einen Blick alles erfassen. Durch PENTACON-Innenmessung richtig belichten.

Kombinat VEB PENTACON DRESDEN

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Weltere Informationen durch Ihren Fotohändler oder durch BERO FLEX Kamera-Film-AG, 1 Berlin 15, Uhlandstr. 158

f o r u m

forum der jugendverbände

Ruth Sauerwein

Was wollen die Schüler?

Ende der 60er Jahre begannen sich die Schüler in der BRD politisch zu engagieren. Sie gingen auf die Straße gegen Notstandsgesetze, braune NPD und Vietnamkrieg. In diesen Auseinandersetzungen bemerkten sie, daß die Schule keine „Spielwiese“ fernab der Gesellschaft ist, wo man friedlich auf den „Ernst des Lebens“ vorbereitet wird, sondern daß sich auch in diesem Bereich die Widersprüche der Gesellschaft widerspiegeln. Es war kein Zufall, daß sich die Schülerbewegung gerade zu diesem Zeitpunkt entwickelte. Die Bildungskrise trat offen zu Tage: Numerus clausus, Lehrermangel, überfüllte Klassenzimmer...

Viele Schüler erkannten, daß diese Misere im

kapitalistischen System begründet ist. Sie suchten nach einer Alternative, nach einem wissenschaftlichen humanen Weltbild. Gleichzeitig sahen sie, daß sich in den sozialistischen Ländern ein Bildungssystem entwickelt hatte, für das Chancengleichheit, großzügige materielle Ausstattung, Ausbildung für das Jahr 2000 und die Heranbildung von gesellschaftlich bewußten Jugendlichen selbstverständlich war. Von dieser praktischen Erkenntnis aus fingen viele an, sich auch mit der Theorie des Sozialismus auseinanderzusetzen. Die fortschrittlichsten Schüler stehen heute auf dem Boden des Marxismus und kämpfen von dieser Grundlage aus für ihre Rechte.

Niemand kann heute an der Existenz einer starken Schülerbewegung vorbeigehen. Ihre Forderungen liegen auf dem Tisch.

- Demokratische Lehrinhalte und Abbau autoritärer Strukturen an den Schulen
- Mitbestimmung der Schüler und ihrer Organe in allen sie betreffenden Fragen
- Schluß mit der Zensur der Schülerzeitungen
- Freie politische Betätigung für alle demokratischen Kräfte in der Schule
- Beseitigung des Einflusses der Wirtschaft auf Unterricht und Schule
- Keinen Wehrkundeunterricht in den Schulen

Große Schülerdemonstrationen in Stuttgart, Düsseldorf und anderen Städten haben gezeigt, daß die Schüler für diese Forderungen bereit sind, auf die Straße zu gehen.



Die Herrschenden haben ihrerseits auch erkannt, daß etwas geschehen muß. Aber ihre Pläne stimmen mit den Vorstellungen der Schüler selbst herzlich wenig überein. Ihnen geht es um Ruhe und Ordnung an den Schulen. Die Ausbildung soll effektiver, aber nicht demokratischer gemacht werden. Es geht nicht um die Heranbildung von politisch bewußten jungen Menschen, sondern von „Fachidioten“, die später an ihrer Arbeitsstelle perfekt funktionieren.

Die Rahmenschulordnungen, die jetzt in den Bundesländern erarbeitet werden, sollen die Rechte der Schüler und Eltern überall stark beschneiden. Das krassste Beispiel ist dafür wohl der Entwurf der allgemeinen Schulordnung in Bayern.

Maulkorb für Schüler

Hier soll nicht nur jede politische Betätigung an den Schulen selbst verhindert werden. Jugendliche sollen sogar von den Schulen gewiesen werden können, wenn sich ihre Eltern in CSU-mißliebiger Art politisch engagieren. Also eine Art Sippenhaft und Ausbildungsverbot für Aufmüpfige. Das bedeutet eine weitere Verschärfung nach dem Berufsverbot, mit dem die Schulen von demokratischen und sozialistischen Lehrern „reingehalten“ werden sollen.

Die Rechte der SMV werden stark beschnitten. Sie sollen sich nach Kultusminister Hans Maiers Vorstellungen auf die „Mitgestaltung“ z.B. bei der Planung von Schulfesten, Wandertagen usw. beschränken.



Ähnlich sieht es in Niedersachsen aus. Bezirks- und Stadtschülervertretungen sollen der „Schulreform“ zum Opfer fallen. Statt einer Landesschülervertretung, wie sie zur Zeit besteht, sieht der Entwurf einen ominösen Landesschülerrat vor, bei dem schon die Formalitäten bei der Wahl so kompliziert sind, daß mit einem Zustandekommen kaum zu rechnen ist. Das soll offensichtlich auch Sinn und Zweck dieser Formalitäten sein. Und wenn der Rat nun doch zustande kommt? In dem Rat sitzen dann Schüler, Eltern und Unternehmervertreter zusammen. Diese Zusammensetzung soll wohl sichern, daß dieser Rat keine solche Basis bei den Schülern wie die Landesschülervertretung hat.

forum

Gemeinsam gegen reaktionäres AScho

Die Tendenz bei allen „Reformplänen“ ist klar: Die Schüler sollen mundtot gemacht werden. Das aber wollen die Schüler nicht hinnehmen. In Bayern formierte sich ein Aktionskomitee gegen den reaktionären Schulgesetzentwurf, dem zahlreiche Jugendorganisationen und Einzelpersonlichkeiten angehören. Z.B. SDAJ, MSB Spartakus, GEW-Studentengruppe, politischer Arbeitskreis Schulen (PAS), SHB, DAG, Jungdemokraten, DFG/IDK und andere. Gemeinsam tragen sie den Gesetzentwurf in die Öffentlichkeit (was Hans Maier verhindern wollte), und sie treten dazu an, ihn zu Fall zu bringen.

Auch in Niedersachsen wollen die Schüler nicht tatenlos zusehen, wie ihre bescheidenen Rechte zusammengestrichen werden. In den Sommerferien konstituierte sich z.B. in Oldenburg ein Schüleraktionskomitee (SAK), das seine Aufgabe folgendermaßen sieht: „Das SAK hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Schüler sowie die übrige Bevölkerung Oldenburgs über die unhaltbaren Zustände an unseren Schulen und Berufsschulen zu informieren und konkrete Lösungsmaßnahmen aufzuzeigen.“ Das SAK führte Info-Stände und Diskussionen durch. Auch auf Landesebene wurden die Schüler aktiv. Dabei kam es ihnen vor allem darauf an, ein breites Bündnis herzustellen und ein Zusammengehen von Schülern, Eltern und Studenten zu erreichen.

Daß die Schüler allen Grund haben, gegen diese reaktionären „Reformen“ Sturm zu laufen, wird klar, wenn man sieht, wie Schüler jetzt schon gemaßregelt werden, z. B. wurden der Landesjugendpresse NRW, dem Zusammenschluß der Schüler-, Studenten- und Lehrlingszeitungen, vom Kultusministerium die Mittel gestrichen, nachdem sich die LJP durch Festival-Beteiligung und aktives Auftreten gegen Berufsverbote bei der Ministerialbürokratie unbeliebt gemacht hatte. Oder in einem Rundbrief vom 3. August 1973 fordert der Regierungspräsident im Regierungsbezirk Arnsberg von den Schulleitern an Fachschulen einen Bericht über die Entwicklung des Rechts- und Linksradikalismus an ihren Schulen an. Wobei die Erwähnung des Rechtsradikalismus natürlich ein Feigenblatt ist. Denn die Berufsverbotspraxis hat gezeigt, daß von solchen Maßnahmen immer nur die demokratischen Kräfte betroffen werden.



Arbeitende und lernende Jugend – gleiche Interessen

Der Kampf der Schüler gegen reaktionäre Schulordnungen und für mehr Mitbestimmung und Demokratie ist ein wichtiger Teil des Kampfes der Jugend für ihre Grundrechte, ebenso wie der Kampf der Arbeiterjugend für den vollen Kündigungsschutz für Jugendvertreter. In diesem Kampf stehen arbeitende und lernende Jugend dem gleichen Gegner gegenüber: den Konzernbossen. Die brauchen Ruhe im Betrieb und in den Schulen. Ihnen passen Jugendliche, die in der Schule gelernt haben, was Demokratie heißt, die gelernt haben, gesellschaftliche Verhältnisse zu durchschauen, die dem kapitalistischen System kritisch gegenüberstehen, nicht in den Kram. Wenn Schüler und junge Arbeiter das erkennen und ihren Kampf gemeinsam führen, werden sie erfolgreich sein.

Schüler und Jugendorganisationen

In den letzten Jahren haben sich die Jugendorganisationen der BRD verstärkt den Problemen der Schülerarbeit zugewandt.

Gewerkschaftsjugend

Der DGB-Vorsitzende Vetter betonte auf dem Bildungskongreß des DGB im November in Essen: „Eine Bildungsreform muß sich auch auf die Bildungsinhalte er-

strecken. Es geht darum, daß die Arbeitnehmer ihre Rolle als gestaltende gesellschaftliche Kraft in allen Lebensbereichen wahrnehmen können. Bei der notwendigen Fortentwicklung des Bildungsgesamtplanes müssen den Gewerkschaften rechtzeitig echte Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Es kommt darauf an, daß sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten im wirtschaftlichen und bildungspolitischen Bereich gegenseitig verstärken.“ Prof. Lutz Dietzke erklärte in seinem Referat: „Die herrschende Bildungsstrategie ist nach wie vor bedarfsorientiert, und zwar am Bedarf der Unternehmer. Der Kampf um die Bildungsreform ist daher vom Kampf um Mitbestimmung in der Bildungsreform nicht zu trennen.“

Beim DGB stehen folgende Forderungen im Mittelpunkt:

- Abschaffung der Diskriminierung im Bildungswesen durch Schaffung der Gesamtschule als Tagesschule
- Erhöhung der Bildungsaufgaben auf 8 Prozent des Bruttosozialprodukts (bisher ca. 4 Prozent) bis 1985
- Mitbestimmung der Betroffenen und der Gewerkschaften in den Bildungseinrichtungen
- Demokratische Bildungsinhalte

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Im April wurde eine Arbeitsgemeinschaft Schüler beim Bundesvorstand der SDAJ gegründet. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit genutzt, daß sozialistische und andere fortschrittliche Schülergruppen, die Statut und Programm der SDAJ anerkennen, korporativ Mitglied der SDAJ werden können. Die korporative Mitgliedschaft bietet den Schülern organisatorisch die Möglichkeit, an der Seite der Arbeiterjugend für ihre Rechte zu kämpfen. Bis jetzt sind 22 Schülergruppen Mitglieder der SDAJ geworden.



forum

Als wichtiges Mittel in der Schülerarbeit sieht die SDAJ die Schülerzeitungen an. Die Schwerpunkte der Forderungen sind:

- Kampf für eine starke Interessenvertretung der Schüler
- Kampf für fortschrittliche und demokratische Lehrinhalte
- Mehr Geld für Bildung, weniger für die Rüstung, unter der Aktionslösung: Bildung statt Bomben
- Kampf für bessere Bildungsmöglichkeiten und Chancengleichheit
- Kampf gegen Wehrkundeerlaß

Jungsozialisten

Auch die Jusos verstärken ihre Arbeit unter den Schülern. Seit Juni diesen Jahres geben sie den Juso-Expreß als Informationsschrift für Schüler und Lehrlinge heraus. Vom 2. bis 4. November führten die Jusos in Saarbrücken einen bildungspolitischen Kongreß durch. In ihrem Aktionsprogramm formulieren sie die Forderungen für eine antikapitalistische Bildungspolitik. An Forderungen schält sich dabei heraus:

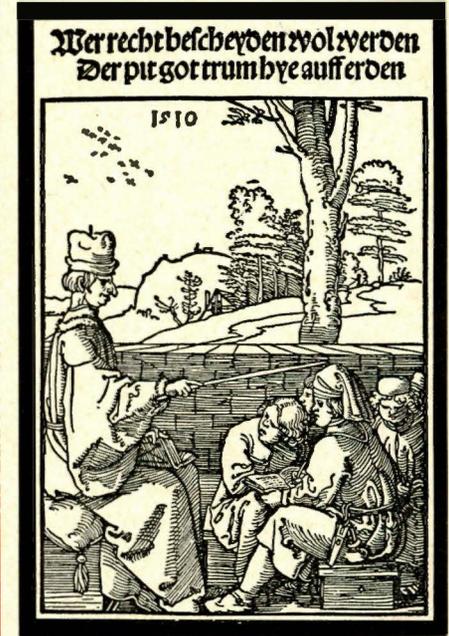
- Für demokratische Lehrpläne, solche Fragen wie Arbeitswelt, Arbeiterbewegung, dritte Welt usw. müssen im Unterricht behandelt werden
- Ein Fach „Gesellschaftslehre“
- Mitbestimmung von Schülern, Lehrern und Eltern
- Kleinere Klassen und mehr Unterrichtsmittel
- Chancengleichheit

Jungdemokraten

Die Jungdemokraten schenken besonders der Bildung von Schülerbasisgruppen große Aufmerksamkeit. Ihre Hauptprogrammpunkte sind:

- Demokratische Bildungsinhalte, gesellschaftliche Prozesse sollen durchschaubar gemacht werden
- Chancengleichheit durch integrierte Gesamtschule, Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Mitbestimmung für Schüler und Eltern.

Jugendverbände und Gewerkschaften sehen als Möglichkeit für die Durchsetzung ihrer Forderungen die Mobilisierung von Schülern, Eltern und Lehrern und gemeinsame Aktionen. Solche Aktionen, zu denen es im Kampf gegen den Wehrkundeerlaß in vielen Städten der BRD gekommen ist, mit Demonstrationen und Schulstreiks. Oder bei den gemeinsamen Aktionen gegen die reaktionären Schulordnungsentwürfe, wo SDAJler, Jusos, Jungdemokraten und junge Gewerkschafter zusammenwirken. Die Forderungen zeigen starke Gemeinsamkeiten in den grundsätzlichen Fragen, wie sich das Bildungswesen in der BRD entwickeln soll im Interesse der Jugend.



Schüler-Union

Das Entstehen linker Schülergruppen verschreckte die Reaktionäre aller Schattierungen. Denn schließlich sollen aus den Schülern mal die künftigen Bürger – die Arbeiter und Angestellten, Techniker, Ingenieure und Ärzte – werden. Ebenso wie in den Betrieben durch Rausschmiß von aktiven Jugendvertretern, sollen die Schüler schon in der Schule erfahren, daß es gefährlich ist, sich für seine Rechte zu engagieren.

Die Herren erkannten, daß hier Repressionsmaßnahmen allein nicht ausreichen. Seit einiger Zeit existiert die Schüler-Union, ein eindeutiger CDU-Ableger, ins Leben gerufen von der Jungen Union. Ihre Aufgabe ist klar: In Schulungen trainieren sie die Diskussion mit den linken Gegnern: Jusos, Jungdemokraten, SDAJlern, Gewerkschaftern. Wobei mit guten Ratschlägen nicht gespart wird, z. B. unangenehme Fragen mit Gegenfragen beantworten. Wenn man in der Diskussion nicht weiter weiß, formale Tricks ausspielen. Die Ansichten des Gegners als lächer-

liche Utopien darstellen. Wenn der Gegner ans Gefühl appelliert, auf Sachlichkeit bestehen und umgekehrt.

Finanzielle Sorgen, wie die meisten Schülergruppen, hat die Schülerunion nicht. CDU/CSU und Unternehmer lassen sich nicht lumpen. Heimo George, Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, sorgt dafür, daß Büromaterial und finanzielle Beihilfen aus dem „Systemverteidigungsetat“ der Bosse in die rechten Hände gelangen.

Mit klingender Münze allein braucht sich die Schüler-Union nicht zu begnügen. Heimo George hält auch ideologisches Kraftfutter für seine Schüler parat: die Broschüre „Soziale Marktwirtschaft – verkannte Zukunft“ von Wolfram Engels. Leider ist der Ladenpreis dieses schmalen Bändchens mit 10,- DM reichlich hoch, sonst würde ich es jedem als Lektüre empfehlen, damit man besser in die Geisteswelt dieser Leute eindringen kann. Wie nach diesen Schulungen die Meinung bei ihnen aussieht, zeigt folgendes Zitat: „Für mich sind nun mal die Leitbilder die Herren Kohl, Strauß und Dregger.“

Heimo George äußerte sich in einer Monitor-Sendung folgendermaßen zu diesen Hilfsaktionen, um Schüler auf den „rechten“ Weg zu verhelfen: „Natürlich ist das Parteipolitik. Solange die CDU die Partei der sozialen Marktwirtschaft ist, kann die Wirtschaft auf sie vertrauen. Und die Jungen sollen diese Politik ins Volk tragen.“ Diese Rolle der Schüler-Union als Sprachrohr der CDU/CSU und der Unternehmer muß entlarvt werden.

Schülermitverwaltung

Eine wichtige Rolle in der Interessenvertretung der Schüler spielt die Schülermitverwaltung. Sie ist das gewählte Organ der Schüler einer Schule. Entstanden war die SMV nach dem 2. Weltkrieg in dem Bestreben, eine neue, demokratische Schule aufzubauen. Aber im Zuge der Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft wurde auch die Rolle der SMV immer stärker eingeschränkt. Bis sie zu einem demokratischen Feigenblatt herabsank. Gut genug dafür, Schulausflüge, Feiern und ähnliches mehr zu organisieren. Als die Schüler anfangen, sich politisch zu aktivieren und ihre Lage in Schule und Gesellschaft zu überdenken, begannen auch sie, die Rolle der SMV neu zu sehen. Sie wollten die demokratische Farce nicht länger mitmachen. Sondern sie forderten reale Rechte für die Schülervertretungen. Manche Schüler resignierten und lehnten die SMV pauschal ab. Aber viele Schüler sind sich darin einig, daß die Schüler eine eigene starke Interessenvertretung brauchen. Und zwar nicht nur an den Schulen, sondern auch auf Kreis- und Landesebene. Ein wichtiges Mittel der Schülerarbeit sind die Schülerzeitungen. Als sie meist noch idyllische Blättchen waren, die im

forum

allgemeinen beschauliche Ereignisse aus dem Schulleben schilderten, waren sie recht beliebt. Aber viele Schülerzeitungen nahmen in den letzten Jahren zu aktuellen politischen Fragen Stellung und verbreiteten die Forderungen der Schüler. Da wurden Schülerzeitungsredakteure auf einmal mit Zensurmaßnahmen seitens der Schulleitungen und der Ministerialbürokratie vertraut gemacht. Dafür ist die Streichung der Mittel für die LJP/NRW nur ein Beispiel.



Den meisten Schülern, die sich politisch engagiert haben, ist klar, wie wichtig die Stärkung der Stellung der SMV ist, die dann ähnlich wie die Jugendvertretung in den Betrieben die Interessen der Lehrlinge und jungen Arbeiter vertritt, die Interessen der Schüler vertritt. Um die Unabhängigkeit und Effektivität der Arbeit der SMV und der Schülerpresse zu sichern, schalen sich bei den demokratischen Schülern folgende Forderungen heraus:

- Mitbestimmung bei Erziehungsfragen
- Selbstverwaltung der Schülervertretung bei freier Wahl ihrer Organisationsform und uneingeschränkter Satzungsautonomie
- Uneingeschränktes Recht der Schülervertretungen und Schülergruppen Räume der Schule für Schülerveranstaltungen und Zusammenkünfte zu benutzen
- Weg mit der Möglichkeit des Verbots von Schülerveranstaltungen
- Pressefreiheit für Schüler sowie ihrer Vertretungsorgane an der Schule und auf regionaler und überregionaler Ebene auf Grundlage des Presserechts
- Volle Vereinigungsfreiheit und Meinungsfreiheit für alle Schüler, einschließlich des Rechtes, für eine bestimmte politische und weltanschauliche Richtung einzutreten.

Anzeige

Immer mehr Jugendliche wollen sich über andere Länder informieren. Informationsreisen, das gegenseitige Kennenlernen Jugendlicher der verschiedensten Länder und Gesellschaftsordnungen ist ein wichtiger Beitrag, den Frieden noch sicherer zu machen, die Verständigung zu fördern.

Das Reisebüro Hansa-Tourist hat sich u.a. die Aufgabe gestellt, durch möglichst erlebnisreiche und preisgünstige Informationsreisen seinen Beitrag zu leisten. Aus unserem Angebot:

Sylt ist nicht nur für Reiche da

Unser Vertragshaus „Sylt-Ost“ ist in Morsum. Gut geeignet für Wochenendausflüge, für Gruppenfahrten. (Die ersten Jugendgruppen haben bereits ihre Bildungswoche/wochenende durchgeführt.) Ein Preisbeispiel: Montag bis Sonntag, 6 Übernachtungen (Doppelbettzimmer) inkl. Frühstück, einschl. Fahrt von Hamburg und zurück (DB), Preis pro Person: DM 115,-

Jugend- und Studentenreisen

Wir vermitteln Urlaubs- und Informationsreisen in die Sowjetunion, Bulgarien, DDR, Finnland.

Wir vermitteln Informationsreisen allgemeiner Art, aber auch nach Interessengebieten, Berufsgruppen etc.

Schreiben Sie uns (oder benutzen Sie das Telefon), teilen Sie uns Ihre Wünsche mit.

Sie telefonieren – wir reservieren

ht
reisen

Reisebüro
Hansa-Tourist
2 Hamburg 76
Hamburger Str. 132
Tel. 040/2 99 60 45

Die Rotfunk-Story

Aus der Geschichte des Radios

Von Ronald Sommer

„Nicht sehen kann jeder – hören Sie mal rot!“ begrüßte Volker seine Freundin Monika. Er hatte eine Idee: „Sollen wir mal den alten Börnekamp in Gladbeck besuchen? Du weißt doch, dieser Radiobastler, der mir vom Kampf der Roten Armee während des Generalstreiks im Ruhrgebiet erzählte, und in Spanien war er sogar im Thälmann-Bataillon dabei.“ Am nächsten Sonntag besuchten ihn Monika und Volker in seiner „Funkbude“. Und der Genosse Börnekamp hatte viel zu berichten:

„Achtung! Achtung! Hier ist Berlin auf Welle 400 . . . Sie hören die erste Veranstaltung der Radiostunde aus dem Voxhaus Berlin!“

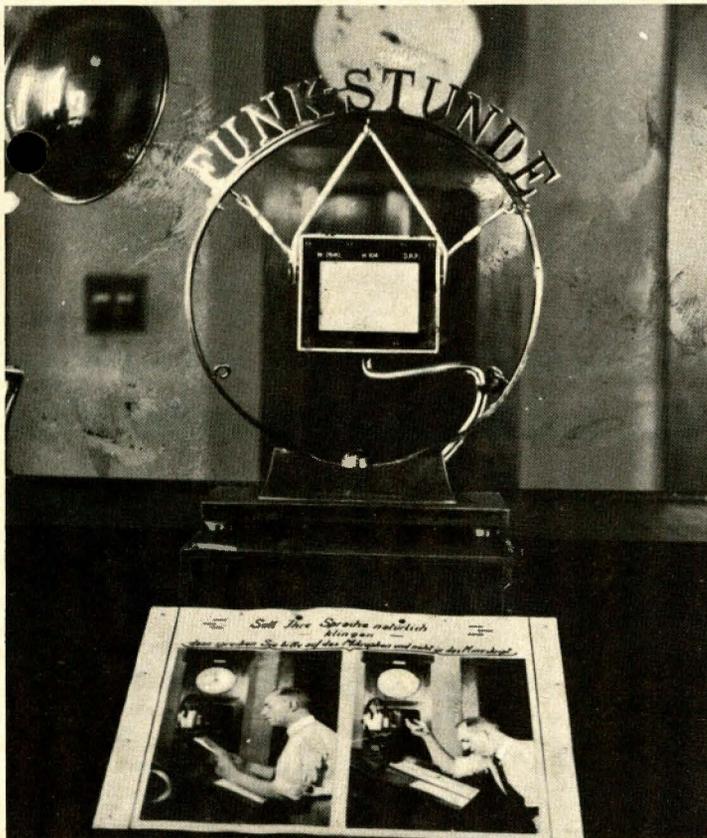
So begann die erste offizielle Sendung des deutschen Rundfunks am 29. Oktober 1923. Viele Hörer hatten sich einen Detektorempfänger gebastelt. Die Radioamateure kamen zu meist aus der Arbeiterklasse.

Doch die Entwicklung des Rundfunks wurde nicht von den Interessen der Mehrheit des Volkes bestimmt. Die einen dachten an Profit, die anderen an Propaganda. Die Elektrokonzerne AEG, Siemens und Telefunken verzeichneten einen gigantischen Aufschwung, nachdem sich der Rundfunk zum Massenmedium entwickelte. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, wurde am 10. April 1924 der „Arbeiter-Radio-Club“ gegründet, der sich für die Interessen der Werktätigen einsetzte. Die Arbeiterradiobewegung vermittelte nicht nur tech-

nische Kenntnisse, sondern informierte auch über die Machtverhältnisse im deutschen Rundfunk. Die Zeitschrift „Arbeitersender“ erfüllte dabei eine wichtige Aufgabe. In einem Artikel hieß es: „Es geht darum, der großen Masse zu zeigen, was der heutige Rundfunk ist, was bezweckt, wohin er steuert. Wir wollen, daß die Bourgeoisie mit ihrem Programm das umgekehrte erreicht, als sie bezweckt, daß der Arbeiter nicht verdummt wird, sondern sehend.“ Was der deutsche Rundfunk verschwiegen, verbreitete der Moskauer Rundfunk. Im ersten sozialistischen Land der Erde, der Sowjetunion, begann bereits im Jahre 1921 die Radiostation Moskau mit regelmäßigen Sendungen. Wenige Jahre später wurden auch deutsch-sprachige Programme ausgestrahlt, die in der Arbeiterschaft und in progressiven Kreisen immer beliebter wurden. Der Innenminister drohte mit Strafmaßnahmen gegen das Abhören des Moskauer Rundfunks. Die KPD antwor-

tete darauf am 18. März 1931 im Reichstag: „Sie können androhen, was sie wollen, Herr Minister . . ., solange Sie Ihren Rundfunk als ein Instrument im Sinne Ihrer Klasse und Ihrer Regierung benutzen, werden Sie nicht verhindern können, daß die Arbeiter mit Begeisterung und Freude sich die Vorträge vom Moskauer Gewerkschaftssender anhören, die ihnen die Dinge darstellen, wie sie sind, und nicht, wie Sie sie gern darzustellen belieben, um die Arbeiter ruhig und friedlich zu erhalten . . .“

Nach Hitlers Machtergreifung besetzten SA-Schlägertrupps auch die Büros der Arbeiter-Radio-Bewegung. Dieses brutale Vorgehen war ein Signal zum Widerstand gegen den Faschismus. Die Arbeiter-Radio-Bewegung verteilte 1933 ein Flugblatt mit dem Text: „Vergiß es keinen Tag, Prolet / - daß hinter Deinem Funkgerät / ob Spiel, ob Ernst, von früh bis spät / der Gegner Deiner Klasse steht!“



Vox-Haus, Berlin 1923: das erste Rundfunk-Mikrofon.



„Honigwabenspule“ und Kopfhörer bei den ersten Empfängern.

Ein Viehhirt wird Lenins Reitergeneral

**Semjon Budjonny
starb mit
90 Jahren**

Von Fred Freitag

Einer der Helden der jungen Sowjetunion ist verstorben: Marschall Semjon Michailowitsch Budjonny, Leiter der legendären I. Reiterarmee, im Alter von 90 Jahren. Mit seiner Roten Reiterarmee kämpfte Budjonny gegen Denikin, siegte bei Zaryzin und Woronesh am Don und am Kuban, in der Ukraine und in Taurien, vertrieb Wrangel von der Krim und wehrte die polnischen Interventionen ab.

Der rote Reiter-Marschall war ein Vorbild nicht nur für die Jugend der Sowjetunion. Seit der Oktober-Revolution kämpfte er unermüdet für den Frieden und den Sozialismus. Semjon M. Budjonny wurde am 25. April 1883 in Südrubland als Sohn armer Bauern in einer Erdhütte geboren. Mit sieben Jahren wurde er Viehhirt, mit 10 Laufbursche eines reichen Kaufmanns. Später, in der Zarenarmee, überzeugte er sich von der Unfähigkeit und Korruption des zaristischen Offizierskorps. In seinen Erinnerungen schrieb er über diese Zeit: „In mir gärte der Haß des Knechtes auf all diese hochnäsigen Wohlgeborenen, diese Müßiggänger, diese Bluteigel am Körper des Volkes. Für die war ich nur ein Stück Vieh.“ Während der Oktoberrevolution wurde Budjonny zum überzeugten Kommunisten. Sein ganzes Handeln galt jetzt dem Kampf für den Aufbau des Sozialismus. Lenin nannte ihn den „glän-



zendsten Kavalleriekommandeur der Welt“. Weiter wußte der Gründer der Sowjetunion von seinem Reiter-Marschall: „Er teilt mit seinen Kavalleristen die härtesten Entbehrungen und schwersten Gefahren.“ Aus der I. Reiterarmee Budjonny gingen berühmte sowjetische Heerführer hervor, unter ihnen der Verteidigungsminister der UdSSR und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Marschall Gretscho. Marschall Semjon Michailowitsch Budjonny erklärte wenige Monate vor seinem Tod auf der Festveranstaltung zu seinem 90. Geburtstag: „Mit 90 Jahren hat man viel gesehen, viel erlebt. Aber wenn ich erneut einen Weg zu wählen hätte, so würde ich den nehmen, den ich gegangen bin. Solange mein Herz schlägt, gehört es der Partei und dem Volk.“ Das ist das Vermächtnis dieses Kämpfers für Frieden und Sozialismus an die Jugend der Welt.

Information für Soldaten

Seit Oktober erscheint der „Informationsdienst für Soldaten“. Der Informationsdienst wird vom Jugendmagazin elan herausgegeben. Er soll monatlich erscheinen; mit Zeitungsausschnitten, Zitaten und Meldungen

vor allen Dingen aus folgenden Bereichen: Bundeswehr, Rüstung, Rüstungsindustrie, NATO, Engagement demokratischer Soldaten, Friedensinitiativen, Abrüstung, internationale Solidarität, Tagespolitik. Außerdem werden monatlich wichtige Daten und Termine veröffentlicht. Für jede Mitarbeit sind wir dankbar.

Der „Informationsdienst für Soldaten“ ist zu erhalten bei:
Redaktion elan
46 Dortmund
Brüderweg 16



**INFORMATIONSDIENST
FÜR SOLDATEN**

Herausgegeben vom Jugendmagazin elan
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Verantwortlich: Peter Bubenberger

Oktober 1973

„... das war ein Singen“

Heino – ein „deutscher Sänger“

Von Ruth Sauerwein

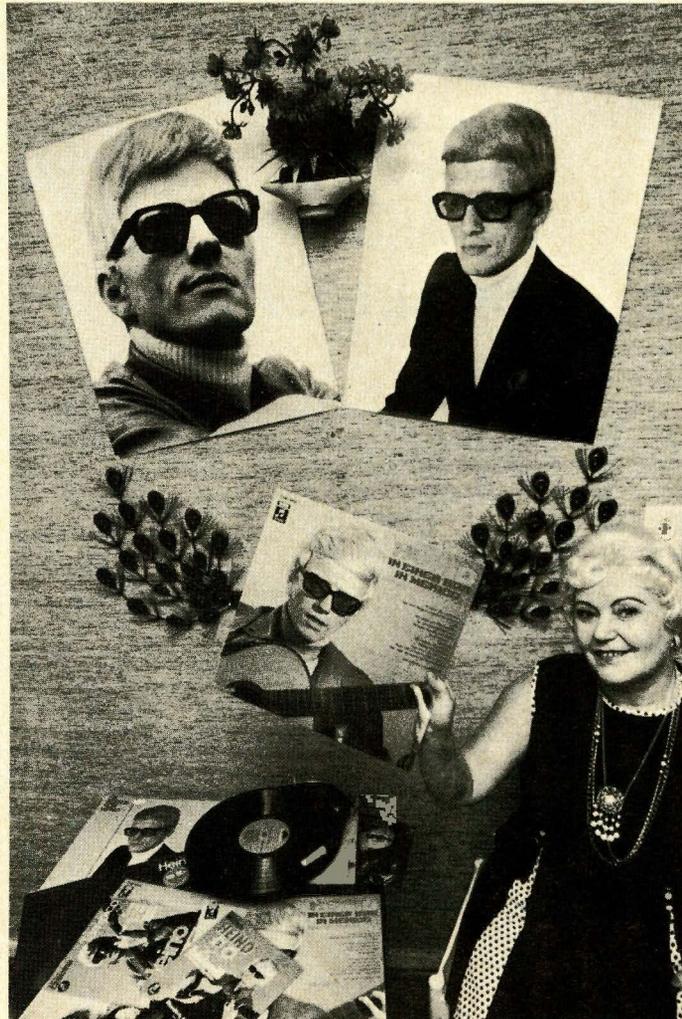
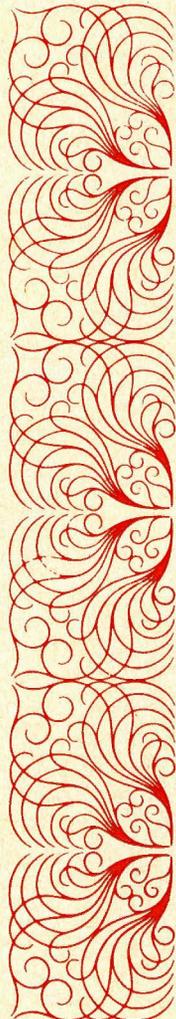
Das ZDF – Wahrer deutscher Werte und Verbreiter deutschen Kulturgutes (siehe Löwenthal-Magazin und ZDF-Hitparade mit Dieter Thomas Heck) – hat sich wiederum um beides verdient gemacht: eine Stunde hatte Heino Gelegenheit, sich zu produzieren. Umgeben von kernigen Trachten-Maiden und noch kernigeren Naturburschen verbreitete Heino ziemlich viel Romantik: als Bergsteiger, Tramp, Seemann, Pirat oder mit dem „Ave Maria“ und dem „blauen Enzian“. Die Sendung nannte sich „Heino – ein deutscher Sänger“ und gab vor, ein Phänomen untersuchen zu wollen. Die Sendung war selbst ein Phänomen: nämlich für geschickte Public Relation. Im Mittelpunkt stand Werbeprodukt – Heino – selbst. Angereichert das Ganze durch Aussagen von allen möglichen Leuten.

Was gibt es da für ein Bild? Seine Fans mögen ihn, weil er „blond ist“, „seine dunkle Brille so gut zu ihm paßt“ und weil „er deutsch singt“. Sein ehemaliger Bäcker-Lehrmeister weiß zu berichten (hört, ihr Lehrlinge!), daß Heino als Lehrling „sauber, fleißig und ehrlich“ war und sich über jedes Lob seines Lehrherrn freute. Bürgermeister und Pfarrer der Gemeinde Ülpenich gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß der hehre Sänger in den Mauern ihrer Gemeinde in einer Luxusvilla sein bescheidenes Dasein fristet und dem Kulturleben der Eifel zu einem mächtigen Auftrieb verhilft. Der Pfarrer voller Vorfreude: „Heino singt in der Christmette von Ülpenich mit. Die Leute werden in Scharen kommen, um ihn zu sehen. Dann stimmt die Kasse.“

Bei so viel guten Eigenschaften und Taten gingen die Worte der beiden Heino-Kritiker ins Aus. Mochten sie noch so sehr darauf hinweisen, daß Heinos Repertoire aus braunen Quellen gespeist wird, daß seine Lieder Scheinwelten aufbauen und von der Wirklichkeit ablenken sollen: Dies alles ging unter in Heinos markigem Gesang und begeisterten Lobsprüchen seiner Fans und den geschickten seiner Macher. Und viele Zuschauer werden ähnlich gedacht haben wie ein Fan, der schrieb: „Wer Heinos Musik nicht hören will, soll in den Urwald oder in die SPD gehen.“ So zitiert von Helene Schlicht, einer Arbeiterfrau, die für geringes Entgelt die Fan-Post des blonden Meisters erledigt. Chef Beierlein konnte zufrieden sein: Heino, dieser Mann „aus meinem Stall“, wurde imagege-

recht ins Bild gesetzt, wie er es zielstrebig aufgebaut hat: als „Junge aus dem Volk“, „guter Junge von nebenan“, „Sänger der schweigenden Mehrheit“. Heino hat seinen festen Platz in der Publizistik erreicht. Beierlein ist zufrieden: „Er ist ein intelligenter Bursche und macht keine Schwierigkeiten.“ (Hat doch Heino schon frühzeitig gelernt, kleine Brötchen zu backen!) Ähnlich zufrieden äußert sich auch sein Entdecker Ralph Bendix. Den Hinweis auf Heinos braunes Repertoire tut er als „dumm oder böse“ ab. „Da könnte man auch sagen, wer VW fährt oder die Autobahn benutzt, sei ein Nazi.“ Heino schließt sich seinen Förderern an: „Solche Äußerungen zeugen nur von Unkenntnis.“ Dem staunenden Publikum offenbarte er: „Ich will kein Welt-

verbesserer sein, sondern nur schöne Musik und gute Texte singen.“ Wie dieselben zustande kommen, war auch zu sehen: Ein Trio von gesetzten würdigen Herren mit einem Liederbüchlein auf dem Flügel ringen um die künstlerische Eingebung. Zum Beispiel „Im schönsten Wiesengrunde“. Ein schönes altes Volkslied. Aber leider: in der letzten Strophe ist vom Sterben die Rede. Und schon ist es vom Tisch. Denn wer soll das kaufen? Vom Sterben hört schließlich niemand gern singen. Und so kann man das Bild von Heino und der Sendung am besten mit den Worten von Electrola-Boß Wilfried Jung umreißen: „Industrie bedeutet Streben nach Profit – so gesehen ist Heino ein Wirtschaftsgut... ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserem Unternehmen.“



DDR-Jugend meistert die Zukunft

MMM-Forschung nicht für Bosse

Von Robert Saam

Mit gemeinsamem Basteln, Knobeln und Forschen in der Schule fängt es an – mit dem Bau von ganzen Industrieanlagen durch Gruppen von Jugendlichen ist das Ziel erreicht: Die kollektive Erarbeitung wissenschaftlich-technischer Aufgaben. Das Ganze spielt – nein, natürlich nicht im Bildungsnotstandsgebiet BRD –, sondern in der Deutschen Demokratischen Republik. Einen Namen hat die Sache auch: Messe der Meister von morgen, oder kurz MMM.

Der Name ist zugleich Programm. Denn darum geht es: Die Jugend der DDR wird schon früh darauf vorbereitet, die Technik und Wissenschaft von morgen zu meistern. Und das geschieht nicht etwa an der „trockenen“ Schulbank, sondern ganz konkret. Was die Schüler und jungen Arbeiter der DDR, die sich an der MMM beteiligen, erarbeiten, ist verwendbar und wird verwirklicht.

So zum Beispiel das Modell eines Jugendobjektes, das auf der Bezirks-MMM Halle ausgestellt wurde: Das Schülerkollektiv der Polytechnischen Oberschule Peißen entwarf eine mehr als einen Hektar große Sportanlage mit Schulgarten.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Jugendlichen, die sich an der MMM beteiligen, das im Unterricht oder der Berufsausbildung Erlernte in die Praxis umsetzen,

in eine Praxis, die ihnen selbst wieder zugute kommt. Dadurch unterscheidet sich unter anderem die MMM-Bewegung in der DDR grundsätzlich von den sogenannten Berufswettbewerben, die in der BRD und anderen kapitalistischen Staaten ausgetragen werden. Denn: Wem nützen diese „Berufswettbewerbe“ bei uns? Hier geht es allein darum, einige „Vorzeige-Lehrlinge“ heranzuzüchten, um über die miserable Ausbildung hinwegzutäuschen und andere Lehrlinge zu noch höheren Leistungen in der Produktion anzuspornen. – Ein reiner Wettbewerb für die Bosse also.

Anders die Messe der Meister von morgen in der DDR: Dort arbeitet niemand mehr für die Bosse – weil es keine mehr gibt. Was die Schüler und jungen Arbeiter dort erarbeiten, erforschen



Kommt doch demnächst mal selbst vorbei und schaut, was wir auf der Pfanne haben!

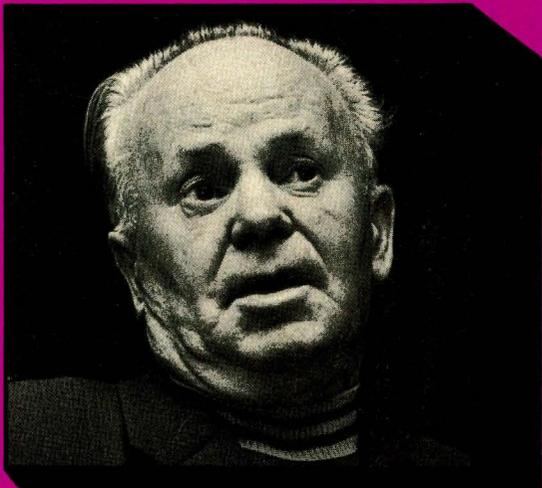
und aufbauen, kommt der ganzen Gesellschaft zugute. Kein Wunder also, daß sich in den meisten Betrieben

der DDR fast 80 Prozent der Jugendlichen an der Messe der Meister von morgen beteiligen.

Allende-Straße in Nürnberg

Aus Solidarität mit dem leidenden chilenischen Volk und aus Protest gegen die Ermordung des Präsidenten Dr. Salvador Allende durch die faschistischen Junta-Generäle und ihre US-Hintermänner benannten Mitglieder der SDAJ Nürnberg-Nord die Untere Söldnersgasse der Stadt in Salvador-Allende Straße um. Die Jugendlichen fordern von der Stadt Nürnberg die Verurteilung des faschistischen Putsches in Chile, aktives Eintreten für die Freiheit Luis Corvalans und die „offizielle“ Benennung einer Straße nach Salvador Allende.





Revolutionäre im Interview



Otto Gotsche ist ein bekannter Arbeiterschriftsteller. Seine Bücher sind erlebte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, ob es sich um die „Märzstürme“, „Der kleine Trompeter“, „Die Fahne von Kriwoi Rog“ oder um andere Bücher handelt. Seine Erlebnisse während der bewaffneten Kämpfe der Mansfelder Arbeiter gegen die preußische Reaktion trieben Otto Gotsche zum Schreiben: es entstand sein erstes Werk: „Märzstürme“.

Gerade darum wird man beim Lesen so gepackt, weil man spürt, daß der Schreiber aktiv an diesen Kämpfen teilgenommen hat. Wenn ihr von Otto Gotsche noch nichts gehört und gelesen habt, so ist das kein Wunder: In der Nazi-Zeit wurden solche Bücher vernichtet. Nach 1945 wurde in der BRD die Tradition der Arbeiterschriftsteller totgeschwiegen. Die Jugend sollte nichts über die Traditionen der Klassenkämpfe erfahren.

Im nächsten Jahr wird die deutsche Arbeiterjugendbewegung 70 Jahre alt. Gerade in den Büchern von Otto Gotsche könnt ihr eine ganze Menge über ihre Entwicklung erfahren.

elan: Dein Buch „Märzstürme“ wird auch von den bewußten Arbeiterjugendlichen der BRD gelesen. Die Märzstürme sind ein gutes Stück erlebter Geschichte der revolutionären Arbeiterjugend mit ihren Erfolgen, Niederlagen, ihren ideologischen, politischen und organisatorischen Problemen. Wer das Buch kennt, weiß, daß diese Probleme noch heute aktuell sind.

Dein Buch ist so geschrieben, daß man den Eindruck hat, der Autor sei selbst dabei gewesen.

Wie war das damals, Genosse Otto?

Otto Gotsche: Ich war dabei. Wir verteidigten damals unsere Rechte gegen die reaktionäre Preußen-Regierung und ihre Hintermänner, die Konzerne Mitteldeutschlands. Mit ihren Vätern setzte sich die arbeitende Jugend gegen die Besetzung ihrer Dörfer und kleinen Städte zur Wehr. Die Übergriffe der Reaktionäre nahmen derart überhand, daß wir schließlich vom Generalstreik zum bewaffneten Widerstand übergingen. Dieser Kampf kostete die revolutionäre mitteldeutsche Arbeiterschaft viele Opfer: Tausende gingen in die Gefängnisse, Hunderte wurden erschlagen – auf dem kleinen Friedhof meines Heimatdorfes liegen meine Schulfreunde, die ermordet wurden. Nachdem ich das alles miterlebt hatte, faßte ich den Entschluß, dieses Kapitel des revolutionären Arbeiterkampfes in meinem Buch „Märzstürme“ niederzuschreiben. Es war mein erster Beitrag zur Entwicklung der proletarischen revolutionären Arbeiter-Literatur.

Schon im August 1918 wurde ich mit einer Gruppe junger Bergarbeiter Mitglied einer Jugendgruppe des Spartakus-Bundes. Seit dieser Zeit gehe ich meinen geraden Weg – den Weg der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Heute weiß ich, daß dieser Weg, der zum

Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik geführt hat, ein richtiger Weg war. Selbstverständlich hat das Buch auch heute noch aktuelle Bedeutung, denn noch gehört nicht die ganze Welt dem arbeitenden Menschen.

elan: 1974 wird die deutsche Arbeiterjugendbewegung 70 Jahre alt. Auf dem Gebiet der Literatur hast Du einen Teil davon geschrieben und der heutigen Arbeiterjugend überliefert. Wie siehst Du aus Deinem eigenen Erleben aus heutiger Sicht die Entwicklung des jungen Proletariats?

Das Proletariat – vor allem seine Jugend – wird und muß immer zu den fortschrittlichsten Kräften gezählt werden. Bevor nicht Ausbeutung, Not und Unterdrückung überwunden sind, wird der Kampf der arbeitenden Jugend kein Ende finden. Das Ziel ist klar: Was in den 70 Jahren des Kampfes der Arbeiterjugend für die sozialistischen Staaten erreicht wurde, muß jetzt für jene Teile der Welt erkämpft werden, die noch der Diktatur der Konzerne, der Reaktion und dem offenen Faschismus unterliegen. Das 20. Jahrhundert wird dem Sozialismus gehören. Die Arbeiterjugend der Bundesrepublik wird mehr und mehr den Weg gehen, den schon ihre Väter gegangen sind. Dieser Weg führt zum Sozialismus. Die Erfahrungen, die die Arbeiterjugend in 70 Jahren gesammelt hat, sind auf diesem Weg eine gute Grundlage. 1904 traten im damaligen kaiserlichen Deutschland die ersten arbeitenden Jugendlichen zusammen, um eine eigene Organisation zu gründen. Heute gehören den fortschrittlichen Jugendorganisationen der Welt Millionen an. Sie schreiten vorwärts. Sie werden ihre Ziele erreichen.

Übrigens: Die Bücher von Otto Gotsche erhaltet ihr beim Brücken-Verlag, 4 Düsseldorf, Ackerstr. 3 und in allen Collectiv-Buchhandlungen.

Die Frankfurter Allgemeine (FAZ), Tagesblatt des bundesdeutschen Großbürgertums, wußte es mal wieder ganz genau: In einem Bericht über den Hamburger Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei freute sich ein gewisser Maetzke: „Der Nachwuchs ist den DKP-Vorderen oft nur ein quälender Anblick.“ Ein Kollege des FAZ-Mannes, K. H. Fricke vom „Rheinischen Merkur“, stellt das Verhältnis Jugend – DKP ein wenig anders dar. Er stellt fest: „Die Kommunisten hierzu-lande setzen auf die junge Generation. Die Jugendarbeit hat fortan Sache jedes einzelnen Genossen zu sein.“ Was stimmt nun?

Lassen wir die Tatsachen für sich sprechen. Tatsache ist, daß 73 Prozent der 39 344 DKP-Mitglieder jünger sind als 30 Jahre. Tatsache ist, daß in Vorbereitung des Hamburger Parteitages ein Arbeiterjugend-

DKP-PARTETAG:

Das arbeit muß bes

kongreß der DKP in Frankfurt-Hoechst die Forderungen der arbeitenden und lernenden Jugend diskutiert, und daß diese Forderungen in die Arbeit des Hamburger Parteitages einbezogen wurden. Tatsache ist, daß dem neuen Präsidium der DKP der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, Rolf Priemer, angehört.

Tatsache ist weiter, daß die DKP eine Partei der Aktion ist. Wo andere Parteien nur

reden, handelt die DKP – im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften.

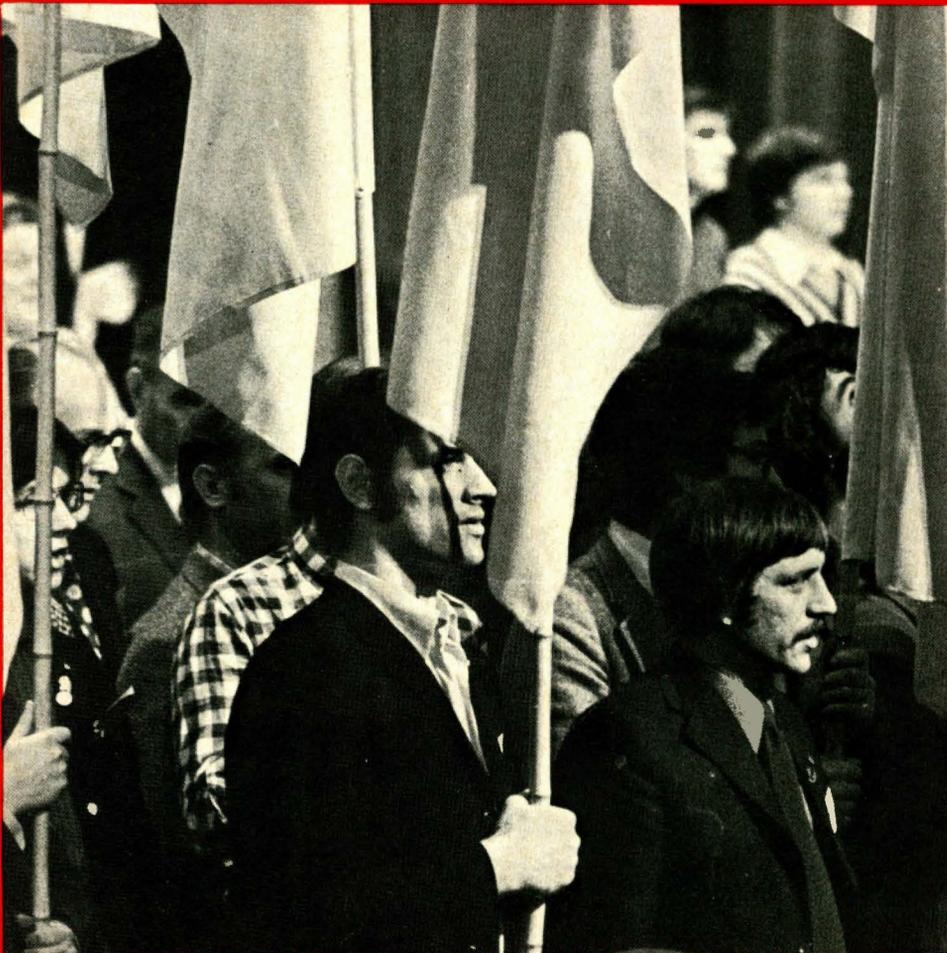
elan sprach während des DKP-Parteitages mit einer der jüngsten Delegierten, Silvia Kahlke (19) über drei Schwerpunkte, die der DKP-Parteitag setzte: den antiimperialistischen Kampf für die Rechte der Völker, den Kampf um die sozialen Rechte der Arbeiterklasse und den Kampf um mehr Demokratie in Betrieb, Schule und Gesellschaft.

„Solange es auf der Welt, so auch in unserem Land, Kräfte gibt, die aus Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg Profit schlagen, wird der Kampf um den Frieden immer ein entscheidendes Gebot bleiben. Für Illusionen über den reaktionären und aggressiven Charakter des Imperialismus ist kein Platz.“

(Aus dem Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes beim Hamburger Parteitag der DKP – Referent: Herbert Mies.)

Silvia Kahlke: „Diese Aussage des Hamburger Parteitages gibt uns jungen Kommunisten in der BRD einen klaren Auftrag: Wir werden den Appell des X. Festivals der Weltjugend in Berlin mit Leben füllen. Vietnam bleibt unsere Sache. Wir stehen deshalb voll hinter dem Aufruf der ‚Initiative Internationale Vietnamsolidarität‘, in der BRD 250 000 DM für den Wiederaufbau einer Schule im Bezirk Nam Ha zu sammeln. Weiter heißt das für uns: Freiheit für Luis Corvalan und alle Demokraten, die von der Mörder-Junta in Chile eingekerkert und gefoltert werden. Durch Sammlungen helfen wir dem kämpfenden chilenischen Volk. Kein Pfennig unserer Steuergelder darf mehr zur Unterstützung reaktionärer Regime in Portugal, Chile, Griechenland, Südafrika oder Israel ausgegeben werden.“

Mit dem Roten Kuckuck von elan brandmarken wir Nationalismus und Revanchismus. Besonders geeignete Objekte sind reaktionäre Straßenschilder – z.B. ‚800 Kilometer nach Königsberg‘.



stimmende Volk stimmen



Silvia Kahlke

„Es muß und kann sofort etwas geschehen für den Schutz der sozialen Interessen des arbeitenden Volkes. Die Abwehr der schlimmsten Folgen und Auswirkungen der großkapitalistischen Profitmacherei ist notwendig und möglich.“

(Aus dem Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes.)

Silvia Kahlke: „Wir Delegierten des Hamburger Parteitagess der DKP haben nochmal betont: Jetzt Schluß mit dem kalten Rauschmiß aktiver Jugendvertreter. Wer von den Kollegen gewählt ist, muß Kündigungsschutz erhalten.“

Eine Million Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz pro Jahr reichen uns. Deshalb machen wir alle mit bei der Aktion ‚Rote Zange‘ der IG Metall-Jugend. Wir werden jeden Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz anzeigen und mit der Gewerkschaft für ein besseres Gesetz kämpfen.

Lehrlinge und Jungarbeiter müssen endlich Löhne erhalten, die es ihnen möglich machen, unabhängig von ihren Familien zu leben.“

„Die DKP läßt sich am Kampf gegen die in unserem Land nach wie vor starken Feinde der Demokratie, am Ringen um die Erweiterung der demokratischen Volksrechte von niemandem hindern.“

(Aus dem Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes.)

Silvia Kahlke: „Kampf um Demokratie, das heißt für uns vor allem: Die verfassungswidrigen Berufsverbote müssen fallen. Wenn fortschrittliche Lehrer an unseren Schulen oder Berufsschulen gefeuert werden sollen, stehen wir an ihrer Seite. Wenn fortschrittliche Betriebsräte unter Druck gesetzt oder rausgeschmissen werden, stehen wir jungen Kommunisten gemeinsam mit allen anderen Kollegen fest hinter ihnen.“

Wir werden es nicht hinnehmen, wenn Bosse die Belegschaft aussperren oder den Lehrlingen das Streikrecht in der Praxis immer noch vorenthalten.

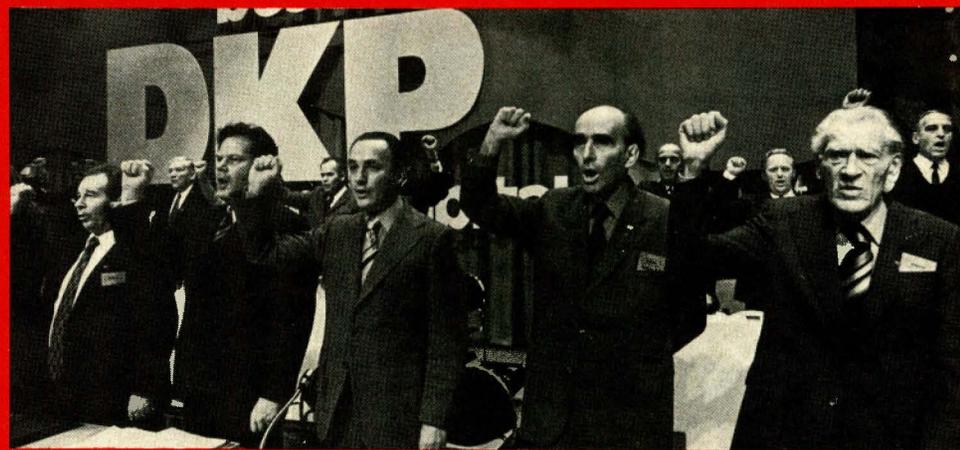
Mehr Demokratie, das heißt ganz konkret: Gewerkschaftlicher Kampf für echte Mitbestimmung im Betrieb, Uni und Schule. Nur so können wir die Macht der Bosse knacken. Dieser Kampf kann aber nicht mit großen

auch in der SPD, die heute so laut die Einheit der Nation und die ‚nationale Substanz‘ bemühen, etwas genauer anschauen.

Sie haben mit Hand angelegt, als das deutsche und ausländische Finanzkapital aus Angst vor dem gesellschaftlichen Fortschritt die Bundesrepublik Deutschland in die EWG und die NATO einfügten. Sie haben der Überfremdung unserer Wirtschaft durch das amerikanische Kapital Tür und Tor geöffnet. Sie sind so ‚national‘, daß sie bei Nixon dauernd um den Verbleib der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik betteln. Ihre nationalistischen Parolen dienen nur dazu, die Klassenfronten zu vernebeln und die Bundesrepublik noch fester in das Gefüge des aggressiven NATO-Bündnisses einzugliedern. Die nationalen Interessen unseres Landes erfordern eine eigenständige und zugleich weltoffene Politik.

Sie erfordern ganz besonders auch ein gutes Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und zur übrigen nichtkapitalistischen Welt. Die nationalen Interessen verlangen die Lockerung der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und die NATO. Sie verlangen die Zurückdrängung der antinationalen Monopolmacht und ganz besonders jener multinationaler Konzerne, die sich in das Leben der Völker Westeuropas einfrassen.

Für eine solche nationale Politik kämpft die Deutsche Kommunistische Partei. Wir Kommunisten stehen zu allem Fortschrittlichen, das sich jemand mit dem deutschen Namen verbunden hat.“



Reden und leeren Phrasen geführt werden. Unsere Waffe in diesem Kampf ist die Aktion aller fortschrittlichen Kollegen. Diese Waffe wird stärker, je mehr kommunistische, sozialdemokratische, liberale, christliche und parteilose Kollegen gemeinsam kämpfen.“

Die bürgerliche Presse hetzt jetzt wieder mal, die DKP sei ‚moskauhörig‘. Diesen Herrschaften muß man mal unter die Nase halten, was unser Parteitag zum Thema nationale Politik gesagt hat. Im Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes heißt es: ‚In einer Politik der Wahrung nationaler Interessen brauchen wir Kommunisten von niemandem Belehungen. Am allerwenigsten von denen, die seit einem Jahrhundert ‚Nation‘ sagen und immer nur ihre kapitalistische Macht und ihren Profit meinen. Man muß sich schon jene Politiker in der CDU/CSU, in der FDP und

Thema Nummer eins für die bürgerliche Presse: Die Führungsspitze der DKP ist jünger geworden. Die Delegierten des Hamburger Parteitagess wählten einmütig Herbert Mies (44), den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden zum Nachfolger des bisherigen Parteivorstandes, Kurt Bachmann. Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Partei wurde Hermann Gautier (53) gewählt.

Bildung statt Bomben fordern Lehrlinge, Schüler und Studenten unseres Landes. Weil sie nicht einsehen können, daß für die friedensgefährdende Rüstung auch 1974 ein Rekordetat verpulvert werden soll, während die Bildung Stiefkind bleibt. Und sie wehren sich gegen reaktionäre Bildungsinhalte. Sie wehren sich dagegen, daß die Bosse in der Ausbildung das Sagen haben. Der Kampf um demokratische Bildung und Berufsausbildung gehört in der Bundesrepublik zum Kampf der Jugend um ihre Grundrechte. Die Aktualität und Bedeutung dieser Auseinandersetzung veranlaßt unseren „Mann in Moskau“, Wadim Tschurbanow, exklusiv für die Leser des elan einige Grundzüge des sowjetischen Bildungssystems darzustellen.



Die sowjetische Schule war von Anfang an bemüht, der jungen Generation eine umfassende Allgemeinbildung zu geben, indem sie die Möglichkeit für eine allseitige Entwicklung, für freie Wahl des Lebensweges gewährleistet.

Jetzt vollzieht die Sowjetunion den Übergang zur allgemeinen Zehnklassenschulbildung. Im vorigen Jahr setzten mehr als 90 Prozent der Schüler nach Beendigung der obligatorischen Achtklassenschule ihre Allgemeinbildung fort. In den nächsten Jahren werden praktisch alle sowjetischen Jungen und Mädchen Zehnklassenbildung erhalten. Doch es ist bekannt, daß der Verstand nicht nur im Wissen besteht, sondern auch darin, wie man das Wissen anwendet. Nach Abschluß der allgemeinbildenden Schule steht der junge Mensch vor dem Problem: Welchen Beruf soll er ergreifen?

Die Wichtigkeit der Berufswahl für die Gesellschaft wie auch für jeden einzelnen machte ein System der Berufsberatung nötig. Über dieses System werden in der Sowjetunion die Schüler mit den verschiedenen Berufen im Unterricht bekanntgemacht, die Schule unterhält umfassende Kontakte mit industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen, es gibt spezielle Kabinette für Berufsberatung, wo Fachleute, darunter auch Psychologen, Rat und Empfehlungen geben können. Sowjetische Wissenschaftler schenken der Ausarbeitung einer Methodik der Berufsberatung und der Berufswahl in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit, schaffen verschiedene Spezialgeräte usw.

Nicht jeder wird KOSMONAUT...

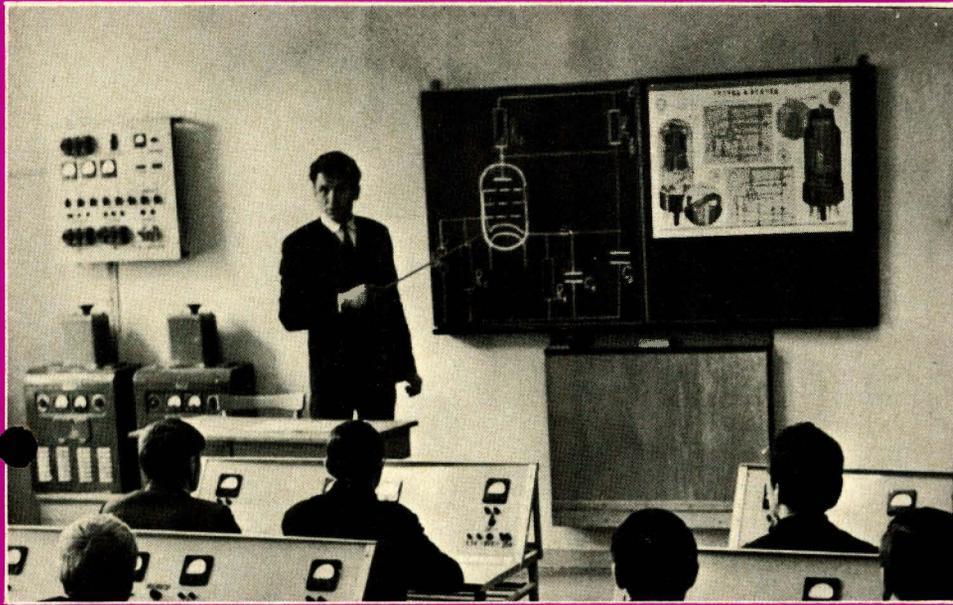


Der allseitigen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen gehört die ganze Aufmerksamkeit des sowjetischen Bildungssystems.

Die langjährige Praxis einer breiten Anwendung von Tests bei der Berufswahl beispielsweise in den USA zeigt, daß keine Methodik imstande ist, hinreichend genau die Fähigkeit eines Menschen für diese oder jene Art der Tätigkeit zu bestimmen. Es genügt zu sagen, daß mehr als die Hälfte der amerikanischen Nobelpreisträger ihren Beruf zweimal und mehr als ein Drittel drei und mehrere Male wechselten. Es ist auch bekannt, daß der große Einstein in den Schuljahren als für die Mathematik unbegabt galt. Wenn er in die Hände von Spezialisten für Berufsberatung gefallen wäre, hätte man ihm wohl empfohlen, sich mit sonstwas zu befassen – nur nicht mit Naturwissenschaften.

Selbst im besten Fall vermag die Berufsberatung nur einem jungen Menschen seinen Weg ins Leben zu empfehlen, zu raten, ist jedoch außerstande, statt seiner zu wählen und eine Garantie auf Erfolg zu geben. Im Endergebnis hängt der Erfolg des jungen Menschen im Leben in erster Linie von seinen eigenen Fähigkeiten zu wählen ab.

Einst schrieb Napoleon vor, als eine Mädchenschule in Ecouen eröffnet wurde, aus den



Bildung, die jedem zugänglich ist, unabhängig von Vaters Geldbeutel und Zulassungsbeschränkungen.

Mädchen „Frauen zu machen, die glauben und nicht Frauen, die denken“. Das Grundprinzip der marxistischen Pädagogik hingegen erfordert das Gegenteil – im Schüler die Fähigkeiten zu selbständigem, schöpferischem Denken zu entwickeln.

Nicht jeder wird Kosmonaut

Aber die Wahl des Gebiets zur Anwendung der erhaltenen Kenntnisse hängt nicht nur von den persönlichen Wünschen und Möglichkeiten des Menschen ab. Soziologische Erhebungen zeigen beispielsweise, daß unzählige sowjetische junge Männer und Mädchen Kosmonauten, Flieger, Polarforscher und Schauspieler werden wollen. Aber die Erfordernisse der Gesellschaft an Menschen solcher Berufe sind beschränkt. Also können nur die begabtesten von ihnen diese Berufe erlernen. Sie werden in Prüfungen ermittelt. Natürlich sind jene, die nicht ankommen, enttäuscht. Aber die Praxis zeigt, daß Fähigkeiten, tiefes Interesse und Charakterfestigkeit dem Menschen gewöhnlich dennoch zu jenem Beruf verhelfen, nach dem er strebt. Die Hauptgarantie dafür besteht darin, daß das Erlernen eines Berufes unter den Verhältnissen der sozialistischen Gesellschaft keine soziale und berufliche Knechtung ist. Das wird durch einige Faktoren gesichert. Einer von ihnen äußert sich darin, daß in der UdSSR **eine einheitliche allgemeinbildende Schule** geschaffen wurde, die zum Unterschied von den Bildungssystemen vieler kapitalistischer Länder, die „Sackgassen-Schulen“ haben, jedem jungen Menschen uneingeschränkte Möglichkeiten bieten, die Stufen der Wissenschaft zu erklimmen. Insbesondere gibt es für jeden jungen Menschen, der keine vollständige Oberschulbildung erhielt, ein umfassendes Netz von Abend-, Schicht-

und Fernschulen.

Die Regierung hat Vergünstigungen für alle festgelegt, die die Arbeit mit dem Studium verbinden: ein bezahlter zusätzlicher freier Tag pro Woche, bezahlte zusätzliche Urlaubstage zum Ablegen der Prüfungen, Erholungsurlaube nur in den Sommermonaten usw.

Der zweite Faktor ist ein **umfassendes Netz der verschiedensten Kurse, Lehrkombinate und Zirkel**. Dieses Netz ermöglicht, anstelle des bisherigen Berufs einen neuen zu erwerben. Während der Berufsausbildung wird jungen Menschen, wenn sie den Unterricht nicht mit der Arbeit vereinen können, ein Stipendium gezahlt.

Der dritte Faktor ist die Möglichkeit, ein Abend- und Fernstudium an den Fach- und Hochschulen aufzunehmen. Wer z. B. als Dreher arbeitet, und interessiert ist, Ökonom zu werden, kann die Arbeit mit dem Studium an der Abendfakultät einer Fach- oder Hochschule verbinden, wobei er dazu im Betrieb bedeutende Vergünstigungen erhält – zusätzlichen Urlaub, der in Höhe des Durchschnittsverdienstes bezahlt wird, ein zusätzlicher freier Tag in der Woche usw. Wenn sich jedoch sein jetziger Beruf mit der Fachrichtung der Hochschule deckt (beispielsweise ein Dreher will Maschinenbauingenieur werden), erhält er bedeutende Vergünstigungen bei der Ablegung der Eintrittsprüfungen an der Abendfakultät. Bevorzugt werden dabei auch jene, die entsprechend der Fachrichtung ihres Betriebes in Tagesfakultäten gehen: sie können ein Stipendium ihres Betriebes erhalten, das höher ist als das übliche staatliche Stipendium.

Schließlich noch ein Faktor, der umfassende Möglichkeiten bei der Wahl und dem Wechsel eines Berufs sichert – **das Fehlen einer Erwerbslosigkeit**. Ein junger Mensch ist nicht an seinen Beruf, seinen Betrieb, seine Stadt,

sein Dorf gebunden, weil er leicht in einem anderen Betrieb, einer anderen Gegend unterkommen kann.

Ein Ergebnis der Sorge des Staates um die persönlichen und gesellschaftlichen Interessen zeigt sich dann darin, daß die Jugendlichen mit ihrer Arbeit sehr zufrieden sind. Zahlreiche Forschungen der Soziologen und Sozialpsychologen in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft zeigen, daß 70 – 80 Prozent der jungen Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren sehr an ihrer Arbeit hängen. Das betrifft auch die Jugendlichen mit Berufen, die an und für sich wenig Möglichkeiten einer schöpferischen Arbeit beinhalten. Die Sache ist die, daß der ungenügende Inhalt einiger Berufe durch das Ausmaß des technischen Schaffens der jungen Arbeiter, ihre Teilnahme an der Leitung der Produktion und dem sozialen Leben ihrer Kollektive „kompensiert“ wird. Eingehend werde ich darüber in einem weiteren Beitrag berichten. Jetzt will ich nur hervorheben, daß der hohe Grad der Zufriedenheit der jungen Arbeiter mit ihren Berufen natürlich nicht bedeutet, daß sie bis ans Ende ihrer Tage in diesem Beruf bleiben. Die Dynamik der Entwicklung der Gesellschaft und der Persönlichkeit selbst veranlaßt unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu unaufhörlicher Suche. Dies aber ist ein Ausdruck der hohen Eigenschaften der gesellschaftlichen Persönlichkeit.

Das ist wichtig: gleiche Startmöglichkeiten

Die Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft besteht also darin, allen gleiche Möglichkeiten zu sichern. Das übrige hängt vom Menschen selbst ab.

Heute kann man noch nicht sagen, daß die Aufgabe der Gewährleistung gleicher „Startmöglichkeiten“ schon in jeder Hinsicht gelöst ist. Einzelne Dorfschulen vermitteln eine weniger gute Allgemeinbildung als die Schulen großer Städte.

Aber in den letzten Jahren wurden in der UdSSR eine Reihe Regierungsbeschlüsse über die Arbeit, das Studium, die Lebensweise und Freizeitgestaltung der Jugendlichen gefaßt, die zur Ausgleichung der Möglichkeiten für die Entwicklung der Persönlichkeit der jungen Leute und ihrer beruflichen Entwicklung beitragen. Der jüngste Beschluß über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Bedingungen der allgemeinbildenden Schulen auf dem Dorfe wurde im Juli d. J. gefaßt. Er zielt direkt auf die Beseitigung des Unterschieds im Niveau der städtischen und ländlichen Schulen ab. Ebenfalls im Juli verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR ein neues Gesetz über das Bildungswesen in der UdSSR, das die Bildungsperspektiven der Jugendlichen auf dem Niveau der Erfordernisse der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution gewährleistet, da das Wissen der Hauptreichtum der Gesellschaft und ein Ausdruck ihres Potentials wird.

Bundeswehrsoldaten fordern:

Freiheit für Chile!

Zusammen mit Kollegen in Betrieben und Büros, zusammen mit Schülern und Studenten verurteilen wir, Soldaten der Bundeswehr, den brutalen und blutigen Putsch der Militärs in Chile.

Wir verurteilen voller Zorn und Empörung die Ermordung des vom Volk gewählten Präsidenten Salvador Allende und vieler tausend Arbeiter und Bauern, die die politischen und sozialen Errungenschaften der Regierung der Volkseinheit verteidigten.

Der Generalsekretär der kommunistischen Partei Chiles Luis Corvalan und Tausende weitere chilenische Demokraten werden mit dem Tode bedroht.

Der anhaltende Terror – mit Masse verhaftungen und Massenmord, d Zerschlagung der Gewerkschaft und Verfolgung aller Demokratie ihre Verschleppung in Konzentrationslager und auf Sträflingsinseln. Inert an die Verbrechen des Faschismus in der Vergangenheit.

Die Strauß, Carstens, Dregger u Kohl, Großunternehmer und Bundeswehrgenerale, bejubeln den Völkermord am chilenischen Volk.

In unserem Land planen sie bereits den Notstand: In Manövern und Stabsrahmenübungen, wird der Einsatz gegen streikende Arbeiter und Demonstrationen geprobt. Entsprechende Übungen wurden z.B. in Sonthofen, in Treysa (Hessen), Aurich (Ostfriesland) und Barne (Niedersachsen) durchgeführt.

Wir Soldaten wehren uns gegen alle Versuche, uns gegen unsere Kollegen in den Betrieben aufhetzen zu lassen. Da machen wir nicht mit! Aus diesem Grund erklären wir uns mit dem chilenischen Volk in seinem Kampf gegen die faschistischen Militärs solidarisch.

Deshalb fordern wir: Freiheit für Luis Corvalan, Freiheit für alle chilenischen Demokraten! Keine Anerkennung, keine Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung!

Und deshalb fordern wir:

Schluß mit den Bürgerkriegsübungen in der Bundeswehr!

Wolfgang Rleke
Gero von Randow
Hans Dieter Razanska
Ralf Otto

Peter Behrendt
Torsten Schmidtke
Stefan Cramm
Ernst Dogs

Peter Rettig
Joachim Hüneberg
Heinrich Prüfer
Jochen Hampe

(Die zwölf unterzeichnenden Bundeswehrsoldaten hatten sich mit der Bitte um Veröffentlichung und Verbreitung dieser Erklärung an elan gewandt. In dem von elan herausgegebenen „In-

formationsdienst für Soldaten“ wurde die Erklärung bereits am 22. Oktober 1973 veröffentlicht und den Presseorganen in der Bundesrepublik zugeestellt.)

Junta-Terror in der BRD?

Die zwölf Soldaten, die mit ihrem Brief gegen die Bürgerkriegsübungen in der Bundeswehr protestierten, geben ein Beispiel, das Schule machen sollte. Damit Strauß und Springer, Unternehmer und reaktionäre Offiziere die Bundeswehr nicht für ihre Machenschaften mißbrauchen können. Die Sorge dieser zwölf Soldaten ist berechtigt. Ihre Feststellungen wurden von Aussagen des SPD-Bundestagsabgeordneten Erwin Horn in einem Artikel vom 18. Oktober 1973 in der „Frankfurter Rundschau“ unterstrichen.

Erwin Horn muß es wissen, er ist Fachmann. Der 44-jährige Oberstudiendirektor aus Gießen ist Mitglied im Verteidigungsausschuß des Bundestages und in der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion.

Über den Charakter einer Anzahl von Bundeswehroffizieren, die Haltung der reaktionären Presse und von CDU/CSU-Politikern stellt er in seinem Artikel u.a. fest:

„Von den Springer-Zeitungen bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung gibt es eine Übereinstimmung darin, den Putsch von Chile zu rechtfertigen. Das heißt aber, in einer gegebenen sozialpolitischen Situation wären die propagandistischen Mittel bereits vorhanden, um einen Verfassungsbruch auch in der Bundesrepublik zu legitimieren.“

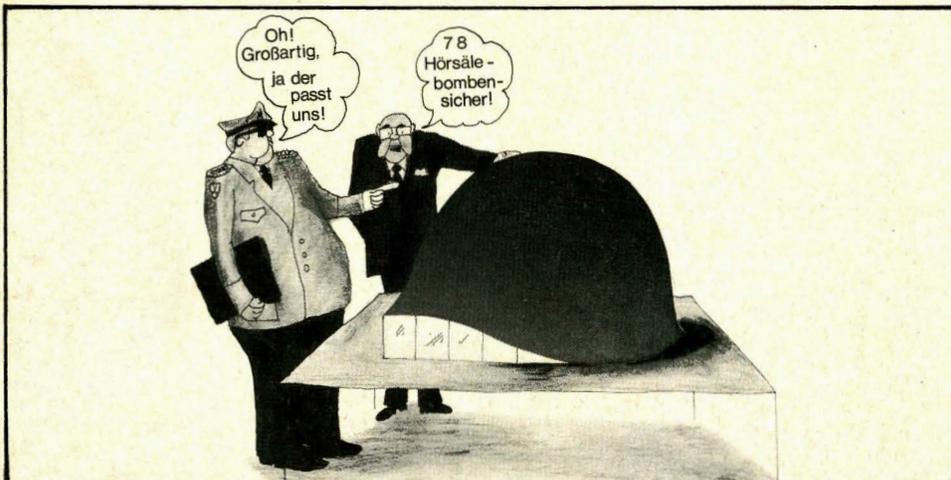
„Und der CDU-Chef Kohl auf dem CSU-Parteitag vor wenigen Tagen: ‚Die CDU/CSU wird nicht tatenlos zusehen, wie Kräfte in der SPD und auch in der Regierung versuchen, die Qualität dieses Staates zu verändern.‘ Wer so spricht, der propagiert auch für die Bundesrepublik den Staatsstreich gedanklich vor und wäre auch willens, die Bundeswehr politisch zu mißbrauchen.“

Das unverzüglich einsetzende Geifern der CDU und der Springer-Presse gab Erwin Horn nur recht. Und ein Enno v. Löwenstern in Springers „Welt“ bekräftigte sogar den Ruf der Reaktion nach chilenischem Junta-Terror; unter Bezug auf den Horn-Artikel verkündet er: „Es wäre schlimm für dieses Land, sollte die Opposition dem wirklich ‚tatenlos‘ zusehen, anstatt ihre Pflicht zu tun, anstatt hinauszugehen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, was da auf sie zukommt.“

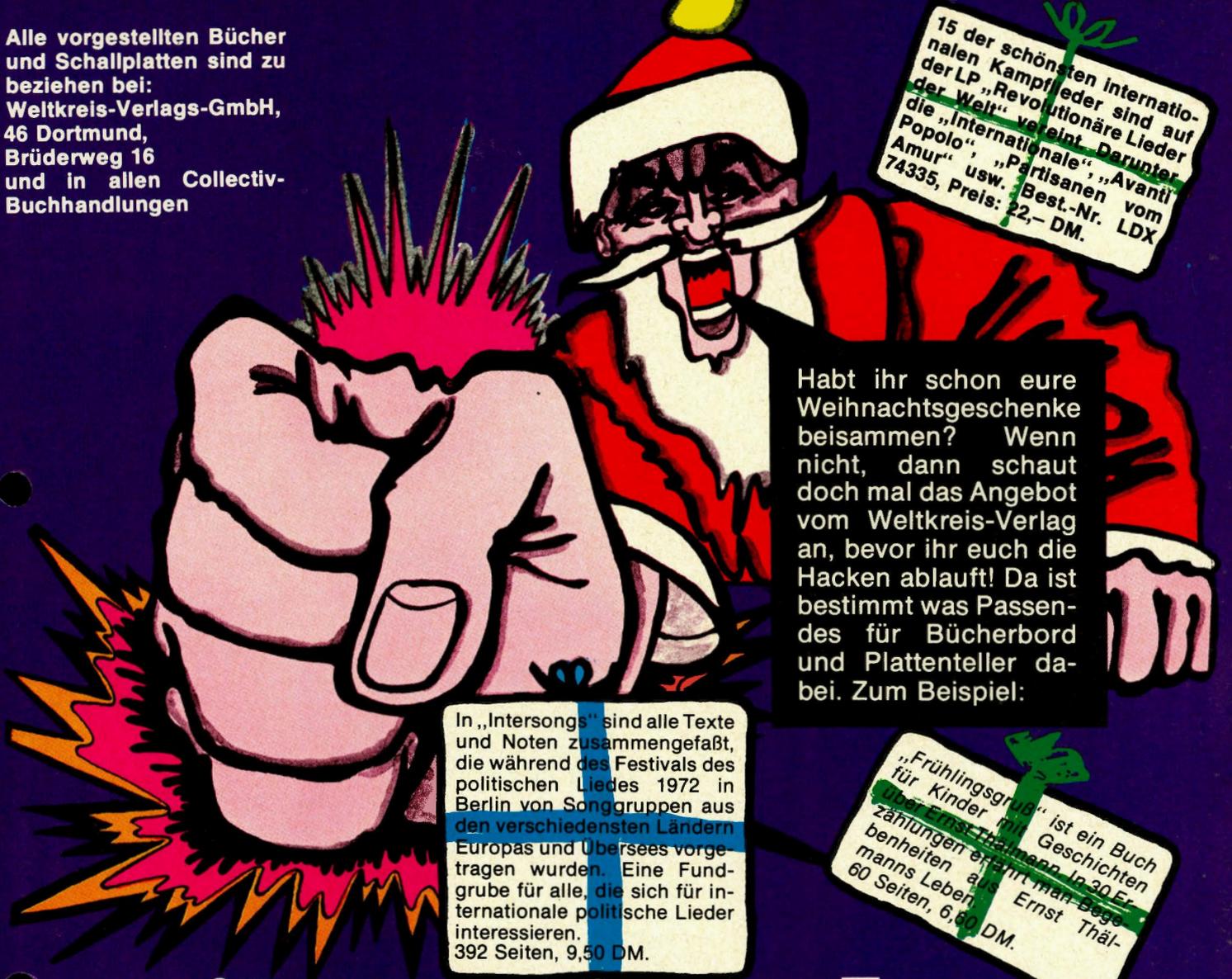
Wohl gemerkt – damit es nicht zu Mißverständnissen kommt: Der „Welt“-Schmierer warnt nicht vor den Bürgerkriegsübungen in der Bundeswehr, vor den geprobteten Einsätzen der Armee gegen streikende Arbeiter und Demonstranten. Er „warnt“ vor den Opfern – wie Goebbels vor den Juden, wie heute Pinochet vor demokratischen Arbeitern und Studenten.

Die Reaktion im gleichen Schritt und Tritt, wie in Chile auch bei uns. Wir müssen sie rechtzeitig zum Stolpern bringen.

Georg Rohde



Alle vorgestellten Bücher und Schallplatten sind zu beziehen bei:
 Weltkreis-Verlags-GmbH,
 46 Dortmund,
 Brüderweg 16
 und in allen Collectiv-
 Buchhandlungen



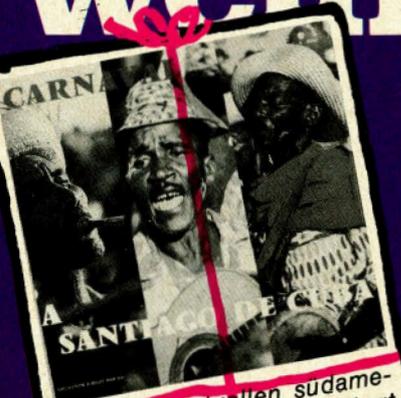
15 der schönsten internationalen Kampflieder sind auf der LP „Revolutionäre Lieder der Welt“ vereint. Darunter die „Internationale“, „Avanti Popolo“, „Partisanen vom Amur“ usw. Best.-Nr. LDX 74335, Preis: 22,- DM.

Habt ihr schon eure Weihnachtsgeschenke beisammen? Wenn nicht, dann schaut doch mal das Angebot vom Weltkreis-Verlag an, bevor ihr euch die Hacken ablaßt! Da ist bestimmt was Passendes für Bücherbord und Plattenteller dabei. Zum Beispiel:

In „Intersongs“ sind alle Texte und Noten zusammengefaßt, die während des Festivals des politischen Liedes 1972 in Berlin von Songgruppen aus den verschiedensten Ländern Europas und Übersees vorgelesen wurden. Eine Fundgrube für alle, die sich für internationale politische Lieder interessieren.
 392 Seiten, 9,50 DM.

„Frühlingsgrün“ ist ein Buch für Kinder mit Geschichten über Ernst Thälmann. In 30 Erzählungen erzählt man Bogenmanns Leben. Ernst Thälmanns Leben.
 60 Seiten, 6,60 DM.

weihnachts-basar



Temperamentvollen südamerikanischen Karneval bringt euch die LP „Carnaval à Santiago de Cuba“ ins Haus. Für die kommende Karnevals-Saison sicher mal die richtige Abwechslung zu Schunkelliedern und Klatschmärschen.
 Best.-Nr. LDX - A - 4250,
 Preis: 22,- DM.

In dem biographischen Roman „Olga Benario“ schildert Ruth Werner Olga Benario als junges lebenslustiges Mädchen, als Gefährtin des brasilianischen Volkshelden Louis Carlos Prestes, als Eingekerkerte, die im faschistischen Zuchthaus ihr Kind zur Welt bringt. Wer das Buch anfängt zu lesen, legt es so bald nicht wieder weg.
 452 Seiten, 7,20 DM.

Bei VEB Deutsche Schallplatten ist eine neue Eisler-LP herausgekommen. Auf Seite 1 vertonte Brecht-Texte: „Die Teppichweber von Kujan-Butak ehren Lenin“ und „Kantate auf Lenins Todestag“, auf Seite 2 die „Winterschlacht-Suite“ von Becher.
 Best.-Nr. 8 85 042, Preis: 12,10 DM

NOVA
 Lenin-Requiem
 Die Teppichweber von Kujan-Butak
 Winterschlacht-Suite

Eisler

Nikolai Ostrowski wurde als 13jähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in dem Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ geschildert. Ein unheimlich spannendes und packendes Buch.
 448 Seiten, 6,- DM.



Leserforum



BRD und DDR in der UNO

Die Beitritte der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sind gewiß bedeutende Ereignisse in der Geschichte der Vereinten Nationen, ähnlich wie die Aufnahme der Volksrepublik China. Denn es sind starke Industriestaaten und sie haben auch einige weltpolitische Bedeutung. Und schließlich hat die BRD auch in der Verfassung verankert, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts seien Bestandteil des Bundesrechtes. So sollten also UNO-Resolutionen besonders verpflichtend für die BRD sein.

Doch so sehr die Bundesregierung ihre Übereinstimmung mit der UNO auch betont; die Wirklichkeit zeigt uns, daß die BRD entgegen den Beschlüssen der UNO z. B. den portugiesischen Kolonialkrieg unterstützt.

Welche Erwartungen sind also an den UNO-Beitritt der BRD zu stellen? Für die Bundesregierung wird es keine Änderung ihrer bisherigen Politik bedeuten. Denn: in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen erklärte Außenminister Scheel am 30. Mai 1973 in München: „Es versteht sich von selbst, daß wir mit unseren Partnern der Europäischen Gemeinschaft und des Nordatlantischen Bündnisses auch vor den Kulissen der Generalversammlung und öffentlich tagender Gremien zusammenstehen.“ Und Scheel sagte in derselben Rede auch: „... Deshalb bedeutet unser Beitritt jedoch keine völkerrechtliche Anerkennung der Teilung Deutschlands.“

Die Bundesregierung will also in der UNO, die allen Nationen dienen soll, weiter ihre gefährliche Politik der Stärke fortsetzen. Sie weigert sich immer noch, die Realität, daß es zwei deutsche Staaten gibt, anzuerkennen. Sie

macht in einer neuen Umgebung ihre alte Politik.

Sicher eröffnen die Beitritte der BRD und der DDR neue Aussichten für die Sicherung des Friedens. Aber: daß die Bundesregierung endlich Ernst macht mit UNO-Beschlüssen und deshalb aufhört, Portugal in seinen Kolonialkriegen, Israel in dem Eroberungskrieg und die faschistischen Junta in Chile zu unterstützen, das durchzusetzen bleibt leider immer noch Aufgabe der demokratischen Bevölkerung der BRD, ebenso wie die volle Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik selbst. Daran hat sich trotz der Mitgliedschaft in der UNO nichts geändert.

Thomas Abels, Neuß

Ich meine, daß die BRD in der UNO in politischen Fragen eindeutig Stellung nehmen muß. Gerade in Sachen „Dritte Welt“ versucht die BRD-Regierung, um die wirtschaftlichen Interessen der BRD-Industrie zu wahren, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Einerseits unterstützt sie das Kolonialsystem Portugal, andererseits möchte sie auch mit afrikanischen Ländern in wirtschaftlichem Kontakt bleiben. Die BRD muß also in der UNO ihr Gesicht zeigen.

Ulrich Adler, Löhne II

Militär in der Schule

Die Berufsbildenden Schulen in Landau wurden, wie vermutlich andere Schulen auch, zum Ansatzpunkt eines „neuen“ Systems des Kreiswehersatzamtes Neustadt/Weinstr. Man erfaßte die Schüler des Jahrganges 1955 einfach in der Schule, indem Listen durch die Klassen gegeben wurden. Das Sekretariat führte diese Verwaltungsarbeit (normalerweise Aufgabe der örtlichen Meldebehörde) ohne Widerstände durch. Einmal davon abgesehen, daß jeder Schüler

doch erfaßt wird, kann und darf es nicht Aufgabe der Schulbehörde sein, diesen Wehersatzungen Vorschub zu leisten. Um so mehr ein Grund für die Schüler, sich mit solchen, die militaristische Durchdringung der Schule zeigenden Maßnahmen (Wehrkundeerlaß, Tätigkeit der Bundeswehr in der Schule u. ä.) auseinanderzusetzen.

SMV-WG-Landau

**Udo Gandras, Schulsprecher am
Wirtschaftsgymnasium Landau**

Chile-Solidarität

Am 27. Oktober 1973 fand anläßlich des einjährigen Bestehens des Koblenzer ANGELA-DAVIS-CLUBS der SADJ eine Geburtstagsfete statt. Über 100 Koblenzer Jugendliche und Gäste aus den umliegenden SADJ-Gruppen kamen und machten die Fete zu einem großen Erfolg. Es fand eine Disco-Party statt, Klaus Lachmann aus Kreuznach und ein junger Koblenzer spielten zur Gitarre, ein Solidaritätsquiz für Chile wurde durchgeführt. Über 70 DM konnten für das Volk von Chile gesammelt werden.

Anläßlich der Aktion des Koblenzer Stadtjugendringes, in dem die SADJ schon lange Mitglied ist, „Jugend, Freizeit und Talente“, stellte sich die SADJ der Koblenzer Bevölkerung mit einem großangelegten Infostand vor. Über 150 DM konnten für Chile gesammelt werden.

Michael Freund, SADJ Koblenz

Ich bin Französin. Ich bin eine von Euren neuen Abonnenten. Ich habe gesehen, daß Ihr etwas über LIP geschrieben habt. Das ist gut. Auch die Aufsätze über Chile. Die Jugend der Welt ist mit Chile, ist für die Solidarität mit Chile und gegen den Meuchelmord an Präsident Allende. Aber es ist schwer für uns in einem Gymnasium, etwas für Chile zu tun. Letzten Samstag

hat die Jugend einen großen Marsch vom Rathaus von St. Denis bis zum Rathaus von Ivry durch Paris gemacht und eine Million Francs für die Chilenen gesammelt. Diese Tat ist sehr positiv und zeigt, daß ein großer Teil der französischen Jugend zu diesem Problem mobilisiert ist. Aber wir wissen nicht, was die Völker anderer Länder für Chile tun.

Das französische Fernsehen spricht nicht mehr über Chile oder über Taten für Chile, und wir kämpfen dagegen.

Ich warte (wenn das möglich ist) auf Antwort.

Martine Vallois, Houilles

Anmerkung der Redaktion: Das sollte schon möglich sein. Also laßt Martine nicht so lange warten, sondern schreibt ihr mal, was sich bei uns so in Sachen Chile-Solidarität tut. Hier ist ihre vollständige Anschrift:

*Martine Vallois
12 rue de Stalingrad
78800 Houilles
France*

Freizeit-Fete

Die SADJ-Gruppe Porz veranstaltete am Mittwoch, dem 31. 10. 1973, im Rahmen ihrer Freizeitpolitik eine Fete, auf der auch eine von einem Genossen gestiftete Gitarre amerikanisch versteigert wurde. Diese Versteigerung erbrachte einen Preis von rund 120 Mark. Den Gesamterlös von 202 DM spendeten wir für das chilenische Volk. Dies haben wir auch schon mit anderer Zielsetzung organisiert, und es war bisher immer ein Erfolg. Dies mag vielleicht als Anregung für andere Gruppen dienen, wie man im Freizeitbereich Solidarität entwickeln kann.

Hans-Joachim Mandt, SADJ Porz

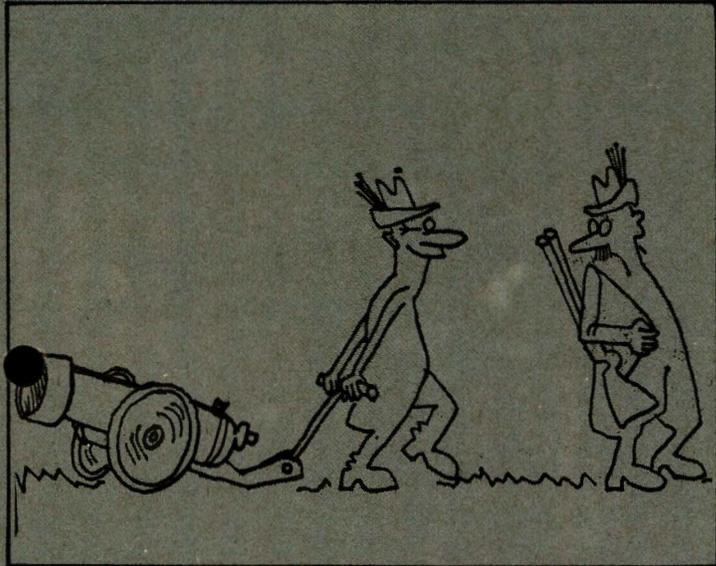
Demokratie in die Schule

Im Artikel 7 des Grundgesetzes ist eindeutig festgelegt: Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates. Außerdem darf der Bund lt. Artikel 75 GG Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens erlassen. Bisher sah es so aus, als sei es ein Privileg einiger weniger Mitbürger mit stark rückwärtsgewandtem Demokratieverständnis diese beiden Grundrechte anzuwenden.

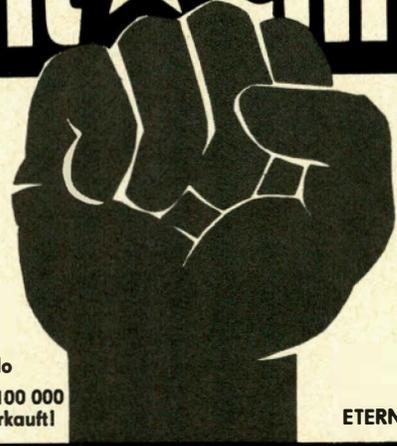
Der Name Maier ist nicht nur innerhalb Bayerns bekannt, sondern besonders in letzter Zeit hat sich dieser reaktionäre Professor im gesamten Bundesgebiet durch undemokratische Entscheidungen disqualifiziert und ein sozialdemokratischer Bildungsminister schließt sich dem Syndrom der bewußt und

gezielt gelenkten Entdemokratisierung unseres Bildungssystems an. Ziel solcher Vorschläge und Maßnahmen ist es offenbar, unkritische und vorbehaltlos folgende Marionetten heranzuzüchten, die später die Stabilität eines Gesellschaftssystems garantieren sollen, in dem Pseudo-Demokraten sogar die Grundgesetzgebung unterlaufen. Willkürakte solcher Art, von einem bürokratischen Machtapparat geplant, realisiert und geduldet, dürfen keine lähmende Apathie auslösen und Resignation hervorrufen, sondern müssen zum Aufbegehren und zur Solidarität herausfordern. Hauptziele müssen es sein, gemeinsam zu diskutieren, gemeinsam akzeptable Alternativen zu entwickeln und gemeinsam mit diesem Rüstzeug gegen die Leute aufzutreten, die Demokratie propagieren, im gleichen Atemzug indessen die elementaren Bestandteile verleugnen und damit den gesellschaftlichen Fortschritt torpedieren.

Lothar Müller, Bremerhaven



Solidarität mit ★ Chile



Venceremos
El pueblo unido
Bereits über 100 000
Exemplare verkauft!

ETERNA 4 15 130

Es lebe Chile! Es lebe das Volk!

ETERNA 4 10 133

Letzte Rede von Präsident Allende

Originalton in deutscher Übertragung

Klaus Renft- Combo

ETERNA 4 15 131

Chilenisches Metall
So starb auch Neruda

Chris Doerk

ETERNA 4 15 132

Die Rose von Chile

Christiane Ufholz und Gruppe „Liff“

Lied zu den Anden

Preis je Schallplatte DM 4,10

Reinerlös wird an die Chile-Solidarität überwiesen.
Einzelbestellungen bitte an jeder Collectiv-Buchhandlung, in allen guten Buchhandlungen und Schallplattengeschäften.

Gruppen können Sammelbestellungen aufgeben an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
Abt. Schallplatten
46 Dortmund
Brüderweg 16

Gesamtverzeichnis anfordern!

Wo fehlt eine?



Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 W

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. O. - M. Z. N.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★



Ruth Sauerwein
Wolfgang Schmitz

Mode – bei diesem Wort fangen die einen an zu träumen – die anderen nicht . . .

Dorothee K., die wir in einer Boutique trafen, weiß nicht, worüber sie mehr staunen soll: über die astronomischen Preise oder die astronautischen Kleider. Sie hat Mühe, hier Kleider zu finden, die man sowohl anziehen als auch bezahlen kann.

Bei einer Cola an der Bar – die zum kostenlosen „Service“ gehört – überlegt sie: soll ich den Jeans-Rock nicht doch . . . nein! Er würde sie für den Rest des Monats zum Nichtraucher machen. Auch die Cola, die sie gerade trinkt, wäre wohl eine der letzten für diesen Monat. Ein skeptischer Blick trifft die Verkäuferin, die ihr wie das wandelnde Produkt einer Modezeitschrift erscheint. Aber dann ist es klar. Die – so die Verkäuferin – „jugendgemäßen Preise“

mod

(Pullunder 49,-, Cord-Mantel 179,-, Jeans-Rock 69,-) lassen ihre Gedanken zur eigenen Nähmaschine schweifen. Den Mantel kann sie sich bestenfalls schenken lassen, die Hose ist in einem Kaufhaus halb so teuer und: „Diese Flitter-Flutter-Pullis sind sowieso nix Genaues.“



1974 zu teuer und zu lang

Übrigens: die Preise für Kleidung werden laut Textilindustrie 1974 um solide 15 % steigen. Aber nicht nur die Preise, auch die Umsätze sollen steigen. Wissenschaftlich untermauerte Untersuchungen, mit denen der Modeforscher Prof. Haselow aus Berlin beauftragt wurde, sollen der Textilindu-

strie dabei helfen. Aber keine Angst: auch bevor der Professor mit seinen Forschungen zurande gekommen ist, wird es Mode geben. Wie es im Frühjahr 1974 aussehen soll, steht schon fest. Wir sollen wieder mehr Kleider tragen. Die Modeschöpfer bestehen auf züchtiger, „knieumspielender“ Länge. Weit flattrig und feminin sollen sie sein, und dem allgemeinen Kombinationstrend folgend vielfach mit Jacke, die dann gleichzeitig noch zu Rock und Hose getragen werden kann.

Bei Pullis und Pullundern gibt es – wie schon im Herbst – lustige Muster: Norweger, Tierbordüren (zum Beispiel Eulen und ähnliches), wer will, kann auch seinen Lieblingsstar oder Weltmeisterschaftsfußballer am Busen tragen.

Wer will, kann es aber auch lassen. Und der ganzen Mode-Industrie mit ihren Superpreisen und Flatterröckchen den Laufpaß geben. Eigene Ideen sind immer besser. Auch wenn es dem Modeadel nicht gefällt: Mini gefällt Deinem Freund auch 1974 ...

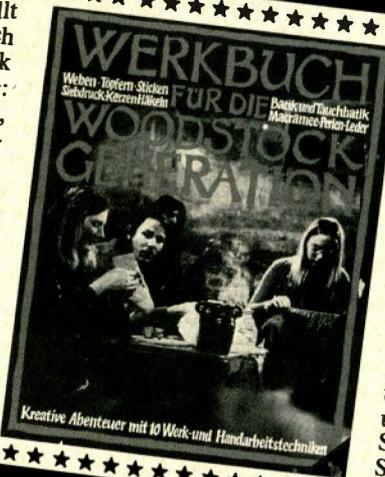


★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

ELAN—WEIHN



Seid ihr Heimwerker oder wollt ihr welche werden? In dem Buch „Werkbuch für die Woodstock Generation“ gibt es Tips genug: Makramee, Siebdruck, Perlen, Ton, Sticken, Batik, Leder, Häkeln, Kerzen, Weben. Alles drin. Und es wird höchst idiotensicher erklärt – kein Handarbeitsheftchinesisch – mit vielen Zeichnungen. Auch hat das Buch seine heiteren Seiten, die manchen tristen Winterabend verschönen können. So wird das Kapitel „Ton“ folgendermaßen eingeleitet: „Erinnerst du dich an das Barfußerlebnis im



Schlamm, als du mit allen Sinnen die Berührung mit dem Urstoff genossen hast? Oder an die glücklichen Augenblicke, in denen du selbstvergessen mit Matsch spielen konntest?“ Abteilung Häkeln beginnt mit einem erhebenden Zitat: „Ein Hang zum Häkeln hat viele Frauen abgehalten, auf die Straße oder ins Wasser zu gehen.“ Wen überzeugt das nicht? Das Buch ist erschienen im Otto-Maier-Verlag, Ravensburg, und für 14,80 DM zu haben (236 Seiten, ca. 200 Zeichnungen und Schwarz-weiß-Abbildungen).

Beim pläne-Verlag ist „Die Rübe“ herausgekommen. Das heißt nicht, daß sich der Verlag auf die Vertreibung landwirtschaftlicher Produkte spezialisiert hat, sondern „Die Rübe“ ist eine neue LP mit lustigen und lustigen Kinderliedern von Christiane und Frederik. Von vielen Kindern und Erwachsenen Augustin, dem Weltmeister im Zick-Zack-Dauerlauf, der vom Igel überlistet wird; seiner Frau überlistet wird; über die Vorzüge eines rauhbeknigen Struppis vor einer Fernseh-Lassy; über Umweltschutz, Mieten und Herrn Krötzkopf, der auf einem Spielplatz einen Parkplatz bauen will usw. Wer noch keine Kinder hat, braucht nicht auf die Platte zu verzichten: sie gefällt euch ganzlernt auch. Erschienen beim pläne-Verlag, Best.-Nr. K. 20 900, Preis: 15,- DM.

Zu dieser Platte ist ein Arbeitsheft erschienen, das einen Aufsatz über Kinderlieder und viele Texte, Noten, Gitarrengriffe und praktische Anmerkungen enthält. Das Heft ist im Weltkreis-Verlag in der Kleinen Roten Reihe erschienen.



THE BILLY PRESTON BAND, THE ROLLING STONES, FRANK ZAPPA und CHICAGO waren auf Deutschlandtournee! Wir haben hier tolle Fotos geschossen. Einen Fotosatz mit 5 Fotos je Star im Format 10,5 x 14,5 erhaltet Ihr für nur DM 9,50; für nur DM 17,- gibts einen Fotosatz mit 10 Fotos. Zu erhalten gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto

Karlsruhe 1416 75-756 von POP-FOTOS Rüdiger Eggert, D-6900 Heidelberg 1, Postfach 461 unter Angabe des gewünschten Stars auf der Rückseite des linken Zahlkartenabschnitts.

DRUCK: VERVIELFÄLTIGUNGSBÜRO Rüdiger Eggert, 69 Heidelberg 1, Postf. 461

SCHALLPLATTEN ★ SONGS ★ MODE

und so weiter

BUCHS-BÖRSE

Bei Knauer ist ein neuer Chesterton (Erfinder von Pater Brown) herausgekommen: „Der Mann, der zuviel wußte“. Gentleman-Detektiv Horne Fisher löst mal wieder einen geheimnisvollen Fall mit verblüffenden Methoden. Das

Buch ist voll von schwarzem Humor und einigen Seitenhieben auf die englische Hocharistokratie.

Chesterton, der Mann, der zuviel wußte, Knauer-Taschenbuch, 155 Seiten, 3,80 DM.

Beim ASSO-Verlag gibt's „Rabatz“. Das heißt eigentlich finst. Um Jugendarbeitsschutz geht es und darum, wie Lehrlinge ihre Rechte durchsetzen können: nämlich nur durch solidarischen Kampf. Das Ganze ist ein Polit-Strip und erläutert auf interessante Weise einige wichtige Paragraphen aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz. Das Heft ist erschienen im ASSO-Verlag, 42 Oberhausen, Josefsplatz 3.



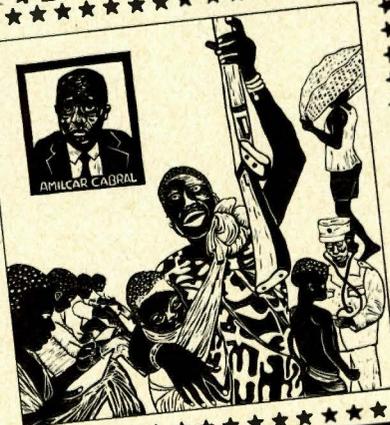
elam EXTRA

Wir drucken unsere Plakate selbst

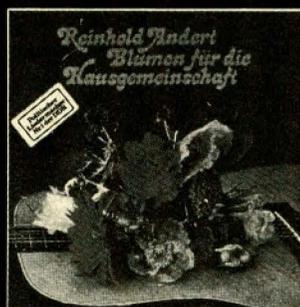
Wir drucken unsere Plakate selbst

In „Wir drucken unsere Plakate selbst“ erfahrt ihr alles über Siebdruck. In Wort und Bild ist jeder Schritt genau erklärt. Spiel bei deiner Gruppe Weihnachtsmann: Für 0,50 DM habt ihr da einen guten Helfer bei der Gruppenarbeit. Bestellen beim: Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Die Gruppe Werkstatt Hamburg gibt einen Kalender für 1974 heraus. Die Blätter stehen unter der Losung „Internationale Solidarität“. Pate standen bei den Motiven die Erlebnisse bei den X. Weltfestspielen. Der Kalender wird im Siebdruck hergestellt und kostet 20,- DM.
Bestellungen an: Gruppe Werkstatt Hamburg, c/o Gerhard Jeske, 2 Hamburg 53, Franzosenkoppel 32.



pläne-Platten-Hotparade
In diesem Monat auf Platz No. 1:



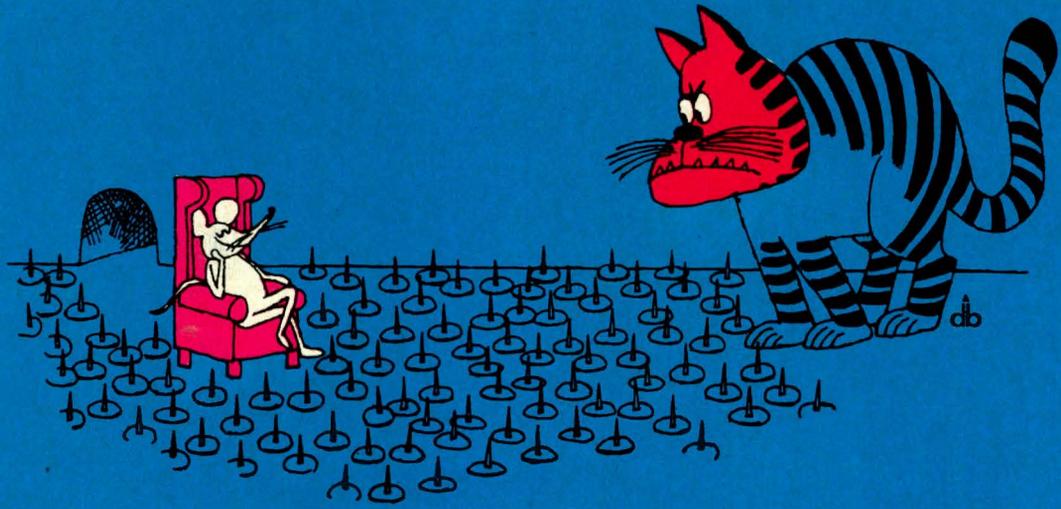
REINHOLD ANDERT (DDR)

Blumen für die Hausgemeinschaft

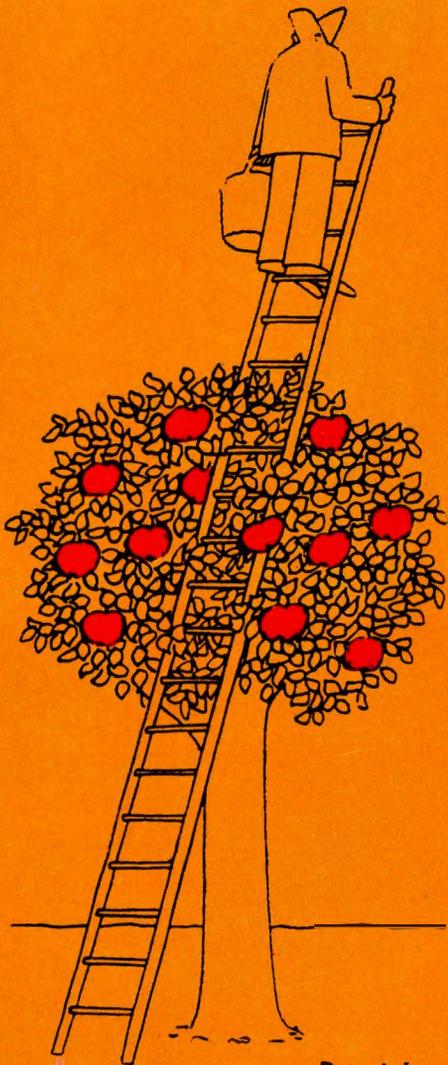
LP, Bestell-Nr. S 88108 DM 22,-



Verlag „pläne“ GmbH
Abteilung 4
46 Dortmund
Ruhrallee 62



BEOBACHTUNGEN



Fatr Juena

